RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

04 2017

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

**Aus dem Inhalt:**

Pflegebedürftige 2015
Hochschulen 2015/16
Migrationshintergrund 2015

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Iris Stadler

Im Jahr 2015 waren fast 132 300 Menschen in Rheinland-Pfalz dauerhaft auf pflegerische Hilfe angewiesen. Die angemessene Versorgung pflegebedürftiger Menschen gewinnt angesichts des demografischen Wandels eine immer größere Bedeutung. Die Zahl Pflegebedürftiger hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht und wird auch zukünftig deutlich steigen.

B e i l a g e : Faltblatt „Frauen“

04 2017

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

70. Jahrgang


kurz + aktuell 191

Konjunktur ■ Industrie ■ Wohnungsbau ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Außenhandel ■ Erwerbstätigkeit ■ Insolvenzen Gewerbeanzeigen ■ Dienstleistungen ■ Handwerk ■ Landwirtschaft ■ Einkommen ■ Bildung ■ Umwelt ■ Verkehr

Aus der amtlichen Statistik 209

Konjunktur aktuell 212

Verbraucherpreise 214

Rheinland-Pfalz in Karten: Freipraktizierende Ärzte/-innen für Allgemeinmedizin 2016 nach Verwaltungsbezirken 215

Pflegebedürftige Menschen 2015 – Zahl der Pflegebedürftigen steigt stetig an, Strukturen bleiben weitestgehend unverändert 216

Hochschulen 2015/16 – Teil II: Ungleichheiten und Disparitäten im wissenschaftlichen Werdegang und Entwicklungen im Lehrernachwuchs 229

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2015 – Im Schnitt deutlich häufiger ohne Schulabschluss 239

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 249

Neuerscheinungen 265

## Zeichenerklärung

| | |
|---|---|
| 0 | Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle |
| - | nichts vorhanden |
| . | Zahl unbekannt oder geheim |
| x | Nachweis nicht sinnvoll |
| ... | Zahl fällt später an |
| / | keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug |
| ( ) | Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher |
| D | Durchschnitt |
| p | vorläufig |
| r | revidiert |
| s | geschätzt |

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2017

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

## Industrieproduktion im Januar rückläufig

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im Januar 2017 gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, um 2,9 Prozent unter dem Niveau von Dezember 2016. Gegenüber Januar 2016 verringerte sich der Output um 1,9 Prozent.

In den drei umsatzstärksten Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelte sich die bereinigte Produktion im Januar 2017 unterschiedlich. Die Chemische Industrie, die größte Branche des Verarbeitenden Gewerbes, drosselte ihren Güterausstoß im Vergleich zum Vormonat um 5,5 Prozent. Zugleich war der Output 5,3 Prozent geringer als im Vorjahresmonat. Im Fahrzeugbau, der Branche mit dem zweitgrößten Umsatz, wurde im Januar mehr produziert als im Monat zuvor (+4,1 Prozent). Trotzdem lag der Güterausstoß zehn Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Maschinenbau, der Industriebranche mit dem drittgrößten Umsatz, fiel die Produktion deutlich höher aus als im Dezember (+6,3 Prozent). Gegenüber Januar 2016 war ein Zuwachs um 6,6 Prozent zu verzeichnen.

## Auftragseingang im Januar leicht unter Vormonatswert

Im Januar 2017 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie leicht zurückgegangen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex 0,4 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Aus dem In- und Ausland gingen weniger Bestellungen ein als im Dezember 2016 (–0,7 bzw. –0,2 Prozent).

Gegenüber Januar 2016 war das Ordervolumen jedoch um zwei Prozent höher. Dieser Zuwachs ist auf einen Anstieg der Nachfrage aus dem Ausland zurückzuführen (+3,2 Prozent); die Bestellungen aus dem Inland blieben fast unverändert (+0,1 Prozent).

In zwei der drei umsatzstärksten Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes sind die Auftragseingänge im Januar 2017 gesunken. In der Chemischen Industrie war das Ordervolumen um drei Prozent geringer als im Dezember 2016. Gegenüber Januar 2016 fiel die Nachfrage jedoch um 3,6 Prozent höher aus. Im Fahrzeugbau lagen die Bestellungen ebenfalls unter dem Niveau des Vormonats (–2,2 Prozent). Zugleich war das Ordervolumen um 5,2 Prozent

### Konjunktur in Rheinland-Pfalz

| Gütergruppe / Branche | Jan. 2017 Veränderung des Indexwertes[1] zu Dez. 2016 | Jan. 2017 Veränderung des Indexwertes[1] zu Jan. 2016 |
|---|---|---|
| **Entwicklung der Produktion** | | |
| Industrie | -2,9 % ↓ | -1,9 % ↘ |
| Vorleistungsgüterproduzenten[2] | -2,5 % ↓ | -1,8 % ↘ |
| Investitionsgüterproduzenten | 7,3 % ↑ | 1,1 % ↗ |
| Konsumgüterproduzenten | -12,0 % ↓ | -3,9 % ↓ |
| Chemie | -5,5 % ↓ | -5,3 % ↓ |
| Fahrzeugbau | 4,1 % ↑ | -10,2 % ↓ |
| Maschinenbau | 6,3 % ↑ | 6,6 % ↑ |
| **Entwicklung der Auftragseingänge** | | |
| Industrie | -0,4 % ↘ | 2,0 % ↑ |
| Inland | -0,7 % ↘ | 0,1 % ↗ |
| Ausland | -0,2 % ↘ | 3,2 % ↑ |
| Vorleistungsgüterproduzenten[2] | -2,7 % ↓ | 3,7 % ↑ |
| Investitionsgüterproduzenten | -0,3 % ↘ | 5,2 % ↑ |
| Konsumgüterproduzenten | 7,9 % ↑ | -12,7 % ↓ |
| Chemie | -3,0 % ↓ | 3,6 % ↑ |
| Fahrzeugbau | -2,2 % ↓ | 5,2 % ↑ |
| Maschinenbau | 3,4 % ↑ | 12,8 % ↑ |

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

### Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.

höher als im Vorjahresmonat. Im Maschinenbau gingen hingegen mehr Aufträge ein als im Dezember 2016 (+3,4 Prozent). Damit lagen die Auftragseingänge zum fünften Mal in Folge über dem Niveau des jeweiligen Vormonats. Gegenüber Januar 2016 war eine kräftige Nachfragesteigerung um 13 Prozent zu verzeichnen.

## Mehr Arbeitstage sorgen im Januar für Umsatzanstieg in der Industrie

Die rheinland-pfälzische Industrie ist mit einem kräftigen Umsatzanstieg in das Jahr 2017 gestartet. Die Industrieunternehmen erwirtschafteten im Januar Erlöse in Höhe von 7,1 Milliarden Euro, das waren zwölf Prozent mehr als im ersten Monat des Vorjahres (Deutschland: +11 Prozent).

Ein Grund für die starke Umsatzsteigerung dürfte jedoch die unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen im Januar 2016 und 2017 sein. Während der Monat Januar 2016 nur 20 Arbeitstage aufwies, waren es 2017 zwei Tage mehr.

Der Inlandsumsatz war um zwölf Prozent und der Auslandsumsatz um elf Prozent höher als im Januar 2016 (Deutschland: +9,2 bzw. +12 Prozent). Mit Exporten wurden 56,5 Prozent der Erlöse erzielt (Deutschland: 49,9 Prozent). Damit blieb die rheinland-pfälzische Exportquote gegenüber dem Vorjahresmonat fast unverändert (–0,1 Prozentpunkte).

Die Zahl der in der Industrie tätigen Personen änderte sich nur geringfügig. Im Januar 2017 wurden rund 251 800 Beschäftigte gezählt; das waren knapp 300 bzw. 0,1 Prozent weniger als ein Jahr zuvor (Deutschland: +0,9 Prozent). Das Arbeitsvolumen belief sich auf 33,1 Millionen Arbeitsstunden, was ein Plus von 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat bedeutet (Deutschland: 708,7 Millionen; +5,7 Prozent).

In allen zehn umsatzstärksten Industriebranchen waren die Erlöse im Januar 2017 höher als im Vorjahresmonat. Die größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchten die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+30 Prozent). Im Maschinenbau, der Chemischen Industrie und in der Metallerzeugung und -bearbeitung waren die Zuwachsraten ebenfalls zweistellig. Nur im Bereich „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen" blieben die Umsätze fast unverändert (+0,3 Prozent). Die starken Unterschiede in der Umsatzentwicklung der verschiedenen Industriezweige sind teilweise auf geänderte Branchenzuordnungen größerer Betriebe zurückzuführen, die in einzelnen Teilbereichen der Industrie den Vergleich zum Vorjahreszeitraum beeinflussen.

**Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Januar 2017[1] nach ausgewählten Wirtschaftszweigen**

1 2017 vorläufig.

Die geänderte Branchenzuordnung größerer Betriebe wirkt sich auch auf die Beschäftigungsentwicklung aus. In fünf der zehn Branchen war die Beschäftigtenzahl im Januar 2017 höher als ein Jahr zuvor. Deutliche Steigerungen waren in der Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung zu verzeichnen. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen lagen die Beschäftigtenzahlen hingegen deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

## Mehr Aufträge und niedrigere Umsätze im Bauhauptgewerbe im Januar

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Januar 2017 mehr Aufträge und niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die kalender- und saisonbereinigten Auftragseingänge stiegen um 17 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz verringerte sich um vier Prozent. Gegenüber Januar 2016 zog das Ordervolumen um 21 Prozent an, der Umsatz sank um 1,2 Prozent.

Im Vergleich zum Dezember 2016 erhöhte sich die Nachfrage nach Bauleistungen sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau deutlich (+29 bzw. +10,5 Prozent). Vor allem der gewerbliche Hoch- und Tiefbau verzeichneten kräftige Zuwächse (+46 bzw. +32 Prozent). Dagegen vermeldeten der öffentliche Tief- und Hochbau Auftragseinbußen (–13 bzw. –8,6 Prozent). Gegenüber Januar 2016 zogen die Aufträge im Hochbau und im Tiefbau ebenfalls deutlich an (+28 bzw. +15 Prozent).

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

| Indikator | Jan. 2017 Veränderung des Wertes[1] zu Dez.2016 | Jan. 2017 Veränderung des Wertes[1] zu Jan.2016 |
|---|---|---|
| Auftragseingang | 17,3 % ↑ | 21,0 % ↑ |
| Hochbau insgesamt | 28,8 % ↑ | 28,1 % ↑ |
| Wohnungsbau | 18,3 % ↑ | 41,8 % ↑ |
| gewerblicher Hochbau | 46,1 % ↑ | 31,0 % ↑ |
| öffentlicher Hochbau | -8,6 % ↓ | -4,6 % ↓ |
| Tiefbau insgesamt | 10,5 % ↑ | 14,7 % ↑ |
| gewerblicher Tiefbau | 32,1 % ↑ | 89,3 % ↑ |
| öffentlicher Tiefbau | -13,4 % ↓ | -34,4 % ↓ |
| Straßenbau | 10,8 % ↑ | 15,3 % ↑ |
| Baugewerblicher Umsatz | -4,0 % ↓ | -1,2 % ↘ |
| Hochbau insgesamt | -2,6 % ↓ | 2,0 % ↑ |
| Wohnungsbau | -4,2 % ↓ | 10,1 % ↑ |
| gewerblicher Hochbau | 0,7 % ↗ | 7,4 % ↑ |
| öffentlicher Hochbau | -7,9 % ↓ | -22,2 % ↓ |
| Tiefbau insgesamt | -5,4 % ↓ | -4,5 % ↓ |
| gewerblicher Tiefbau | 1,6 % ↗ | -3,0 % ↓ |
| öffentlicher Tiefbau | -3,0 % ↓ | -1,9 % ↘ |
| Straßenbau | -9,6 % ↓ | -6,3 % ↓ |

1 Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

Im Vergleich zum Dezember 2016 verringerten sich die bereinigten Umsätze im Tiefbau und im Hochbau (–5,4 bzw. –2,6 Prozent). Der Straßenbau sowie der öffentliche Hochbau blieben deutlich hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–9,6 bzw. –7,9 Prozent). Der gewerbliche Tief- und Hochbau verzeichneten dagegen leichte Umsatzsteigerungen (+1,6 bzw. +0,7 Prozent). Gegenüber Januar 2016 gingen die baugewerblichen Umsätze im Tiefbau zurück (–4,5 Prozent). Der Hochbau konnte seine Erlöse um zwei Prozent steigern.

## Mehr Baugenehmigungen für neue Wohnungen

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnbau ist in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr deutlich angestiegen. Die Baubehörden erteilten Freigaben für fast 14 800 Wohnungen. Das entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von gut 20 Prozent und markiert den höchsten Wert seit dem Jahr 2003.

Die Zahl der genehmigten neuen Wohngebäude wuchs gegenüber dem Vorjahr um gut sieben Prozent auf 7 045 an. Das Gros der Genehmigungen entfiel auf Einfamilienhäuser; ihre Zahl stieg gegenüber dem Vorjahr um sechs Prozent auf 5 500. Den größten

Anstieg verzeichneten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Deren Zahl lag mit 7 780 um fast 38 Prozent über dem Vorjahreswert; dies war der höchste Stand seit dem Jahr 1997.

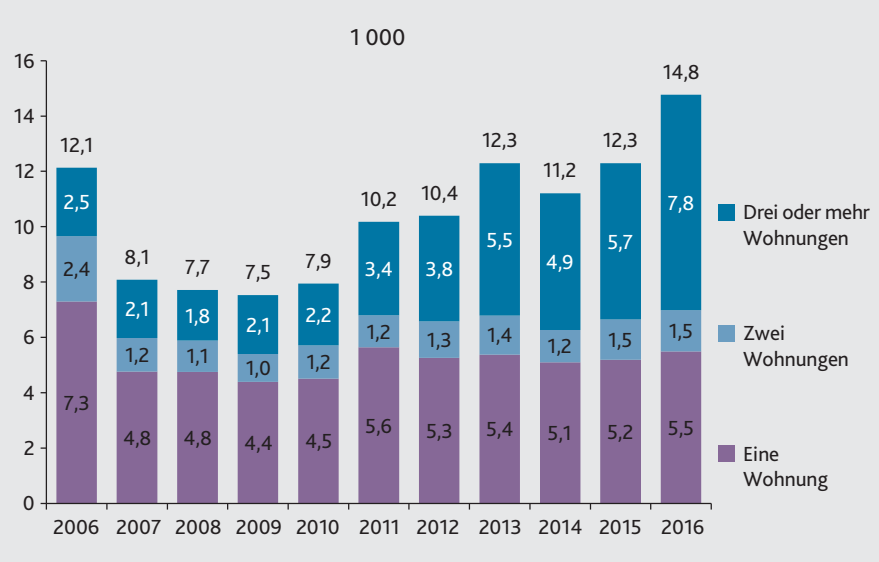
Für die geplanten Baumaßnahmen wurden Kosten von fast 2,8 Milliarden Euro veranschlagt, was einer Zunahme von 19 Prozent gegenüber 2015 entspricht.

Landesweit kamen rechnerisch auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner 36,4 genehmigte neue Wohnungen in Wohngebäuden. Deutlich über dem Durchschnitt lag bei den Landkreisen Alzey-Worms mit 51,5, gefolgt von Mainz-Bingen mit 50,3 und dem Kreis Ahrweiler mit 48 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der geringste Wert ergab sich für den Rhein-Lahn-Kreis mit 10,5 genehmigten Wohnungen. Unter den kreisfreien Städten hatten Neustadt an der Weinstraße mit 74,2 und die Landeshauptstadt Mainz mit 60,9 genehmigten neuen Wohnungen die höchsten Durchschnittswerte. Am geringsten war die Anzahl genehmigter neuer Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Pirmasens (8,7).

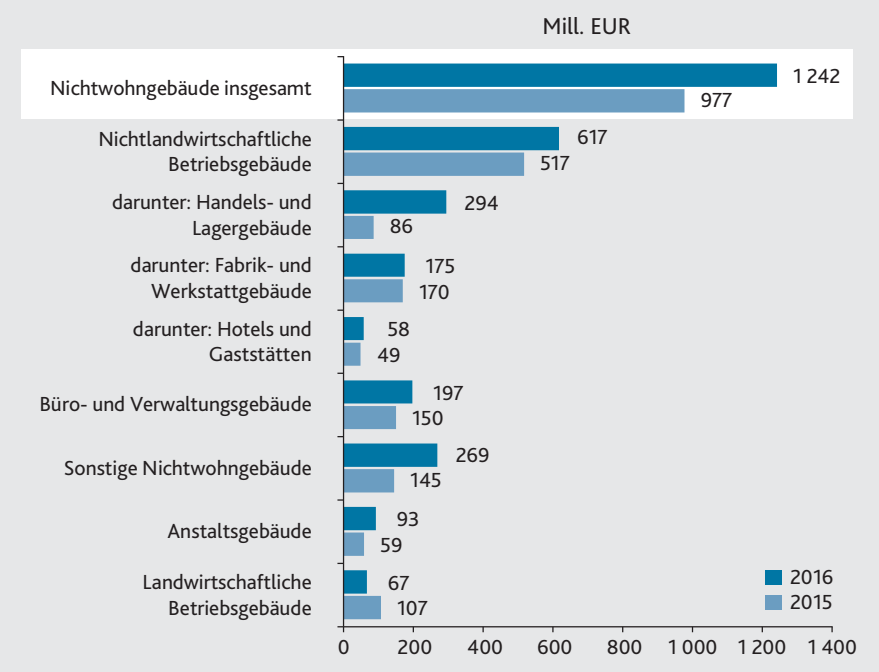
## Mehr Bauaktivitäten im Nichtwohnbau

Die Bauaktivitäten im Nichtwohnbau nahmen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zu. Die Bauaufsichtsbehörden genehmigten im vergangenen Jahr den Bau von 1 660 neuen Nichtwohngebäuden. Das waren elf Prozent mehr als im Jahr 2015.

**Genehmigte Wohnungen (Neubau) 2006–2016 nach Gebäudetyp**




**Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude (Neubau) 2015 und 2016 nach Gebäudearten**




Die veranschlagte Investitionssumme betrug insgesamt gut 1,2 Milliarden Euro und lag damit um mehr als 27 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Je Neubauvorhaben stiegen die veranschlagten Baukosten um fast 15 Prozent auf knapp 750 000 Euro.

Insgesamt 1 100 von den Bauaufsichtsbehörden genehmigte Bauvorhaben betrafen nichtlandwirtschaft-

liche Betriebsgebäude, insbesondere Handels- und Lagergebäude sowie Fabrik- und Werkstattgebäude. Daneben wurden im Jahr 2016 Baugenehmigungen für 245 landwirtschaftliche Betriebsgebäude, 151 Büro- und Verwaltungsgebäude und 149 sonstige Nichtwohngebäude erteilt.

## Wirtschaft wächst um 1,5 Prozent

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist 2016 gewachsen. Preisbereinigt stieg das Bruttoinlandsprodukt 2016 um 1,5 Prozent. Die Wachstumsdynamik ließ im Berichtsjahr allerdings nach. Im Vergleich zu Deutschland (+1,9 Prozent) und den alten Bundesländern ohne Berlin (+1,8 Prozent) fiel das Wachstum etwas niedriger aus.

In jeweiligen Preisen erreichte das Bruttoinlandsprodukt 2016 einen Wert von 139 Milliarden Euro (+3 Prozent gegenüber 2015). Der Anteil von Rheinland-Pfalz am deutschen Bruttoinlandsprodukt beläuft sich damit auf 4,5 Prozent.

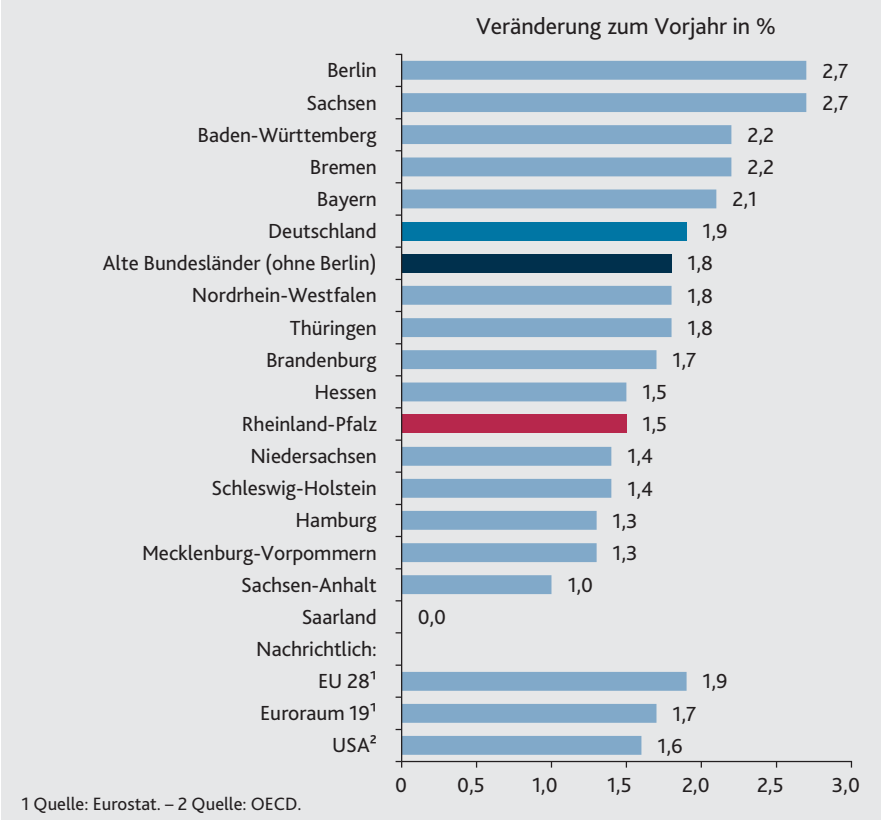
Die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes, das zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung gut ein Viertel beisteuert (Deutschland: 23 Prozent), wuchs preisbereinigt um 1,6 Prozent. Das war zwar ein etwas geringerer Anstieg als in Deutschland (+1,9 Prozent). Mit 0,4 Prozentpunkten fiel der Beitrag der Industrie zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum aufgrund des größeren Gewichts aber genauso hoch aus wie im Bundesdurchschnitt.

Die Umsätze der Investitionsgüterproduzenten nahmen mit +3,5 Prozent deutlich stärker zu als in Deutschland (+1,2 Prozent). Verantwortlich für die unterdurchschnittliche Wertschöpfungsentwicklung war insbesondere die Vorleistungsgüterindustrie, die in Rheinland-Pfalz mehr als die Hälfte der Industrieumsätze generiert (Deutschland: 36 Prozent) und von der Chemischen Industrie dominiert wird. Die Erlöse der Vorleistungsgüterproduzenten gingen 2016 um 2,2 Prozent zurück (Deutschland: –1,9 Prozent).

Ähnlich wie in der Industrie verlief die Entwicklung im Baugewerbe (Wertschöpfungsanteil: fünf Prozent). Die Bruttowertschöpfung nahm in diesem Bereich um 1,7 Prozent zu und trug damit 0,1 Prozentpunkte zum gesamten Wirtschaftswachstum bei. Der Wertschöpfungszuwachs im Baugewerbe war allerdings deutlich geringer als in Deutschland (+2,8 Prozent).

Die Umsätze stiegen im Ausbaugewerbe um 3,9 Prozent und im Bauhauptgewerbe um 3,8 Prozent; sie erreichten damit jeweils einen neuen Höchststand. Die Bundesentwicklung war im Bauhauptgewerbe mit einem Plus von 7,5 Prozent noch deutlich besser. Impulse kamen in Rheinland-Pfalz 2016 vor allem aus dem Wohnungs- und Straßenbau (+15 bzw. +6,9 Prozent). Im gewerblichen Tiefbau und im öffentlichen Hochbau

**Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2016 nach Bundesländern**




1 Quelle: Eurostat. – 2 Quelle: OECD.

gingen die Erlöse dagegen zurück (–6,9 bzw. –3,3 Prozent).

Die Dienstleistungsbereiche, die 64 Prozent der gesamten Wertschöpfung erwirtschaften, verzeichneten ein Wachstum um 1,4 Prozent (Deutschland: +1,9 Prozent). Damit trugen die Dienstleistungen 0,9 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei. Den größten Zuwachs verzeichnete wie in den beiden Jahren zuvor der Teilsektor „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation". Im Berichtsjahr stieg die Wertschöpfung preisbereinigt um 2,9 Prozent und damit etwas mehr als in Deutschland (+2,5 Prozent). Dabei entwickelte sich der Abschnitt „Information und Kommunikation" mit einem Plus von 3,1 Prozent etwas besser als der Unterbereich „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe" (+2,9 Prozent).

Im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen" verlief die Entwicklung dagegen etwas ungünstiger als im Bundesdurchschnitt (+1,2 Prozent; Deutschland: +1,6 Prozent). Zurückzuführen ist das Wachstum insbesondere auf die Unternehmensdienstleister, die ein Plus von 2,6 Prozent erzielten. Im Grundstücks- und Wohnungswesen nahm die Wertschöpfung dagegen nur um 0,8 Prozent zu und die Finanz- und Versicherungsdienstleister verzeichneten sogar einen Rückgang um 0,6 Prozent.

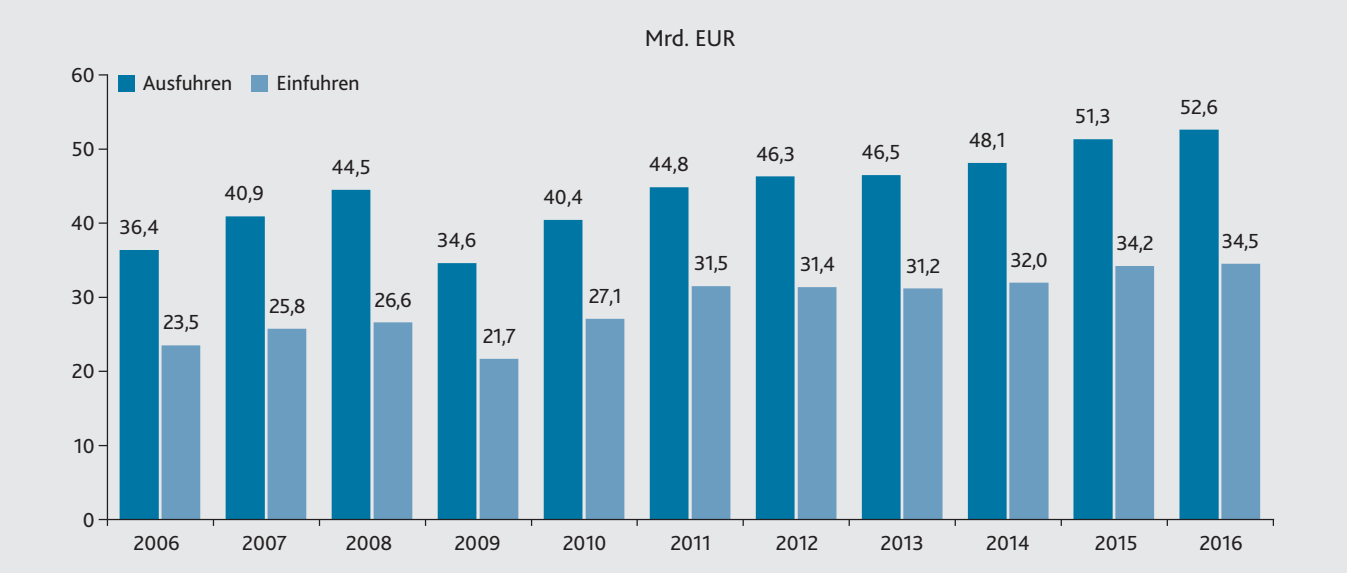
Deutlich geringer als in Deutschland war das Wachstum im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit" (+0,3 Prozent; Deutschland: +1,6 Prozent). Einer der Gründe für die schwache Entwicklung in diesem Dienstleistungsbereich ist die im Vergleich zu Deutschland unterdurchschnittliche Zunahme der Beschäftigung und der Arbeitnehmerentgelte (Rheinland-Pfalz: +3,1 Prozent; Deutschland: +4,4 Prozent).

## Exporte erreichen 2016 neuen Höchststand

Die rheinland-pfälzischen Exporte erreichten auch 2016 wieder einen neuen Höchststand. Nach vorläufigen Berechnungen wurden Waren im Wert von 52,6 Milliarden Euro exportiert. Damit wurde der bisherige Rekordwert von 2015 um 1,3 Milliarden Euro bzw. 2,5 Prozent übertroffen (Deutschland: +1,1 Prozent). Allerdings verlief die Entwicklung weniger dynamisch als im Vorjahr, als das Plus noch bei 6,6 Prozent gelegen hatte.

Wachstumsimpulse kamen in erster Linie aus dem Handel mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Aus Rheinland-Pfalz wurden

**Ausfuhren und Einfuhren 2006–2016**



2016 Waren im Wert von 33,1 Milliarden Euro in EU-Länder exportiert; das waren 5,7 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Einen besonders kräftigen Zuwachs gab es bei den Ausfuhren in EU-Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören (+8 Prozent auf 10,7 Milliarden Euro). Aber auch die Lieferungen in die Euroländer lagen mit 22,4 Milliarden Euro deutlich über dem Vorjahresniveau (+4,7 Prozent). Hierzu trug unter anderem Frankreich als wichtigster Handelspartner im Exportbereich bei – die Ausfuhren in das Nachbarland legten um 5,6 Prozent zu. Rückläufig waren hingegen die Ausfuhren in europäische Länder außerhalb der EU (–1,3 Prozent auf 3,8 Milliarden Euro).

Beim Absatz auf den anderen Kontinenten mussten die rheinland-pfälzischen Exporteure überwiegend Einbußen hinnehmen. Der stärkste prozentuale Rückgang war bei den Ausfuhren nach Afrika zu verzeichnen (–7,9 Prozent). Aber auch die Exporte nach Amerika lagen deutlich unter dem Niveau von 2015 (–5,5 Prozent), was u. a. auf das schwache Geschäft mit den USA zurückzuführen ist. Die Lieferungen in die Vereinigten Staaten, die im Exportbereich der zweitwichtigste Handelspartner sind, nahmen um acht Prozent ab. Eine wesentliche Ursache dafür ist der Rückgang der Ausfuhr von pharmazeutischen Erzeugnissen, die mehr als ein Drittel der Lieferungen in die USA ausmachen. Eine deutliche Steigerung war lediglich bei den Exporten nach Australien und Ozeanien zu verzeichnen (+26 Prozent), wertmäßig fallen die Ausfuhren in diese Region jedoch kaum ins Gewicht.

In den Branchen, die für das rheinland-pfälzische Auslandsgeschäft bedeutend sind, verlief die Entwicklung unterschiedlich. Das wichtigste Exportgut sind chemische Erzeugnisse; ihr Ausfuhrwert lag 2016 um 3,9 Prozent über dem Vorjahresniveau. Eine Steigerung in ähnlicher Größenordnung gab es beim Export von Maschinen. Einbußen waren hingegen bei der Ausfuhr von Gummi- und Kunststoffwaren sowie Metallen zu verzeichnen.

Bei den Importen wurde ebenfalls ein neuer Höchststand erreicht. Der Wert der eingeführten Waren belief sich auf 34,5 Milliarden Euro, das waren 0,3 Milliarden Euro bzw. 0,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor (Deutschland: +0,6 Prozent).

Die Einfuhren aus den Mitgliedstaaten der EU sind ebenfalls gestiegen. Im Jahr 2016 wurden Waren im Wert von 23,6 Milliarden Euro – gut zwei Drittel aller rheinland-pfälzischen Importe – aus EU-Ländern geliefert. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum erhöhten sich die Einfuhren um 5,4 Prozent. Aus dem Euroraum kamen Lieferungen in Höhe von 18 Milliarden Euro (+5,8 Prozent). Der Wert der Importe aus den EU-Ländern, die nicht der Eurozone angehören, legte um 4,4 Prozent auf 5,6 Milliarden Euro zu. Beim Handel mit den europäischen Staaten außerhalb der EU gab es hingegen starke Einbußen (–13 Prozent auf 2,3 Milliarden Euro). Die Einfuhren von den übrigen Kontinenten entwickelten sich unterschiedlich: Die größten prozentualen Zuwächse gab es bei den Importen aus Afrika sowie Australien und Ozeanien, die jedoch wertmäßig kaum ins Gewicht fielen (+17 bzw. +11 Prozent). Die Einfuhren aus Asien legten um zwei Prozent zu. Die Importe aus Amerika nahmen hingegen deutlich ab (–20 Prozent), was unter anderem auf rückläufige Einfuhren aus Brasilien und den USA zurückzuführen ist.

## Weniger Beschäftigte in der Energie- und Wasserversorgung

Die Zahl der Beschäftigten in den Unternehmen und Betrieben der rheinland-pfälzischen Energie- und Wasserversorgung ist im vergangenen Jahr leicht gesunken. Im Jahr 2016 waren durchschnittlich knapp 9 400 Personen bei den Versorgungsunternehmen beschäftigt, das waren etwa 130 oder 1,4 Prozent weniger als im Vorjahr.

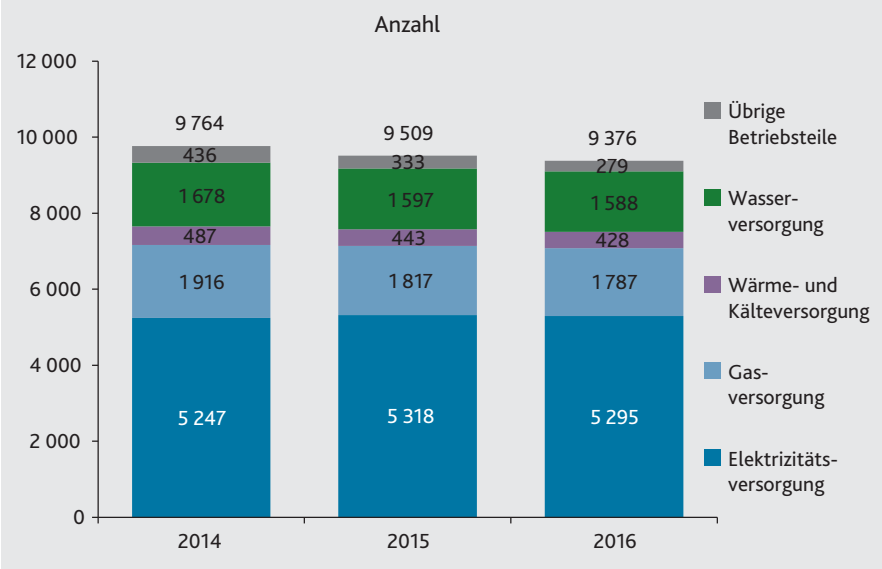
Die Ergebnisse basieren auf den monatlichen Befragungen bei 179 Betrieben und Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung in Rheinland-Pfalz, die 20 Personen und mehr beschäftigen. Zum Vergleich: Bundesweit wurden 2016 in 2 400 Betrieben rund 239 000 Beschäftigte registriert, 1,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Der Rückgang bei den Beschäftigtenzahlen vollzog sich über alle Versorgungssparten hinweg. Knapp 5 300 Personen bzw. 56 Prozent aller Beschäftigten waren 2016 in

der Elektrizitätsversorgung tätig. Mit –0,4 Prozent war die Abnahme in diesem Bereich, der die Erzeugung, die Übertragung, die Verteilung und den Handel mit Strom umfasst, vergleichsweise gering. Etwa 1 800 Personen (–1,7 Prozent) waren in der Gasversorgung, d. h. überwiegend mit der Verteilung und dem Handel von Erdgas, beschäftigt. Die Wasserversorgung (Gewinnung, Aufbereitung, Verteilung) stellten 2016 rund 1 600 Beschäftigte sicher, 0,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Seit 2010 sind in der Gasversorgung mehr Personen beschäftigt als in der Wasserversorgung. Aufgrund der vergleichsweise geringen Bedeutung der Fernwärme in Rheinland-Pfalz ist die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich gering: 2016 waren es gut 400 Personen (–3,4 Prozent). Bei den übrigen Betriebsteilen, dazu gehören in erster Linie die Beschäftigten in Verkehrsbetrieben und Schwimmbädern, waren noch knapp 300 Personen beschäftigt. Die Beschäftigung in diesen Bereichen ist schon seit Jahren rückläufig, sie ging auch 2016 wieder stark zurück (–16 Prozent).

Im Durchschnitt leistete jeder Beschäftigte (Voll- und Teilzeit) monatlich 122 Arbeitsstunden. Er erzielte im Mittel einen Bruttolohn bzw. ein Gehalt von 54 400 Euro, das waren 1,6 Prozent mehr als 2015.

**Beschäftigte in der Energie- und Wasserversorgung 2014–2016 nach fachlichen Betriebsteilen**




## Zahl der Insolvenzen sinkt weiter

Die Zahl der Insolvenzen ist im vergangenen Jahr weiter gesunken. Im Jahr 2016 stellten 777 Unternehmen einen Insolvenzantrag. Dies waren rund 13 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ging um 2,4 Prozent auf 3 310 Fälle zurück.

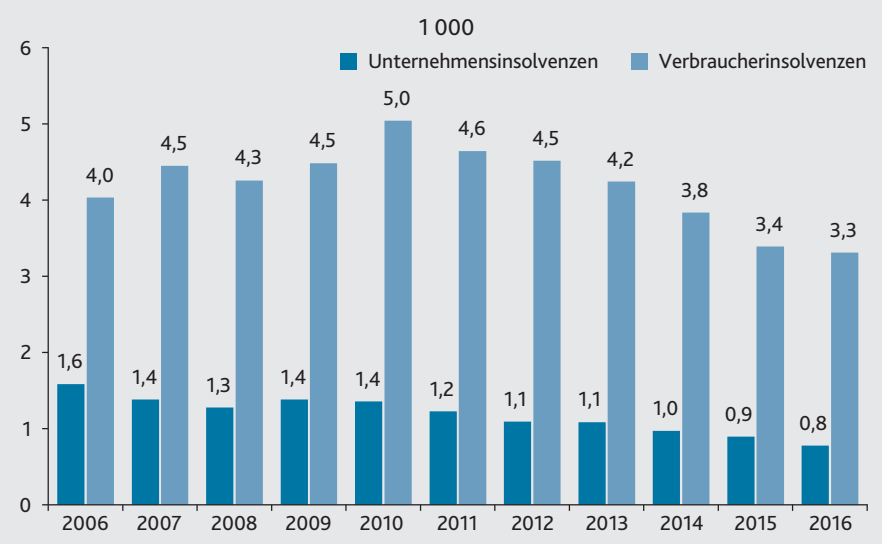
Die Zahl der von den Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten lag mit 4 580 um zwölf Prozent über dem Wert des Jahres 2015. Die Summe der von den Gläubigern geltend gemachten Forderungen erreichte 367 Millionen Euro und war um rund 40 Prozent niedriger als 2015. Damit hatte jedes im vergangenen Jahr insolvent gewordene Unternehmen durchschnittlich rund 472 000 Euro Schulden (2015: 686 000).

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Wirtschaftsabschnitt Baugewerbe (142) und aus dem Wirtschaftsabschnitt „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (135). Mit deutlichem Abstand folgen die Wirtschaftsabschnitte „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ (82) sowie „Gastgewerbe“ (76).

Die Insolvenzhäufigkeit war bei den kreisfreien Städten in Zweibrücken sowie bei den Landkreisen in Bad Kreuznach mit jeweils 9,2 Unternehmensinsolvenzen je 1 000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen am höchsten. Demgegenüber lag sie bei den kreisfreien Städten in Neustadt an der Weinstraße mit 2,5 und bei den Landkreisen im Landkreis Bad Dürkheim mit 1,2 Unternehmensinsolvenzen je 1 000 der wirtschaftlich aktiven Unternehmen am niedrigsten.

Bei den Verbraucherinsolvenzen belief sich die Summe der voraussichtlichen Forderungen im Jahr 2016 auf 168 Millionen Euro, das waren 14 Prozent weniger als im Vorjahr. Die durchschnittliche Verschuldung der im vergangenen Jahr insolvent

**Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2006–2016**




gewordenen Verbraucherinnen und Verbraucher betrug 50 820 Euro (2015: 57 765 Euro).

Die relativ meisten Verbraucherinsolvenzen gab es unter den kreisfreien Städten in Pirmasens mit 25,4 Fällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner und unter den Landkreisen in Kusel mit 16,1 Fällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Am niedrigsten lag die Insolvenzhäufigkeit unter den kreisfreien Städten in Mainz mit 5,7 und unter den Landkreisen im Rhein-Pfalz-Kreis mit 3,1 Fällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

## Weniger Betriebsgründungen im Jahr 2016

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2016 insgesamt 33 120 Gewerbe angemeldet und damit 5,3 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Auch die Zahl der Gewerbeabmeldungen ging gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozent zurück.

Unter den Anmeldungen waren 5 610 so genannte Betriebsgründungen, 1,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Bei den Betriebsgründungen kann eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden. Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 24 Prozent nach wie vor der Wirtschaftsabschnitt „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen". Den zweithöchsten Anteil stellte mit 16,5 Prozent das Baugewerbe.

Unter den kreisfreien Städten erreichte Zweibrücken mit 27 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner die höchste, Pirmasens mit 15 die niedrigste Quote. Bei den Landkreisen nahm der Landkreis Alzey-Worms mit 17 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner die Spitzenposition ein. Der geringste Wert errechnete sich für den Landkreis Kusel mit 6,8.

Neben den Betriebsgründungen gab es im Jahr 2016 insgesamt 21 290 so genannte sonstige Neugründungen. Verglichen mit dem Vorjahr ging die Zahl um rund 6,6 Prozent zurück. Zu den sonstigen Neugründungen gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben. Unter den sonstigen Neugründungen waren 12 210 Gründungen im Nebenerwerb, 4,2 Prozent weniger als im Vorjahr.

Neben den Betriebsgründungen und sonstigen Neugründungen waren im Jahr 2016 noch 6 220 weitere Gewerbeanmeldungen zu verzeichnen. Hierunter fallen Umwandlungen sowie Zuzüge und Übernahmen.

Insgesamt wurden 33 460 Gewerbe abgemeldet und damit 3,2 Prozent weniger als im Vorjahr (34 570). Die Zahl der Betriebsaufgaben – sie sind das Pendant zu den Betriebsgründungen – ging um 4,5 Prozent auf 4 820 zurück. Die sonstigen Stilllegungen

**Betriebsgründungen[1] 2015 und 2016 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen**

1 Kapital- bzw. Personengesellschaft oder Einzelunternehmen mit Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder mindestens einem/einer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

lagen mit 22 740 um vier Prozent unter dem Wert des Jahres 2015.

## Uneinheitliche Umsatzentwicklung bei unternehmensnahen Dienstleistern

Die rheinland-pfälzischen Dienstleistungsbereiche, die überwiegend unternehmensnahen Service anbieten, erwirtschafteten im vierten Quartal 2016 weniger Umsatz als im Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Angaben lagen die Erlöse nur in zwei der vier Dienstleistungsbereiche über dem Niveau des vierten Quartals 2015.

Die höchste Umsatzsteigerung gab es im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen", zu dem Architektur- und Ingenieurbüros sowie die Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen gehören (+10,5 Prozent). Im Bereich „Verkehr und Lagerei" nahmen die Erlöse um 3,1 Prozent zu. Im Bereich „Information und Kommunikation" war ein deutlicher Umsatzrückgang zu verzeichnen (–23 Prozent), der aber auf einen erhebungsbedingten Sondereffekt zurückgeht. Dieser Effekt wirkt sich auch auf das Gesamtergebnis aller vier Dienstleistungsbereiche aus, sodass ein Vergleich mit dem Gesamtumsatz der unternehmensnahen Dienstleister im Vorjahreszeitraum nicht sinnvoll ist.

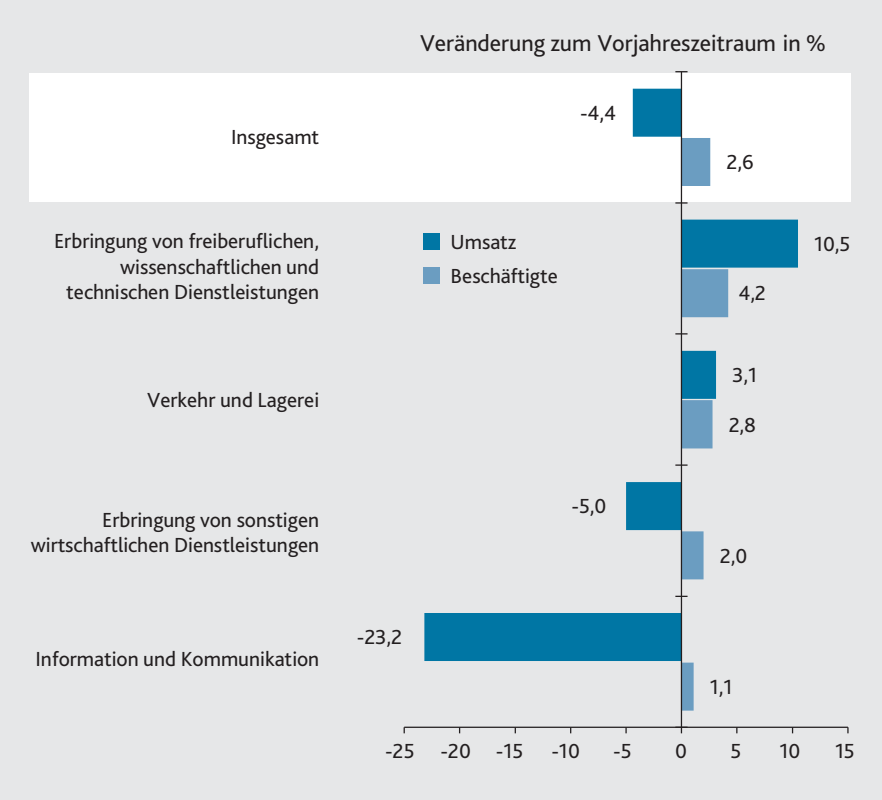
Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich in allen vier unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen. Insgesamt lag sie im vierten Quartal 2016 um 2,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (Deutschland: +3 Prozent). Den stärksten Anstieg gab es im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen" (+4,2 Prozent). Es folgten die Bereiche „Verkehr und Lagerei" sowie „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" mit Zuwächsen von 2,8 Prozent bzw. zwei Prozent. Im Bereich „Information und Kommunikation" war die Beschäftigtenzahl um 1,1 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

## Zulassungspflichtiges Handwerk 2016 mit Umsatzplus

Die Umsätze des zulassungspflichtigen Handwerks in Rheinland-Pfalz sind 2016 gestiegen. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Erlöse 2016 um 2,8 Prozent höher als 2015.

Während die Umsätze in den ersten drei Quartalen 2016 höher ausfielen als ein Jahr zuvor, lagen sie im vierten Quartal unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Bezogen auf das Gesamtjahr verzeichneten sechs der

## Umsätze und Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im 4. Quartal 2016

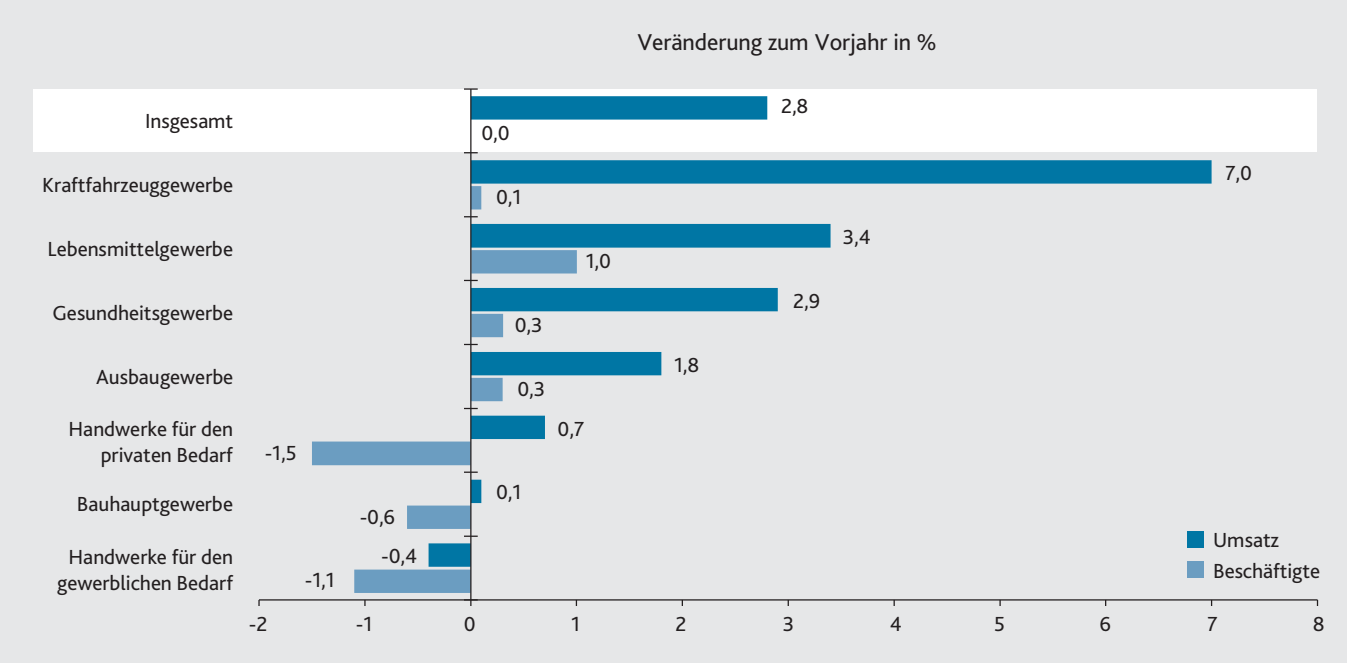



sieben Gewerbegruppen Umsatzzuwächse. Die größte Erlössteigerung gab es im Kraftfahrzeuggewerbe (+7 Prozent). Lediglich die Handwerke für den gewerblichen Bedarf mussten geringe Umsatzeinbußen hinnehmen (–0,4 Prozent).

Die Beschäftigung im zulassungspflichtigen Handwerk blieb gegenüber 2015 insgesamt unverändert. In vier der sieben Gewerbegruppen gab es 2016 mehr Beschäftigte als im Vorjahr. Mit einem Plus von einem Prozent fiel der Zuwachs im Lebensmittelgewerbe am höchsten aus. Den größten Beschäftigtenrückgang verzeichneten die Handwerke für den privaten Bedarf (–1,5 Prozent).

In Deutschland erwirtschaftete das zulassungspflichtige Handwerk 2016 eine Umsatzsteigerung von drei Pro-

## Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2016 nach Gewerbegruppen



**Eiererzeugung in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen 2000–2016**

zent, während die Beschäftigtenzahl fast unverändert blieb (+0,1 Prozent).

## Eierproduktion gesteigert

Im Jahr 2016 wurden in Rheinland-Pfalz rund 715 000 Hennen in spezialisierten Betrieben gehalten, von denen jede 278 Eier legte. Insgesamt wurden 199 Millionen Eier erzeugt; das waren 1,7 Prozent der deutschen Produktion von knapp zwölf Milliarden. Nur eins von 60 in Deutschland erzeugten Eiern stammt aus Rheinland-Pfalz.

Die Statistik erfasst Betriebe von Unternehmen mit 3 000 und mehr Haltungsplätzen. Von 1 759 Betrieben in Deutschland produzieren 50 in Rheinland-Pfalz. Seit 2012 sind es 18 Betriebe mehr. Zuvor hatte die Zahl der Betriebe jährlich abgenommen. Hierzu hatte auch das absehbare Verbot der konventionellen Käfighaltung in Form von Legebatterien beigetragen, das zum 1. Januar 2010 in Kraft trat.

In den letzten Jahren wurde die Eiererzeugung in Rheinland-Pfalz wieder gesteigert. Im Jahr 2016 hat sie um 5,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Die meisten Eier, nämlich 93 Prozent, kommen aus der Bodenhaltung (Deutschland: 63 Prozent). Eier aus Freilandhaltung machen 2,5 Prozent der Erzeugung aus (Deutschland: 18 Prozent). Die übrige Erzeugung stammt aus ökologischer Produktion mit eigenen Vorschriften zum Freigang der Tiere, zur maximalen Herdengröße und zum eingesetzten Futter oder aus der nach wie vor erlaubten Kleingruppenhaltung in ausgestalteten Käfigen.

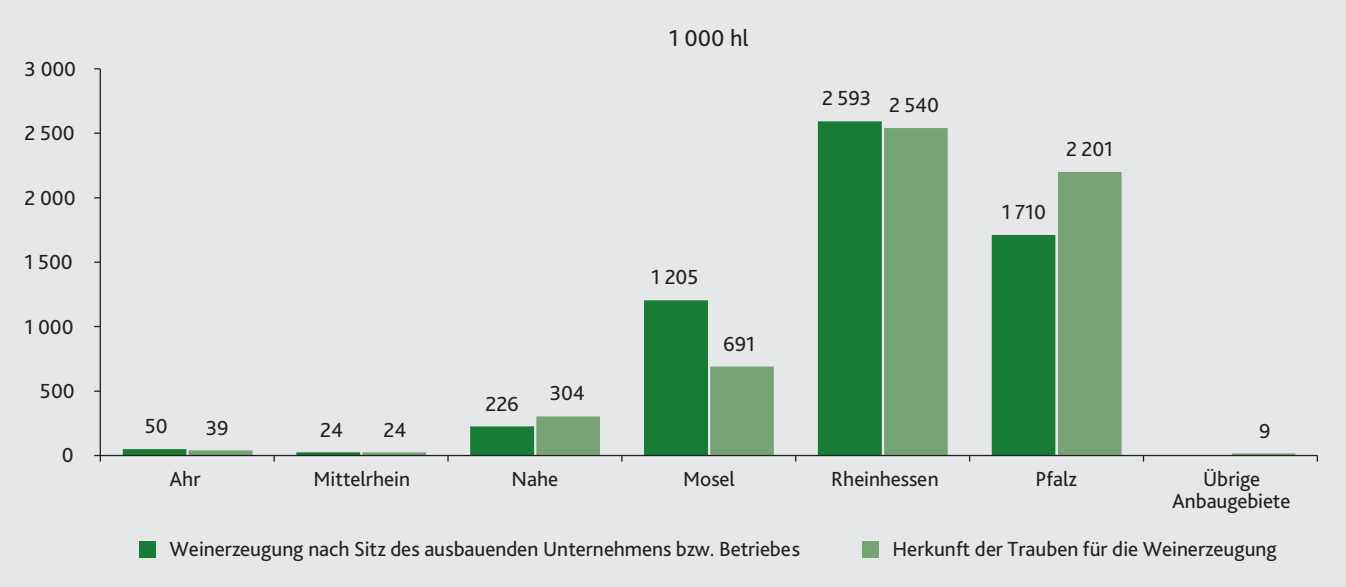
In Rheinland-Pfalz haben fünf Betriebe (zehn Prozent aller Betriebe) mehr als 30 000 Haltungsplätze, in diesen Betrieben lebten 55 Prozent der Legehennen. In Deutschland fielen 23 Prozent der Betriebe in diese Größenklasse und hielten 69 Prozent der Hennen. Je nach Haltungsform gelten verschiedene Grenzwerte für Herdengrößen bzw. Stalleinheiten, die durch räumliche Trennung sichergestellt werden müssen. Informationen zur Zahl der Tiere in einer Stalleinheit bietet die Statistik nicht.

Mit der Erhebung bei spezialisierten Erzeugern werden nicht alle Legehennen in landwirtschaftlichen Betrieben erfasst. Außen vor bleiben kleine Bestände, die der Eigenversorgung dienen oder auch eine begrenzte regionale Versorgung bieten. Mit der Agrarstrukturerhebung wurden im Jahr 2016 insgesamt 17 600 landwirtschaftliche Betriebe erfasst. Davon hatten über 1 000 Betriebe Haltungsplätze für weniger als 1 000 Legehennen, überwiegend für weniger als 100 Tiere. Sie hielten im März 2016 rund 55 000 Legehennen.

## Weinerzeugung leicht rückläufig

Die Wein ausbauenden Betriebe und Kellereien in Rheinland-Pfalz

## Weinerzeugung 2016 nach Anbaugebieten




erzeugten aus der Traubenernte des Jahres 2016 rund 5,8 Millionen Hektoliter Wein. Das stellt gegenüber der Vorjahresmenge von 5,9 Millionen Hektolitern eine Abnahme von einem Prozent dar. Der zehnjährige Durchschnitt von gut sechs Millionen Hektolitern Weinerzeugung wurde um 3,6 Prozent verfehlt.

Rund 77 Prozent des Mostes (4,3 Millionen Hektoliter) wurden zu Qualitätswein verarbeitet. Für den Ausbau zu Prädikatsweinen – wie Spät- und Auslesen – wurde gut eine Million Hektoliter der Moste vorgesehen (18 Prozent). Als Wein oder Landwein sollen 320 000 Hektoliter vermarktet werden.

Auf Weißwein entfielen 68 Prozent der gesamten Weinerzeugung. Von den 3,9 Millionen Hektolitern weißen Mosten wurden 24 Prozent zu Prädikatsweinen und 68 Prozent zu Qualitätsweinen ausgebaut. Bei den roten Mosten wurden nur vier Prozent zu Prädikatsweinen und 94 Prozent zu Qualitätsweinen ausgebaut. Ursächlich hierfür sind die unterschiedlichen Vermarktungswege für Weiß- und für Rotwein.

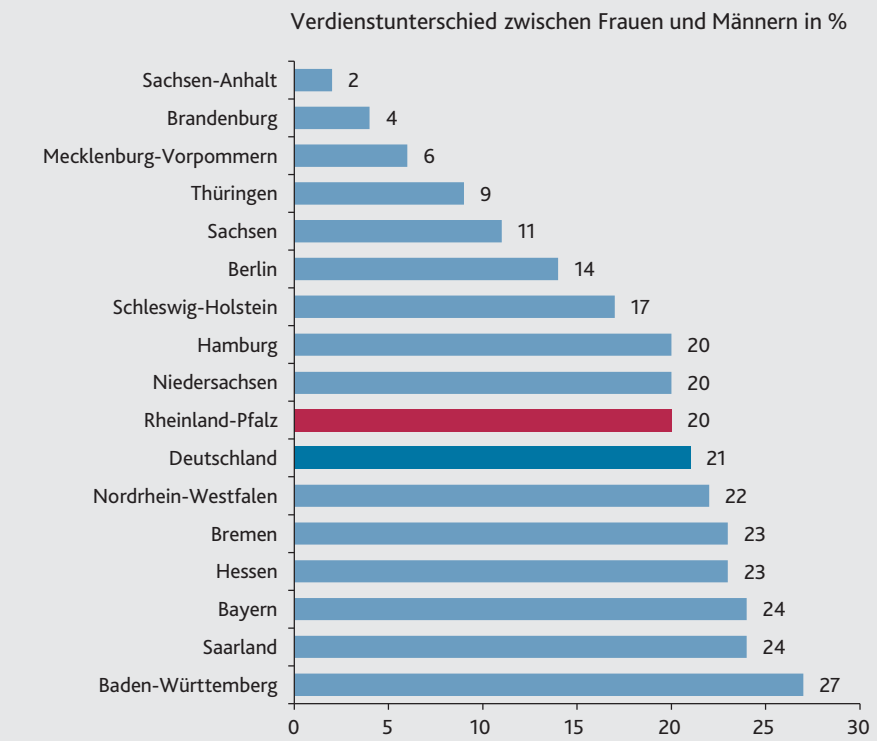
Im vergangenen Herbst erzeugten die Winzer und Kellereien des größten deutschen Anbaugebietes Rheinhessen knapp 2,6 Millionen Hektoliter Wein. Das war gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 0,5 Prozent. Der größte Teil des rheinhessischen Weins stammte auch aus den Trauben des Anbaugebietes. Aus den im Anbaugebiet Pfalz geernteten Trauben wurden insgesamt 2,2 Millionen Hektoliter Wein erzeugt (–2,2 Prozent). Die in der Pfalz ansässigen Betriebe verarbeiteten rund 1,7 Millionen Hektoliter Most zu Wein. Rund 0,5 Millionen Hektoliter Most wurden in anderen Anbaugebieten verarbeitet, vor allem im rheinland-pfälzischen Teil des Anbaugebiets Mosel. Hier wurden rund 1,2 Millionen Hektoliter Wein gekeltert. Aus der regionalen Ernte stammten allerdings nur 690 000 Hektoliter. Die Weinbaubetriebe an der Mosel mussten gegenüber dem Jahr 2015 Einbußen von sieben Prozent verkraften.

### Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern sank leicht

Der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern hat sich in Rheinland-Pfalz im Jahr 2016 leicht reduziert. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen lag um 20 Prozent niedriger als der Verdienst der Männer. In den beiden Vorjahren betrug der so genannte Gender Pay Gap noch 21 Prozent.

Der Equal Pay Day fällt in diesem Jahr auf den 18. März. Er markiert den Tag des Jahres, bis zu dem Frauen

**Gender Pay Gap[1] 2016 nach Bundesländern**




1 Prozentualer Unterschied im Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern.

über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um das gleiche durchschnittliche Vorjahresgehalt zu erzielen wie Männer.

Mit 20 Prozent liegt der Verdienstunterschied von Frauen und Männern in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt von 21 Prozent (2015: 22 Prozent). Im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) weist das Land zusammen mit Hamburg und Niedersachsen den zweitniedrigsten Wert auf. Geringere geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede sind in Westdeutschland mit 17 Prozent lediglich in Schleswig-Holstein zu beobachten. Deutlich niedriger ist der Gender Pay Gap in den ostdeutschen Bundesländern; am geringsten war er mit zwei Prozent in Sachsen-Anhalt.

Trotz des erneuten Rückgangs erweist sich der Gender Pay Gap im Zeitverlauf als relativ stabil, da die ursächlichen Faktoren nur langsamen Veränderungsprozessen unterliegen. So lag der Wert in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2007 bis 2013 konstant bei 22 Prozent. Für den Verdienstabstand spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. So unterscheiden sich Frauen und Männer zum Beispiel in der Wahl der Berufe und der Branchen, in denen sie tätig sind, sowie in der Erwerbsbiografie. Frauen sind darüber hinaus nach wie vor häufiger als Teilzeitkraft oder geringfügig beschäftigt.

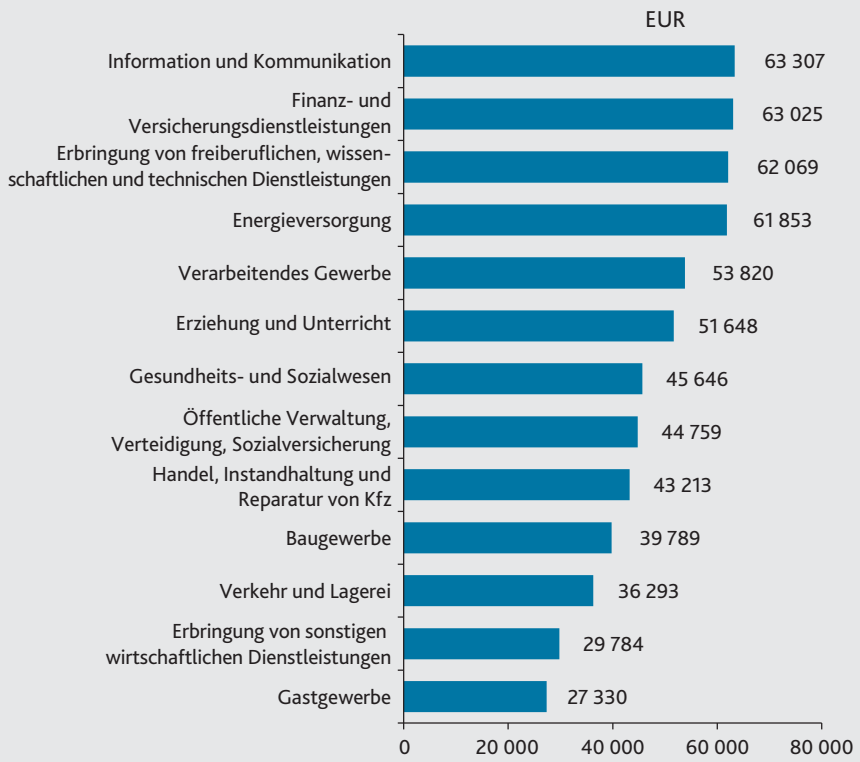
## Reallöhne steigen 2016 um 1,5 Prozent

Die realen Verdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Prozent gestiegen (Deutschland: +1,8 Prozent).

Der Reallohnindex wird errechnet, indem die Entwicklung der Verdienste der Preisentwicklung gegenüber gestellt wird. Die Zunahme der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen belief sich 2016 auf 2,1 Prozent. Damit lag der Anstieg des Nominallohnindex etwas unter dem bundesweiten Zuwachs von 2,3 Prozent und deutlich unter den Steigerungsraten der vergangenen Jahre. Aufgrund der im Jahresdurchschnitt moderat ausgefallenen Erhöhung der Verbraucherpreise (+0,6 Prozent) ergibt sich gleichwohl eine leicht überdurchschnittliche Steigerung der Reallöhne (Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2015: +1,3 Prozent).

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst einschließlich Sonderzahlungen der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich lag 2016 bei 47 955 Euro. Vollzeitbeschäftigte Frauen verdienten 41 630 Euro, vollzeitbeschäftigte Männer 50 480 Euro. Deutliche Unterschiede gab es zwischen den Wirtschaftsbereichen: Während eine Vollzeitkraft im Produzierenden Gewerbe im Durchschnitt 51 605 Euro verdiente, lagen die Bruttomonatsverdienste im Dienstleistungsbereich bei 45 580 Euro.

**Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst[1] vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2016 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen**




1 Einschließlich Sonderzahlungen.

Deutlich stärker fallen die Verdienstunterschiede bei der Betrachtung einzelner Wirtschaftszweige aus. Vergleichsweise hoch werden die Tätigkeiten in den Bereichen Information und Kommunikation (63 310 Euro), Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (63 025 Euro), sowie freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (62 070 Euro) bezahlt. Relativ niedrig ist das Verdienstniveau zum Beispiel im Gastgewerbe (27 330 Euro) und im Bereich der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (29 780 Euro).

Das individuelle Verdienstniveau wird in allen Branchen maßgeblich durch die ausgeübte Tätigkeit bestimmt. Am unteren Ende der Verdienstskala stehen die ungelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Leistungsgruppe 5). Mit 27 325 Euro betrug der Bruttojahresverdienst einer Vollzeitkraft in der Leistungsgruppe 5 weniger als ein Drittel des Vergütungsniveaus der Leistungsgruppe 1 (Beschäftigte in leitenden Positionen). Hier lagen die jährlichen Bruttoverdienste bei 89 800 Euro. Allerdings ist die Zunahme des Nominallohnindex in der Leistungsgruppe 5 mit +2,5 Prozent relativ hoch ausgefallen. Nur in Leistungsgruppe 2 lag der prozentuale Zuwachs darüber (+2,7 Prozent). Der geringste prozentuale Vergütungsanstieg war bei den Beschäftigten in der Leistungsgruppe 1 zu verzeichnen (+1,4 Prozent).

## 1 020 Deutschlandstipendiatinnen und -stipendiaten

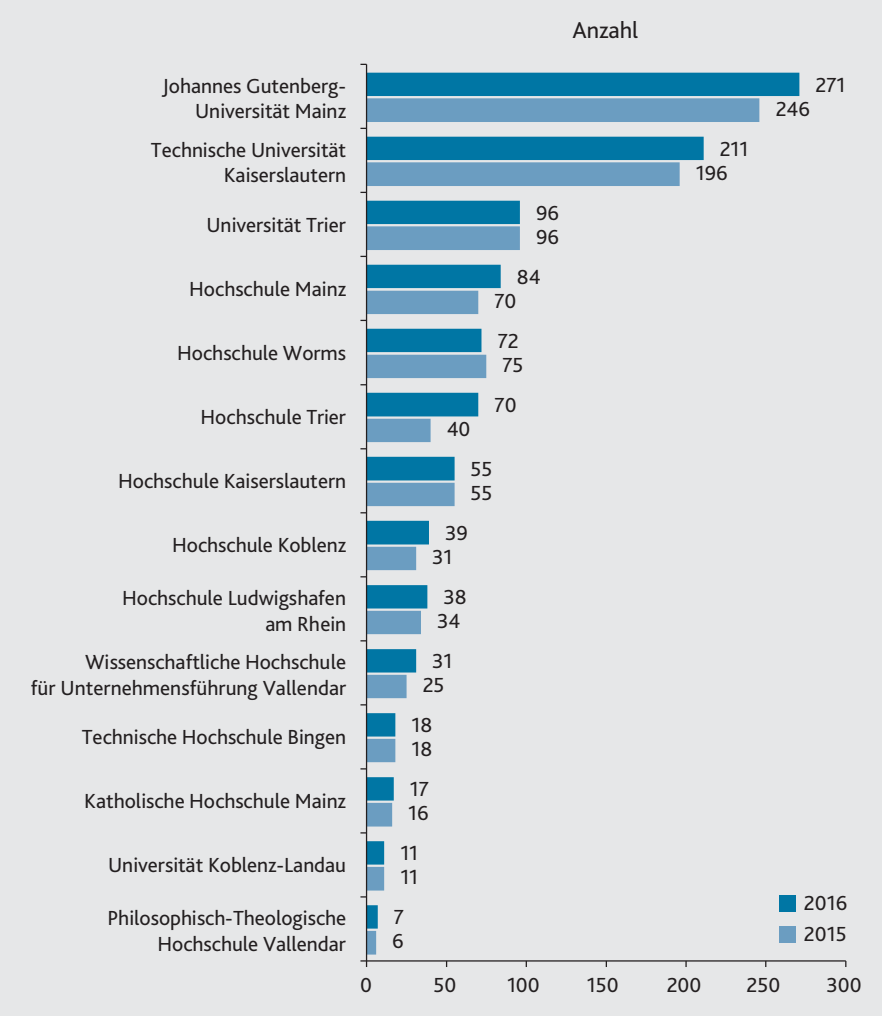
Im Jahr 2016 erhielten in Rheinland-Pfalz 1 020 Studierende, darunter waren 554 Frauen, eine Förderung nach dem Stipendienprogrammgesetz (Deutschlandstipendium). Das sind 101 Stipendiatinnen und Stipendiaten bzw. elf Prozent mehr als im Jahr 2015.

Beinahe die Hälfte (47 Prozent) der Geförderten war in einem mathematischen oder naturwissenschaftlich-technischen Studienfach eingeschrieben. Weitere 36 Prozent kommen aus den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Im Rahmen des Deutschlandstipendiums werden besonders leistungsstarke und engagierte Studierende für mindestens zwei Semester mit monatlich 300 Euro unterstützt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat das Ziel ausgegeben, bis zum Jahr 2017 bis zu zwei Prozent aller Studierenden im Rahmen des Stipendienprogrammgesetzes zu fördern. In Rheinland-Pfalz haben im Jahr 2016 rund 0,8 Prozent aller Studierenden ein Deutschlandstipendium erhalten.

Da das Deutschlandstipendium jeweils hälftig vom Bund und von privaten Stiftern finanziert wird, kommen regionale und institutionelle Unterschiede durch die Fächerangebote der Hochschulen, die Ressour-

**Stipendiaten/-innen 2015 und 2016 nach Hochschulen**




cen der Hochschulen zur Akquise der Förderer, die regionale Anzahl fördernder Betriebe, Institutionen und Privatpersonen sowie durch die finanziellen Fördermöglichkeiten bisheriger Stifterinnen und Stifter zustande.

Die meisten Stipendiatinnen und Stipendiaten waren an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (271) und der Technischen Universität Kaiserslautern (211) eingeschrieben. Den höchsten Anteil an Deutschlandstipendiaten unter den Studierenden hatten die Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung Vallendar (drei Prozent) und die Hochschule Worms (zwei Prozent).

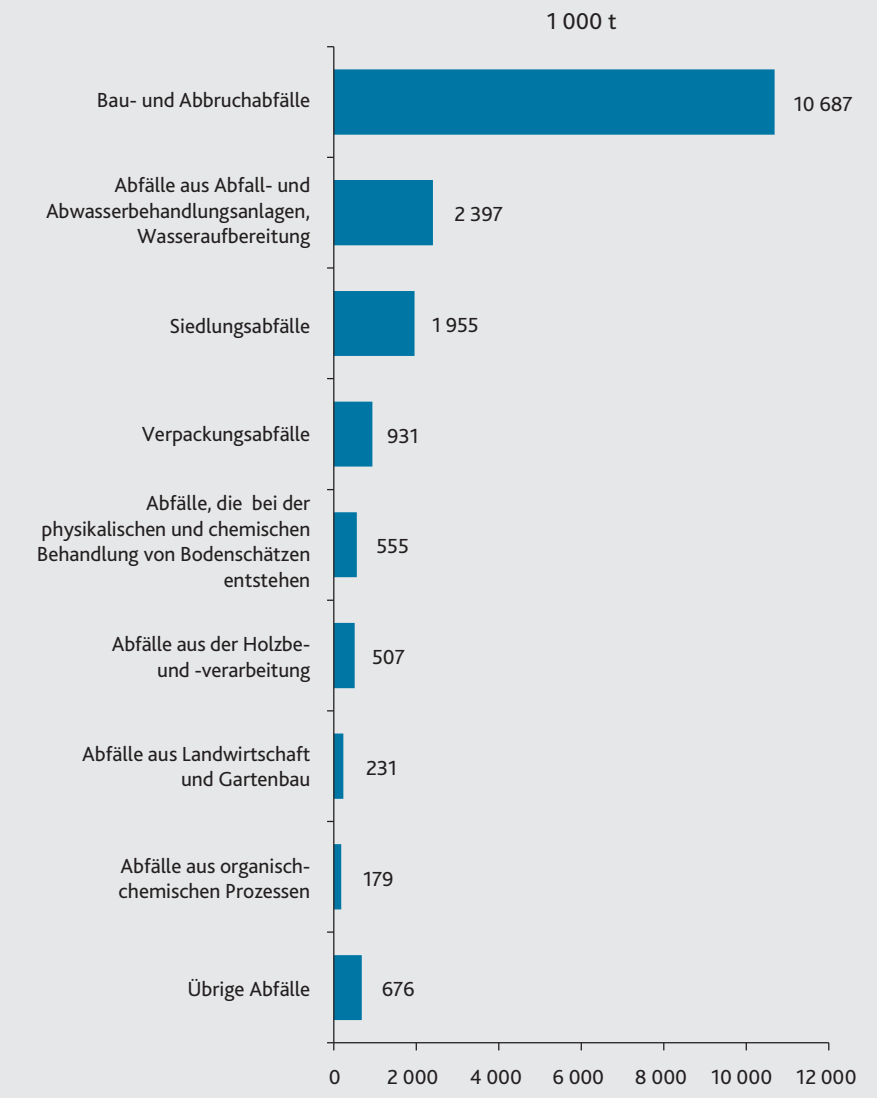
## Abfallentsorgungsanlagen nehmen immer größere Mengen an

Die rheinland-pfälzischen Abfallentsorgungsanlagen nahmen im Jahr 2015 rund 18,1 Millionen Tonnen Abfälle entgegen. Das waren 150 000 Tonnen bzw. 0,8 Prozent mehr als im Jahr 2014. Seit 2012 ist das Aufkommen um insgesamt 15 Prozent angestiegen. Bundesweit nahmen die Abfallentsorgungsanlagen 2014 rund 407 Millionen Tonnen an.

Knapp 60 Prozent des Abfalls entfiel auf Bau- und Abbruchabfälle (10,7 Millionen Tonnen). Gegenüber dem Jahr 2014 stellt das einen Rückgang um ein Prozent dar. Die Abfälle aus Abfall- und Abwasserbehandlungsmaßnahmen sowie der Wasseraufbereitung (2,4 Millionen Tonnen, 13 Prozent der Abfallmenge) stiegen um 1,4 Prozent an. Auch bei den Siedlungsabfällen wurde mehr angeliefert (+3,4 Prozent): Die knapp zwei Millionen Tonnen an Haushaltsabfällen (und ähnlichen gewerblichen und industriellen Abfällen) entsprechen rund elf Prozent der gesamten Abfallmenge. Erneut kräftig zugenommen haben die Verpackungsabfälle (+8,4 Prozent). Der Verpackungsmüll kommt mit rund 930 000 Tonnen mittlerweile auf über fünf Prozent des gesamten Abfalls. Diese vier Gruppen von Abfällen (Abfallkapitel) machen zusammen fast 90 Prozent der Abfallmenge aus, die von den rheinland-pfälzischen Entsorgungsanlagen im Jahr 2015 angenommen wurden.

Die größte Abfallmenge nahmen die Anlagen zur Verfüllung bergbaufremder Abfälle in übertägigen Abbaustätten an (4,7 Millionen Tonnen). Auf diesen Anlagentyp entfiel über ein Viertel der gesamten Abfälle. An Bauschuttaufbereitungsanlagen wurde knapp ein Fünftel der Abfälle angeliefert. Die Abfallverbrennungsanlagen (thermi-

**An Abfallentsorgungsanlagen angelieferte Abfallmengen 2015 nach Abfallkapiteln[1]**




1 Die genaue Bezeichnung der Abfallkapitel samt detaillierter Beschreibung enthält der Abfallkatalog auf Basis des Europäischen Abfallverzeichnisses.

sche Abfallbehandlungsanlagen und Feuerungsanlagen mit energetischer Verwertung der Abfälle) machten mit zusammen 2,3 Millionen Tonnen fast 13 Prozent der Abfallmenge aus. Sortieranlagen (1,5 Millionen Tonnen) kamen auf acht Prozent der Abfälle. Für Deponiebaumaßnahmen wurden sieben Prozent der Abfälle verwertet. Auf Deponien wurden 2015 noch 814 000 Tonnen abgelagert; das entsprach 4,5 Prozent der gesamten Abfallmenge. Die Deponierung von Abfällen nimmt, auch als Folge des neu ausgerichteten Abfallrechts, immer mehr ab: Gegenüber 2012 sank die abgelagerte Menge um ein Viertel.

## Kaum Veränderung beim Umschlag in Binnenhäfen

Im Jahr 2016 wurde in den rheinland-pfälzischen Häfen fast genauso viel Fracht umgeschlagen wie im Vorjahr. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten einen Güterumschlag von 21,6 Millionen Tonnen; das waren 0,2 Millionen Tonnen bzw. knapp ein Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Der Empfang erhöhte sich leicht um 1,7 Prozent auf 12,3 Millionen Tonnen; der Versand blieb dagegen bei einem Gesamtvolumen von 9,3 Millionen Tonnen nahezu gleich.

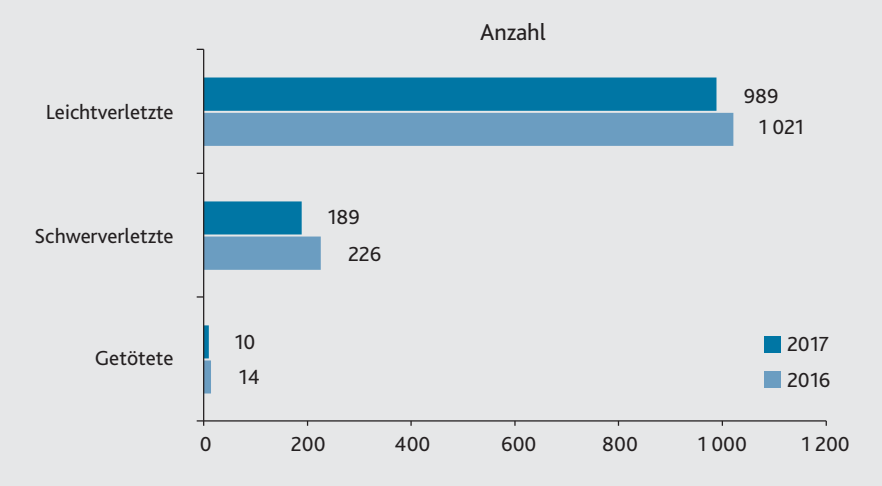
Die höchsten umgeschlagenen Tonnagen entfielen wie im Jahr zuvor mit knapp fünf Millionen Tonnen (+0,1 Prozent) auf die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse", gefolgt mit jeweils 4,3 Millionen Tonnen von den beiden Bereichen „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse" (+3,8 Prozent) sowie „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse" (–1,9 Prozent) .

In Ludwigshafen, dem größten Binnenhafen des Landes, wurden 4,4 Prozent weniger Güter umgeschlagen als 2015. Dagegen meldete der an zweiter Stelle folgende Hafen in Mainz ein Umschlagsplus von acht Prozent. Im drittgrößten Hafen Andernach ging der Gesamtumschlag um 8,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück.

## Mehr Verkehrsunfälle zum Jahresbeginn

Auf den rheinland-pfälzischen Straßen hat es zum Jahresbeginn 2017 mehr Unfälle gegeben als im Vorjahr.

## Verunglückte im Straßenverkehr im Januar 2016 und 2017




Die Polizei registrierte im Januar mehr als 11 500 Unfälle, 4,4 Prozent mehr als im ersten Monat des Vorjahres. Zehn Menschen verloren bei Verkehrsunfällen ihr Leben; das waren vier Todesopfer weniger als im Januar 2016. Schwerverletzt wurden 189 Unfallbeteiligte, 37 weniger als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Leichtverletzten ging um 32 auf 989 zurück.

## Aus der amtlichen Statistik

### Wissing/Berres: Ordentliches Wirtschaftswachstum im Jahr 2016
### Statistische Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2016“ vorgestellt

„Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist 2016 ordentlich gewachsen“, ist das gemeinsame Resümee von Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing und Jörg Berres, Präsident des Statistischen Landesamtes, bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts 2016. Das Bruttoinlandsprodukt nahm nach vorläufigen Berechnungen preisbereinigt um 1,5 Prozent zu (Deutschland: +1,9 Prozent).

Das Wirtschaftswachstum lag damit über der durchschnittlichen Wachstumsrate 2000 bis 2015 (+1,1 Prozent pro Jahr). Im Vergleich mit den anderen Bundesländern belegte Rheinland-Pfalz 2016 einen mittleren Platz, erläuterte Berres die aktuellen Ergebnisse. In jeweiligen Preisen belief sich das Bruttoinlandsprodukt auf gut 139 Milliarden Euro (+3 Prozent). Am gesamten deutschen Bruttoinlandsprodukt hat Rheinland-Pfalz damit einen Anteil von 4,5 Prozent.

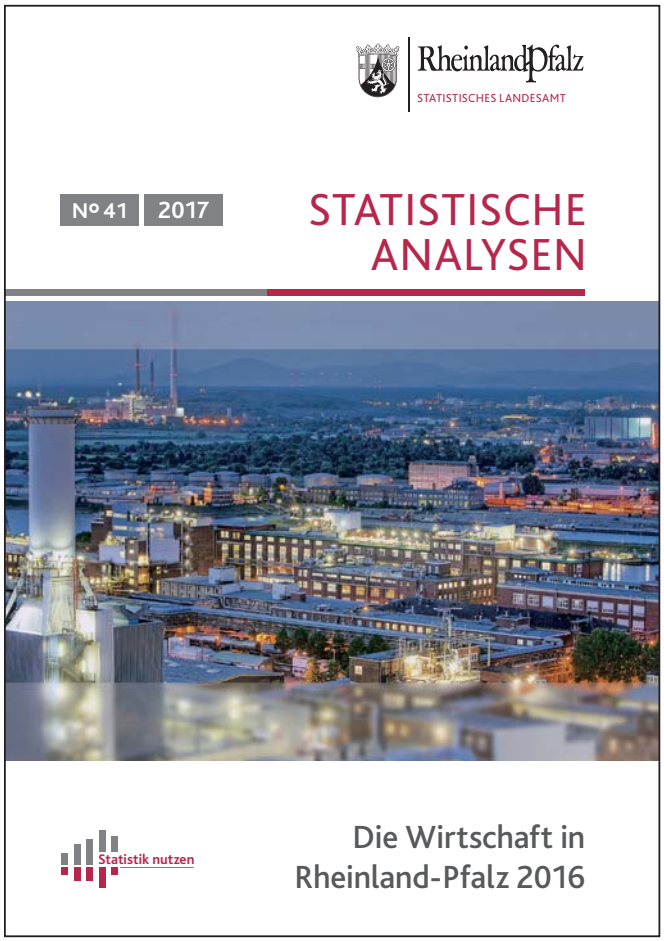
Einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung hat wieder das Auslandsgeschäft der rheinland-pfälzischen Industrie erbracht. Mit einer Exportquote von 55,4 Prozent (2015: 56 Prozent) liegt die rheinland-pfälzische Industrie hinter Baden-Württemberg auf dem zweiten Platz unter den Flächenländern.

„Diese Wirtschaftsdaten zeigen: Rheinland-Pfalz ist ein starkes Exportland. Unsere Industrieunternehmen produzieren Güter, die in der Welt gefragt sind. Das macht deutlich, wie sehr unsere Wirtschaftskraft vom Handel mit Europa und der Welt abhängt und wie stark wir von einem freien Handel profitieren“, sagte Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing auf der gemeinsamen Pressekonferenz des Wirtschaftsministeriums und des Statistischen Landesamtes.

Detaillierte Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2016 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2016“. Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/analysen/wirtschaft/jw2016.pdf zur Verfügung.

In den folgenden Ausgaben des Statistischen Monatsheftes werden die Wirtschaftsleistung, die Entwicklungen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen sowie die Themenbereiche „Preise“, „Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt“ sowie „Außenhandel“ aus der Analyse vorgestellt.



## Internationaler Frauentag: Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz" neu aufgelegt

Das Statistische Landesamt in Bad Ems hat aus Anlass des Internationalen Frauentags am 8. März 2017 das Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz" neu aufgelegt. Die Publikation beleuchtet die Situation der Frauen in verschiedenen Lebensbereichen und zeigt dabei kleinere und größere Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern. Frauen leben beispielsweise länger als Männer, heiraten früher und sind seltener an Verkehrsunfällen mit Personenschäden beteiligt.

Ein Mädchen, das heute in Rheinland-Pfalz geboren wird, hat eine durchschnittliche Lebenserwartung von 82,9 Jahren; bei Jungen sind es nur 78,4 Jahre. Insbesondere unter den älteren Menschen gibt es daher mehr Frauen als Männer. Frauen heiraten früher als Männer. Sie sind im Durchschnitt bei der ersten Eheschließung 30,4 Jahre alt, während Männer erst mit 33,1 Jahren erstmals heiraten.

Frauen erzielen im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse als Männer: In Rheinland-Pfalz verlassen 41 Prozent der jungen Frauen die allgemeinbildenden Schulen mit der allgemeinen Hochschulreife, bei den jungen Männern sind es 32 Prozent; 55 Prozent der bestandenen Abschlussprüfungen an Hochschulen werden von Frauen abgelegt.

Frauen beteiligen sich jedoch in geringerem Maß am Erwerbsleben. Von allen Erwerbstätigen sind 46 Prozent weiblich und 54 Prozent männlich. Die Frauen stellen jedoch die Mehrzahl der Teilzeitbeschäftigten (Frauenanteil 83 Prozent) und der geringfügig entlohnten Beschäftigten (Frauenanteil 64 Prozent). Frauen wagen auch seltener den Schritt in die Selbstständigkeit als Männer: Nur ein Drittel der Selbstständigen in Rheinland-Pfalz ist weiblich.

Frauen sind seltener in Verkehrsunfälle mit Personenschaden verwickelt – nur 35 Prozent der Unfallbeteiligten sind weiblich – und begehen weniger Straftaten. Lediglich ein Fünftel der 2015 registrierten Straftaten wurden von Frauen begangen.

Das Faltblatt enthält außerdem weitere ausgewählte Daten zu verschiedenen Themenbereichen wie z. B. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit und Rechtspflege und steht als PDF-Datei unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/faltblaetter-und-broschueren zum kostenfreien Download zur Verfügung.

## Finanzen in Land und Kommunen im schnellen Überblick

Die mittelfristige Entwicklung der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz und seiner Kommunen untersucht eine neue Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes. Sie gibt die Entwicklung von Einnahmen, Ausgaben und Schulden des Landes und der Kommunen von 2005 bis 2015 wieder und stellt diese dem Durchschnitt der Flächenländer gegenüber.

Einige Ergebnisse:

- Die Einnahmen und die Ausgaben des Landes wie auch der Flächenländer insgesamt sind in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Bei den Einnahmen liegt Rheinland-Pfalz aktuell knapp unter dem Durchschnitt der Flächenländer, bei den Ausgaben leicht darüber.
- Der Finanzierungssaldo, also die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben, war im Jahr 2015 im Durchschnitt der Flächenländer wieder positiv, Rheinland-Pfalz verzeichnet im Betrachtungszeitraum 2005 bis 2015 einen negativen Saldo, der sich jedoch in den letzten Jahren verkleinert hat.
- Die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes lag im gesamten Betrachtungszeitraum über dem Durchschnitt der Flächenländer.
- Im Durchschnitt investierten die Flächenländer in den vergangenen Jahren je Einwohnerin bzw. Einwohner mehr als Rheinland-Pfalz.
- Einnahmen und Ausgaben der Kommunen in Rheinland-Pfalz bewegen sich seit Jahren unter dem Durchschnitt der Flächenländer.
- Im Jahr 2015 verzeichneten die Kommunen im Land erstmals seit langem einen positiven Finanzierungssaldo, der je Einwohnerin bzw. Einwohner allerdings niedriger ausfiel als im Durchschnitt der Kreise, Städte und Gemeinden in den Flächenländern.
- Deutlich über dem Durchschnitt liegt die Verschuldung der rheinland-pfälzischen Kommunen.
- Die Kreise, Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben die Investitionen in den zurückliegenden Jahren stark zurückgefahren, während sie im Durchschnitt der Länder überwiegend angestiegen sind.
- Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben liegen in Rheinland-Pfalz niedriger als im Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer.
- Seit dem Jahr 2014 erhalten die Kreise, Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz je Einwohnerin bzw. Einwohner mehr Zuweisungen des Landes als die Kommunen im Durchschnitt der Flächenländer.

Die Veröffentlichung ist in der Reihe „Kurzpräsentationen“ erschienen, die mit Grafiken und kurzen Texten einen schnellen Überblick über ein Themenfeld geben und damit den Wünschen vieler Nutzerinnen und Nutzer entsprechen.

Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/kurzpraesentationen zur Verfügung. Dort finden Sie auch alle weiteren bisher erschienen Kurzpräsentationen.

## Bruttoinlandsprodukt wächst im vierten Quartal um 0,2 Prozent

Im vierten Quartal 2016 gewann die rheinland-pfälzische Wirtschaft wieder an Schwung. Nach vorläufigen, indikatorgestützten Berechnungen nahm das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,2 Prozent zu. Im Vergleich zum vierten Quartal 2015 legte die Wirtschaft um 0,7 Prozent zu.

Wachstumsimpulse kamen im vierten Quartal 2016 aus den Dienstleistungsbereichen und dem Baugewerbe. In beiden Bereichen stieg die preis-, kalender- und saisonbereinigte Bruttowertschöpfung um 0,3 Prozent gegenüber dem dritten Quartal. Von den Dienstleistungsbranchen trugen zur positiven Entwicklung gemäß der Umsatzentwicklung insbesondere der Großhandel und der Bereich „Verkehr und Lagerei" bei.

Der Wertschöpfungsanstieg im Baugewerbe ist auf eine kräftige Zunahme der Umsätze im Ausbaugewerbe zurückzuführen. Das Bauhauptgewerbe verzeichnete dagegen einen Umsatzrückgang.

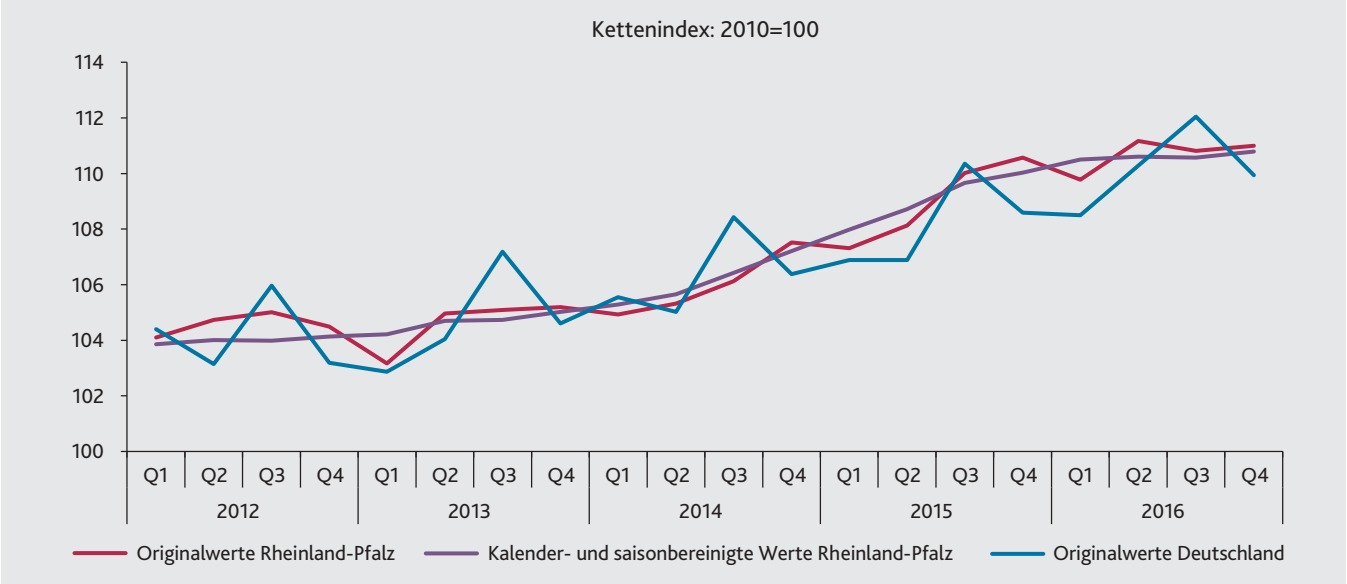
Im Verarbeitenden Gewerbe sank die preis-, kalender- und saisonbereinigte Bruttowertschöpfung erneut, und zwar um 0,4 Prozent gegenüber dem dritten Quartal. Die Entwicklung von Produktion und Umsätzen zeigt, dass vor allem die Investitionsgüterindustrie für den Rückgang verantwortlich war. Sowohl im Maschinenbau als auch im Fahrzeugbau nahmen Umsätze und Produktion zum Jahresende kalender- und saisonbereinigt ab. Die Vorleistungsgüterindustrie, zu der u. a. die Chemische Industrie zählt, entwickelte sich dagegen positiv.

### Konjunkturberichterstattung

Kern der neuen Konjunkturberichterstattung ist die Quartalswachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, die mit einem statistischen Verfahren indikatorgestützt geschätzt und anschließend kalender- und saisonbereinigt wird. Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" berechnet. Die Quartalsergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von quartalsweise vorliegenden Indikatoren aus den Unternehmensstatistiken (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen) auf die Quartale verteilt werden.

Eine detaillierte Betrachtung der konjunkturellen Lage und Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Baugewerbe, Handel und ausgewählte sonstige Dienstleistungsbereiche) enthält der Bericht „Konjunktur aktuell". Der Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und kann unter www.statistik.rlp.de/konjunktur-aktuell/konjunkturanalyse/ kostenfrei als PDF heruntergeladen werden.

**Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2012–2016 nach Quartalen**



## Daten zur Konjunktur

| Indikator | Q2 2016 | Q3 2016 | Q4 2016 | Q2 2016 | Q3 2016 | Q4 2016 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Veränderung zum **Vorquartal** in % | | | Veränderung zum **Vorjahresquartal** in % | | |
| **Saison- und kalenderbereinigte Werte** | | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt[1] | 0,1 ↗ | 0,0 → | 0,2 ↗ | 1,7 ↗ | 0,8 ↗ | 0,7 ↗ |
| Erwerbstätige[2] | 0,0 → | -0,1 ↘ | ... | 0,6 ↗ | 0,2 ↗ | ... |
| **Originalwerte** | | | | | | |
| Arbeitsmarkt[3,4] | | | | | | |
| Arbeitslose | -8,7 ↓ | 0,5 ↗ | 0,7 ↗ | -1,7 ↘ | -1,3 ↘ | 0,1 ↗ |
| Gemeldete Stellen | 4,6 ↑ | 1,7 ↗ | -3,6 ↓ | 21,3 ↑ | 16,5 ↑ | 11,0 ↑ |
| Verbraucherpreisindex[4] | | | | | | |
| Insgesamt | -0,1 | 0,4 | 1,1 | 0,4 | 0,7 | 1,9 |
| Kerninflation[5] | -0,5 | 0,7 | 0,7 | 1,2 | 1,1 | 1,5 |
| Betriebe und Unternehmen | | | | | | |
| Betriebsgründungen | -13,3 ↓ | -6,4 ↓ | -9,8 ↓ | 7,0 ↑ | -4,2 ↓ | -9,3 ↓ |
| Betriebsaufgaben | -12,5 ↓ | -7,5 ↓ | 9,2 ↑ | 3,1 ↑ | -7,5 ↓ | -10,8 ↓ |
| Unternehmensinsolvenzen | 6,2 ↑ | 1,6 ↗ | 13,5 ↑ | -14,1 ↓ | -19,3 ↓ | 5,8 ↑ |
| Außenhandel[6] | | | | | | |
| Ausfuhr | 4,4 ↑ | -4,7 ↓ | -3,4 ↓ | 4,9 ↑ | 1,3 ↗ | 2,6 ↑ |
| Einfuhr | 0,0 → | -1,1 ↘ | 4,9 ↑ | -0,8 ↘ | 1,7 ↗ | 1,0 ↗ |
| Gästeübernachtungen[7] | 71,4 ↑ | 28,1 ↑ | -34,3 ↓ | -2,4 ↓ | 0,4 ↗ | -1,2 ↘ |
| **Saison- und kalenderbereinigte Werte** | | | | | | |
| Auftragseingänge (preisbereinigt) | | | | | | |
| Verarbeitendes Gewerbe | 0,2 ↗ | -0,6 ↘ | 3,4 ↑ | 0,7 ↗ | 0,2 ↗ | 3,4 ↑ |
| Inland | 0,1 ↗ | -0,5 ↘ | 2,4 ↑ | -1,3 ↘ | -0,8 ↘ | 1,9 ↗ |
| Ausland | 0,3 ↗ | -0,7 ↘ | 4,0 ↑ | 2,0 ↑ | 0,8 ↗ | 4,4 ↑ |
| Chemische Industrie | 2,3 ↑ | 0,9 ↗ | 1,5 ↗ | 0,5 ↗ | 2,1 ↑ | 6,2 ↑ |
| Fahrzeugbau | -0,2 ↘ | 3,0 ↑ | 11,9 ↑ | -8,5 ↓ | 0,8 ↗ | 15,3 ↑ |
| Maschinenbau | -1,0 ↘ | -3,8 ↓ | -0,6 ↘ | -0,1 ↘ | -5,9 ↓ | -4,6 ↓ |
| Bauhauptgewerbe[8] | 9,2 ↑ | -2,6 ↓ | 2,3 ↑ | 31,6 ↑ | 21,3 ↑ | 14,1 ↑ |
| Produktionsindex (preisbereinigt) | | | | | | |
| Verarbeitendes Gewerbe | -0,2 ↘ | -0,5 ↘ | 0,4 ↗ | 1,0 ↗ | -0,8 ↘ | 0,1 ↗ |
| Chemische Industrie | 1,4 ↗ | -1,4 ↘ | 0,4 ↗ | 4,3 ↑ | 1,8 ↗ | 3,2 ↑ |
| Fahrzeugbau | 1,6 ↗ | 4,0 ↑ | -0,4 ↘ | 7,1 ↑ | 8,5 ↑ | 7,8 ↑ |
| Maschinenbau | -0,6 ↘ | 2,2 ↑ | -1,1 ↘ | -0,6 ↘ | 0,9 ↗ | 1,0 ↗ |
| Umsatz (nominal) | | | | | | |
| Bauhauptgewerbe | 1,4 ↗ | -1,3 ↘ | -2,1 ↓ | 4,3 ↑ | 2,7 ↑ | -0,1 ↘ |
| Ausbaugewerbe | 1,2 ↗ | 3,9 ↑ | 5,7 ↑ | 0,6 ↗ | 5,9 ↑ | 10,9 ↑ |
| Sonstige Dienstleistungsbereiche[6] | -2,2 ↓ | -4,4 ↓ | -2,3 ↓ | 2,9 ↑ | -4,9 ↓ | -9,9 ↓ |
| Umsatz (preisbereinigt)[6] | | | | | | |
| Großhandel | -2,8 ↓ | -4,4 ↓ | 1,0 ↗ | -6,5 ↓ | -9,8 ↓ | -8,2 ↓ |
| Einzelhandel | -0,2 ↘ | 1,0 ↗ | 0,0 → | 1,8 ↗ | 1,8 ↗ | 0,6 ↗ |
| Kfz-Handel | 1,3 ↗ | 0,1 ↗ | 0,6 ↗ | 5,1 ↑ | 4,1 ↑ | 3,9 ↑ |

1 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Feb. 2017. – 2 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Nov. 2016. – 3 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 4 Veränderung am Quartalsende. – 5 Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie. – 6 Vorläufige Ergebnisse. – 7 Einschließlich Privatquartiere, ohne Camping. – 8 Nominale Auftragseingänge.

Die Veränderung beträgt 2% und mehr (↑), zwischen 0 und 2% (↗), zwischen –2 und 0% (↘), mehr als –2% (↓) oder 0 (→).

Stand der Daten: 23. März 2017

## Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im März 2017

Im März 2017 hat der Preisauftrieb deutlich nachgelassen. Der Verbraucherpreisindex lag um 1,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats und war damit geringer als in den Vormonaten.

Die Energiepreise waren um 4,6 Prozent höher als im März 2016; im Februar hatte der Preisanstieg noch bei 7,4 Prozent gelegen. Für Mineralölprodukte mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher im März 13 Prozent mehr bezahlen als ein Jahr zuvor.

Der Preisdruck bei den Nahrungsmitteln hat ebenfalls nachgelassen (+2,3 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, war im März 2017 mit +0,8 Prozent ebenfalls geringer als im Februar (+1,1 Prozent). Hierzu dürfte u. a. der Preisrückgang in der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" beigetragen haben (–1,2 Prozent, darunter Pauschalreisen: –7,1 Prozent).

Der Verbraucherpreisindex lag im März 2017 um 0,1 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Deutliche Preisrückgänge gab es in der Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" (–1,5 Prozent); ein wesentlicher Grund hierfür waren die Preissenkungen bei Gemüse (–13,5 Prozent). Im Bereich Verkehr sanken die Preise um 0,7 Prozent, was auf die im Vergleich zum Vormonat niedrigeren Kraftstoffpreise zurückzuführen ist (–3 Prozent). Hingegen sind die Preise in der Hauptgruppe „Bekleidung und Schuhe" kräftig gestiegen (+6,8 Prozent); hierfür dürften saisonale Gründe maßgeblich sein.

### Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

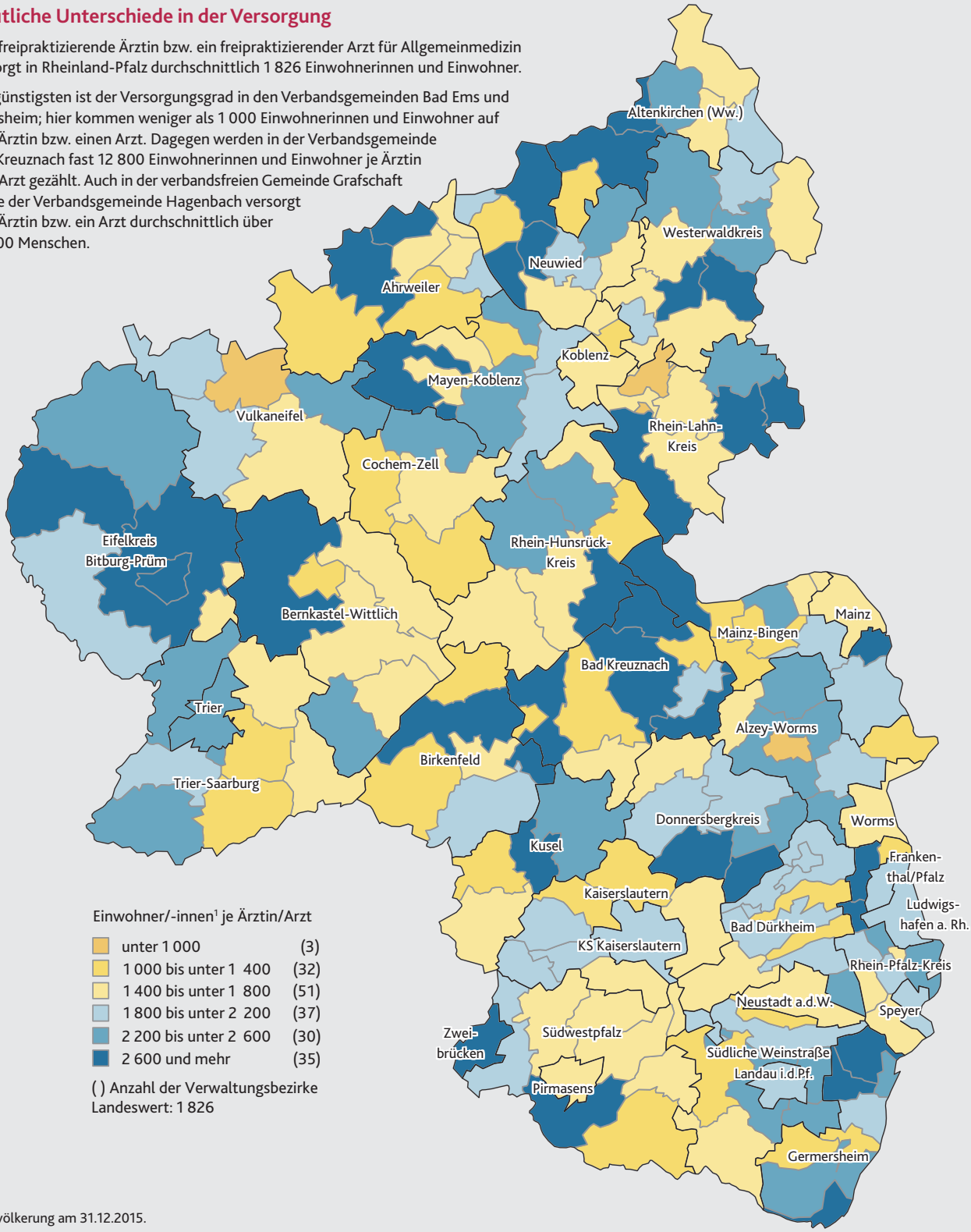
### Verbraucherpreisindex im März 2017

## Freipraktizierende Ärzte/-innen für Allgemeinmedizin 2016 nach Verwaltungsbezirken

### Deutliche Unterschiede in der Versorgung

Eine freipraktizierende Ärztin bzw. ein freipraktizierender Arzt für Allgemeinmedizin versorgt in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 1 826 Einwohnerinnen und Einwohner.

Am günstigsten ist der Versorgungsgrad in den Verbandsgemeinden Bad Ems und Hillesheim; hier kommen weniger als 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner auf eine Ärztin bzw. einen Arzt. Dagegen werden in der Verbandsgemeinde Bad Kreuznach fast 12 800 Einwohnerinnen und Einwohner je Ärztin bzw. Arzt gezählt. Auch in der verbandsfreien Gemeinde Grafschaft sowie der Verbandsgemeinde Hagenbach versorgt eine Ärztin bzw. ein Arzt durchschnittlich über 10 000 Menschen.




1 Bevölkerung am 31.12.2015.

# Pflegebedürftige Menschen 2015

## Zahl der Pflegebedürftigen steigt stetig an, Strukturen bleiben weitestgehend unverändert

Von Dr. Julia Stoffel

Die angemessene Versorgung pflegebedürftiger Menschen gewinnt angesichts des demografischen Wandels eine immer größere Bedeutung. Die Zahl Pflegebedürftiger hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht und wird auch zukünftig deutlich steigen. Im Jahr 2015 waren in Rheinland-Pfalz fast 132 300 Menschen in ihrem Alltag dauerhaft auf pflegerische Hilfe angewiesen, 37 200 bzw. 39 Prozent mehr als im Jahr 2001. Die pflegerische Versorgung erfolgt überwiegend zu Hause durch Angehörige oder zusammen mit bzw. durch einen ambulanten Pflegedienst. Daneben ist rund ein Viertel der Pflegebedürftigen vollstationär in einem Heim untergebracht.

### Immer mehr pflegebedürftige Menschen

Demografischer Wandel

Es gibt immer mehr Menschen, die im Alltag dauerhaft pflegerische Hilfe benötigen. Die Zahl der Pflegebedürftigen (im Sinne des Sozialgesetzbuches XI) ist von rund 95 100 im Jahr 2001 auf knapp 132 300 im Jahr 2015 gestiegen (+37 200 bzw. 39 Prozent). Hintergrund dieser Entwicklung ist der demografische Wandel, der zu einer wachsenden Zahl älterer Menschen führt. Diese unterliegen natürlicherweise einem höheren Risiko, pflegebedürftig zu werden. Rund 80 Prozent aller Pflegebedürftigen sind 70 Jahre oder älter, nahezu 60 Prozent haben bereits das 80. Lebensjahr vollendet.

Rund 40 Prozent mehr 70-Jährige und Ältere bis 2035

Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes[1] mit dem Basisjahr 2013 wird die Zahl der Menschen im Alter ab 70 Jahren bis 2035 um fast 40 Prozent steigen. Bei rückläufiger Gesamtbevölkerung wird damit der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung erheblich wachsen. Dies bedeutet nicht, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen im gleichen Ausmaß erhöhen muss, verdeutlicht aber die erheblich zunehmenden Herausforderungen an die pflegerische Versorgung der Bevölkerung.

1 Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2060 – Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2013). Bad Ems 2015.

**G 1** Pflegebedürftige[1] 2001–2015 nach Geschlecht

1 Bis 2007 einschließlich teilstationäre Pflege.

## Pflegerische Versorgung überwiegend zu Hause

Drei Viertel werden zu Hause gepflegt

Die Betreuung pflegebedürftiger Menschen erfolgt überwiegend zu Hause durch Angehörige oder zusammen mit bzw. ausschließlich durch einen ambulanten Pflegedienst. Etwas mehr als jede bzw. jeder vierte Pflegebedürftige ist in einem Heim untergebracht.

516 Pflegeheime und 488 Pflegedienste

Die stationäre Versorgung der Pflegebedürftigen erfolgte im Jahr 2015 in insgesamt 516 rheinland-pfälzischen Pflegeheimen, in denen rund 35 000 Pflegebedürftige vollstationär untergebracht waren. Darüber hinaus betreuten 488 ambulante Pflegedienste 28 800 pflegebedürftige Frauen und Männer.

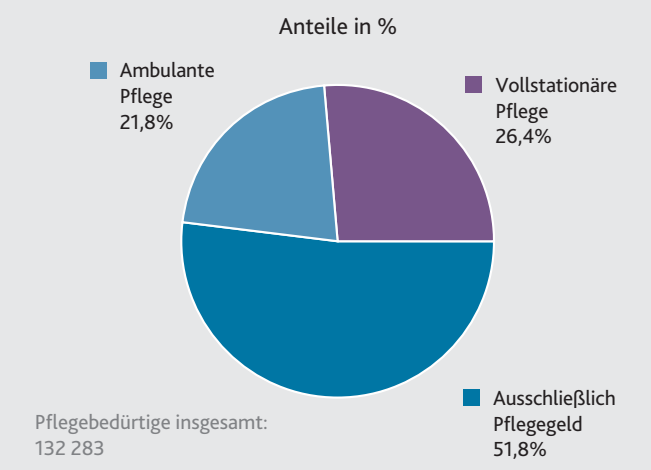
Mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen weder ambulant noch stationär versorgt

Die meisten Pflegebedürftigen werden aber weder in einem Pflegeheim noch von einem ambulanten Pflegedienst versorgt. Diese erhalten ausschließlich Pflegegeld (nach § 37 Abs. 1 SGB XI) und werden damit zu Hause überwiegend durch Angehörige betreut. Im Rahmen der Erhebung des Jahres 2015 betraf dies 68 500 Menschen, also rund die Hälfte aller Pflegebedürftigen.

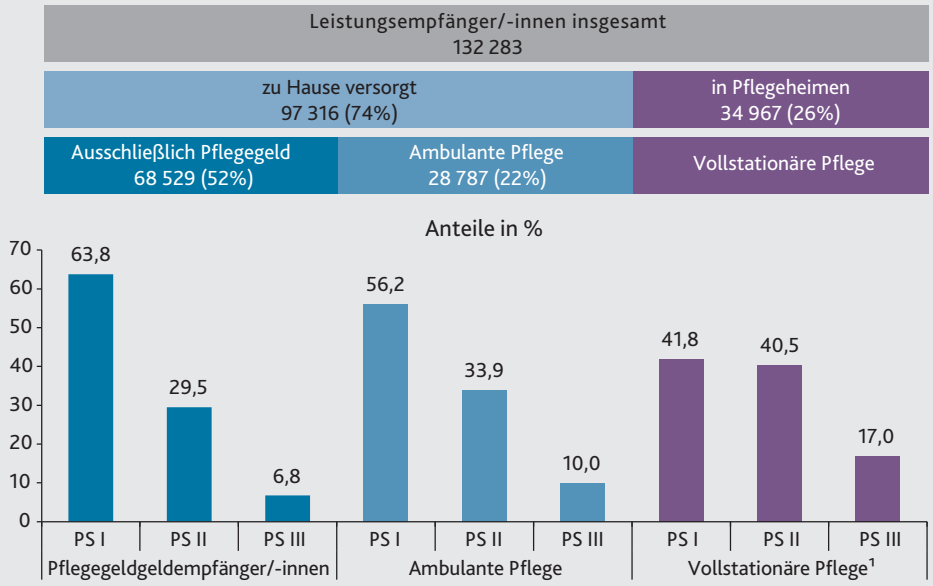
Stärkste Zunahme bei ambulanter Pflege

Im Zeitverlauf zeigen alle drei Arten der pflegerischen Versorgung ähnliche Verläufe. Die ambulante Pflege ist seit 2001 prozentual am stärksten gestiegen (+57 Prozent). Die Zahl der reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 39 Prozent und die der stationär Versorgten um 28 Prozent.

**G 2** Pflegebedürftige 2015 nach Art der Pflegeleistung



**G 3** Struktur der Pflegebedürftigkeit 2015 nach Art der Versorgung




PS: Pflegestufe
1 Am Stichtag der Erhebung waren 0,7 Prozent bzw. 249 Personen noch keiner Pflegestufe zugeordnet.

## Pflegeversicherung und Pflegestatistik

Die Pflegeversicherung wurde in den Jahren 1995 und 1996 als eigenständiger Zweig der Sozialversicherung eingeführt. Auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches XI (§ 109 SGB XI) und der Pflegestatistik-Verordnung vom 24. November 1999 werden alle zwei Jahre Erhebungen zur Pflegestatistik durchgeführt.

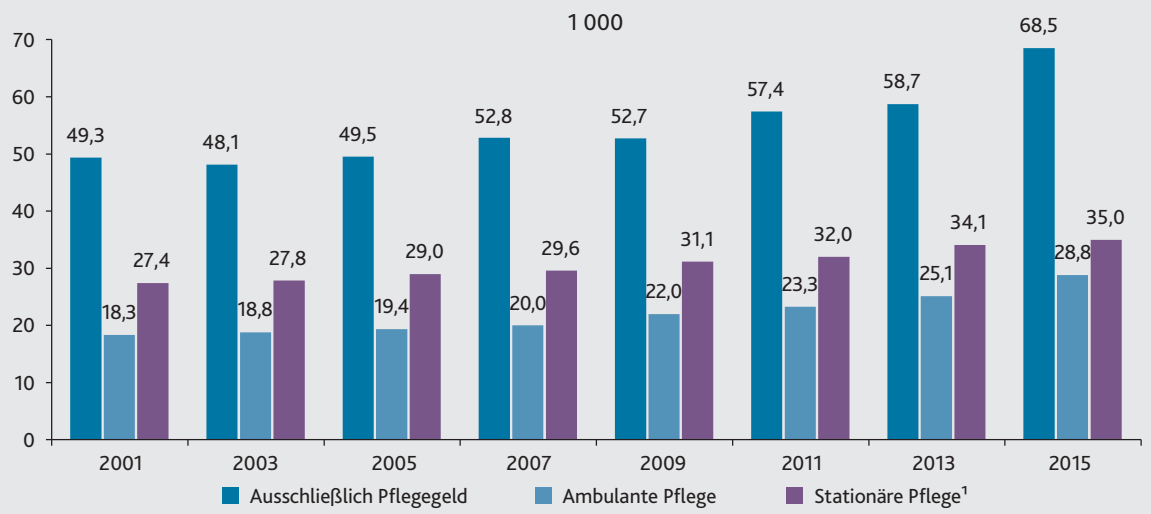
- Die statistischen Landesämter befragen jeweils zum 15. Dezember alle
  - ambulanten Pflegedienste und
  - stationären Pflegeeinrichtungen.
- Angaben zu den Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern werden bei den Spitzenverbänden der Pflegekassen zentral durch das Statistische Bundesamt erhoben und den Bundesländern zugeordnet.

Die drei Erhebungsteile werden zu einem Gesamtergebnis zusammengefasst. Dabei wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Empfänger von Pflegegeld bereits in der ambulanten Pflegestatistik oder – in Fällen von Kurzzeit- oder Verhinderungspflege - bei der stationären Pflegestatistik erfasst sein können. Mehrfachzählungen werden also bei der Ermittlung der Gesamtzahl pflegebedürftiger Menschen herausgerechnet.

Anpassungen der Rechtsgrundlagen berücksichtigen die geänderten Anforderungen an die pflegerische Versorgung. Hier sind insbesondere das Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung, sowie das erste und das zweite Pflegestärkungsgesetz zu nennen.

Zur Verbesserung der Möglichkeiten regional tief gegliederter Ergebnisse wurde mit der Pflegestatistik 2013 die Erhebung wohnortbezogener Angaben zu den ambulant versorgten Pflegebedürftigen eingeführt. Mit der Pflegestatistik 2017 werden zukünftig auch Angaben zum früheren Wohnort stationär versorgter Pflegebedürftiger erhoben. In Rheinland-Pfalz wurden diese Merkmale auf freiwilliger Basis bereits seit 2009 erhoben.

**G 4** Pflegebedürftige[1] 2001–2015 nach Art der Pflegeleistung




1 Bis 2007 voll- und teilstationäre Pflege, ab 2009 vollstationäre Pflege.

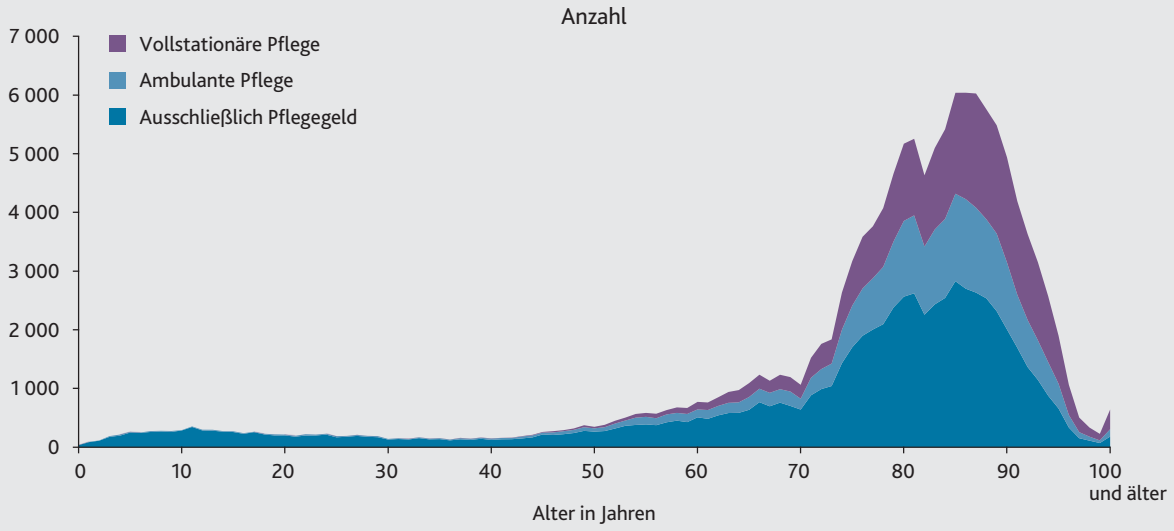
Grundsatz „ambulant vor stationär"

Werden die Personen, die ausschließlich Pflegegeld erhalten und die ambulant Versorgten zusammengerechnet, zeigt sich, dass nahezu drei Viertel (74 Prozent) eine pflegerische Betreuung im vertrauten häuslichen Umfeld erhalten. Der im Sozialgesetzbuch (SGB XI – Soziale Pflegeversicherung) ausdrücklich eingeräumte Vorrang der häuslichen Pflege kommt hier auch zahlenmäßig zum Ausdruck.

## Vor allem alte Menschen pflegebedürftig

Die grafische Darstellung der Zahl der Pflegebedürftigen nach dem Alter zeigt die Kon-

**G 5** Pflegebedürftige 2015 nach Alter und Art der Pflegeleistung



### Gesamtzahl der Pflegebedürftigen und zeitliche Vergleichbarkeit

Bei der Ermittlung der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen werden ab der Erhebung zum 15. Dezember 2009 die teilstationär Versorgten nicht mehr einbezogen. Diese erhalten, vor allem seit der Reform der Pflegeversicherung im Sommer 2008, in der Regel parallel auch Pflegegeld und/oder ambulante Sachleistungen und werden somit bereits dort als Leistungsempfänger gezählt. Die zeitliche Vergleichbarkeit der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen ab 2009 mit den vorherigen Erhebungen ist durch diese Veränderung etwas eingeschränkt.

Die Zeitreihe der Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger weist im Jahr 2011 eine besonders hohe Wachstumsrate auf. Hier muss von einer statistischen Übererfassung durch die Pflegekassen ausgegangen werden, die sich jedoch nicht quantifizieren lässt.

Ab dem Berichtsjahr 2013 ist die Einbeziehung von Personen ohne Pflegestufe mit festgestellter erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz nach § 45a SGB XI neu aufgenommen worden. Diese werden nur nachrichtlich nachgewiesen, damit die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen und deren Untergliederungen mit den Vorjahren vergleichbar bleiben.

Ebenfalls ab dem Berichtsjahr 2013 wird bei Bezug von Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege zusätzlich parallel hälftiges Pflegegeld nach § 37 Absatz 2 Satz 2 SGB XI gewährt. Diese neue Gruppe von Leistungsempfängerinnen und -empfängern mit hälftigen Leistungen wird bei der Ermittlung der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen nicht berücksichtigt. Ansonsten würden systematisch Doppelerfassungen entstehen, da Personen mit hälftigen Leistungen bei Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege in der Regel bereits von den betroffenen ambulanten bzw. stationären Einrichtungen gemeldet werden.

zentration auf hohe Altersjahre. Ab einem Alter von etwa 40 bis 50 Jahren nimmt die Zahl der Pflegebedürftigen langsam zu. Ab etwa 70 Jahren ist ein sehr deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Der Einschnitt beim Altersjahr 82 resultiert aus der schwächeren Besetzung dieses Jahrgangs in der Gesamtbevölkerung.

80 Prozent haben das 70. Lebensjahr bereits vollendet

Junge pflegebedürftige Menschen werden nahezu ausschließlich durch Angehörige versorgt. Bis zu einem Alter von etwa 45 Jahren ist der Anteil der in Heimen untergebrachten Pflegebedürftigen sehr gering und steigt dann allmählich an. Bei den 60- bis unter 70-Jährigen liegt er bei rund 19 Prozent, bei den 70- bis unter 80-Jährigen bei 24 Prozent. Mit steigendem Alter nimmt er immer weiter zu.

Anteil der stationär Versorgten steigt mit dem Alter

Eine Differenzierung nach dem Geschlecht zeigt, dass insgesamt fast zwei Drittel der pflegebedürftigen Menschen weiblich sind. Dennoch überwiegen in der Altersgruppe der unter 60-Jährigen die männlichen Personen. Ab dem 70. Lebensjahr finden sich dagegen – unter anderem angesichts der höheren durchschnittlichen Lebenserwartung – immer mehr Frauen unter den Pflegebedürftigen.

In hohem Alter viel mehr pflegebedürftige Frauen

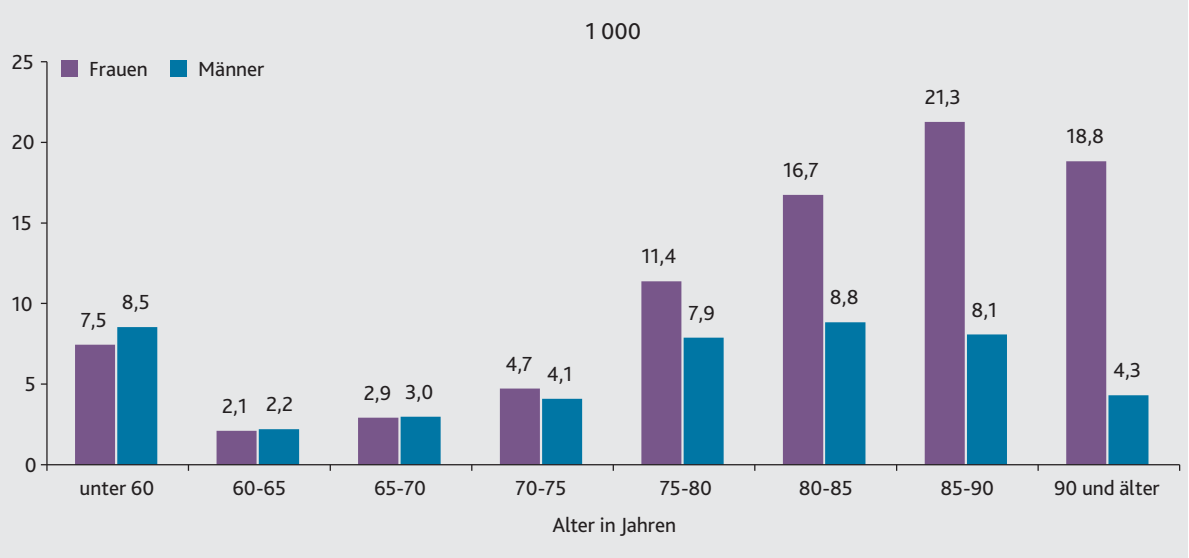
## Über die Hälfte in Pflegestufe I

Die Leistungen der Pflegeversicherung richten sich nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit. Auf der Grundlage des SGB XI wurden bis Ende vergangenen Jahres – und für die hier vorgelegte Pflegestatistik maßgebend – in Abhängigkeit von der Schwere der Pflegebedürftigkeit drei Pflegestufen unterschieden:

Drei Pflegestufen bis Ende 2016

- Pflegestufe I: Erheblich Pflegebedürftige
- Pflegestufe II: Schwerpflegebedürftige
- Pflegestufe III: Schwerstpflegebedürftige

## G 6 Pflegebedürftige 2015 nach Altersgruppen und Geschlecht



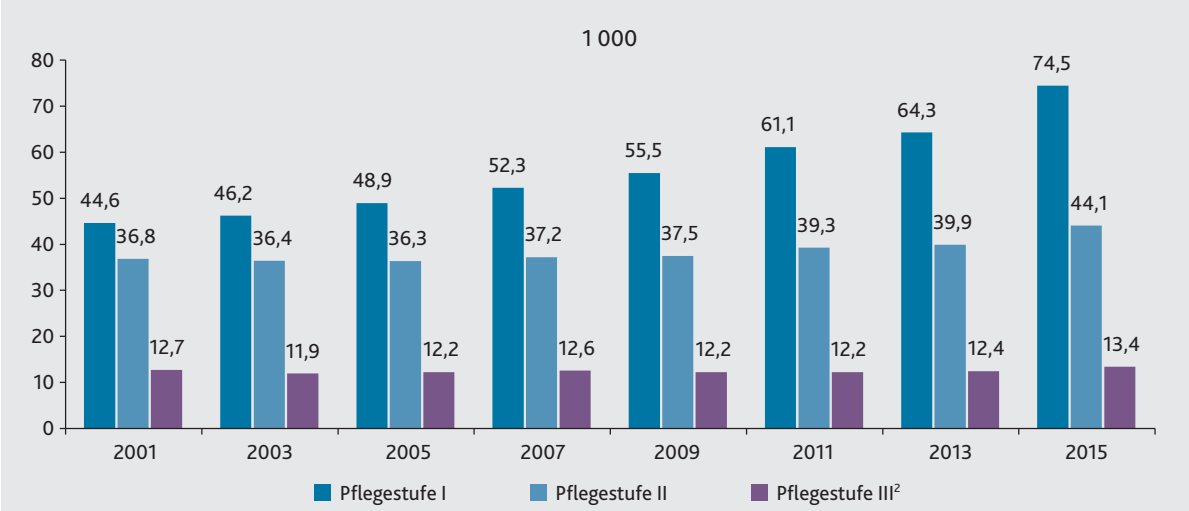

Zuordnung orientierte sich am täglichen Zeitbedarf der Pflege

Die Zuordnung zu einer der drei Stufen hing vom Ausmaß der Hilfebedürftigkeit ab. Diese orientierte sich an dem durchschnittlichen täglichen Zeitbedarf für die Grundpflege (Körperpflege, Ernährung, Mobilität) und die hauswirtschaftliche Versorgung. Die individuelle Zuordnung zu einer der drei Stufen erfolgte durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung.

Überwiegend Pflegestufe I

Mit 74 500 Menschen sind deutlich mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Pflegebedürftigen der Pflegestufe I zugeordnet. Dieser Anteil ist im Verlauf der Jahre kontinuierlich gestiegen (2001: 47 Prozent). Leistungen

## G 7 Pflegebedürftige[1] 2001–2015 nach Pflegestufen




1 Ohne Pflegebedürftige, die am Stichtag der Erhebung noch keiner Pflegestufe zugeordnet waren. Bis 2007 einschließlich teilstationäre Pflege. – 2 Einschließlich Härtefälle.

aufgrund der Pflegestufe III (einschließlich Härtefälle) erhielten bei der aktuellen Erhebung zehn Prozent der pflegebedürftigen Frauen und Männer; im Jahr 2001 waren es 13 Prozent.

Je professioneller die Versorgung, desto mehr Menschen in hohen Pflegestufen

Je „professioneller" die Versorgungsart ist (Pflegegeld, ambulant, stationär), desto höher sind die Anteile der Pflegebedürftigen der Stufen II und III. Knapp 64 Prozent der reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger waren in die Pflegestufe I eingestuft, lediglich sieben Prozent in die Stufe III. Dagegen ist etwa jeder Sechste in stationärer Pflege der höchsten Pflegestufe zugeordnet und nur noch 42 Prozent der niedrigen Stufe I.

Fünf Pflegegrade ab 2017

Im Zuge des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes (PSG II) gelten ab 2017 ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsverfahren. Mit dieser Neuausrichtung verschwindet bei der Begutachtung die bislang unterschiedliche Behandlung von körperlichen und geistigen bzw. seelisch bedingten Einschränkungen. Anstelle der bisher geltenden drei Pflegestufen gibt es seit dem 1. Januar 2017 fünf Pflegegrade:

- Pflegegrad 1: Geringe Beeinträchtigung
- Pflegegrad 2: Erhebliche Beeinträchtigung
- Pflegegrad 3: Schwere Beeinträchtigung
- Pflegegrad 4: Schwerste Beeinträchtigung
- Pflegegrad 5: Schwerste Beeinträchtigung mit besonderen Anforderungen an die pflegerische Versorgung

## Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz

Seit 2013 gibt es für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz zusätzlich Leistungen der Pflegeversicherung. Bei diesen Personen handelt es sich weit überwiegend um Demenzkranke. Unter den insgesamt 132 300 pflegebedürftigen Menschen in Rheinland-Pfalz waren 2015 rund 56 100 Personen (42 Prozent) mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz.

Personen mit „Pflegestufe 0"

Diese zusätzlichen Leistungen können aber auch von Pflegebedürftigen beansprucht werden, die (noch) nicht das Ausmaß der Hilfebedürftigkeit für eine der drei Pflegestufen erreicht haben. Bei der Darstellung der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen wird dieser Personenkreis nicht einbezogen, um eine bessere Vergleichbarkeit der Ergebnisse im Zeitablauf zu ermöglichen. Zum Erhebungsstichtag 2015 waren 8 600 Personen der sogenannten Pflegestufe 0 zugeordnet.

## Versorgung durch ambulante Pflegedienste und in Heimen

Ein Pflegedienst betreut 59 Menschen

Die Pflegestatistik 2015 verzeichnete 488 rheinland-pfälzische ambulante Pflegedienste, die insgesamt rund 28 800 Menschen versorgten. Damit hatte ein Pflegedienst durchschnittlich 59 Menschen zu betreuen. In privater Trägerschaft befanden sich 311 Dienste, 175 in freigemeinnütziger und zwei in öffentlicher Trägerschaft.

Beschäftigtenzahl steigt um 13 Prozent

In den Pflegediensten waren insgesamt knapp 14 300 Menschen beschäftigt. Davon waren zwei Drittel teilzeitbeschäftigt und 89 Prozent weiblich. Gegenüber der Erhebung des Jahres 2013 hat sich die Beschäftigtenzahl um 13 Prozent erhöht. Im Jahr 2001 gab es in 380 Pflegediensten erst 7 900 Beschäftigte.

In einem Heim durchschnittlich 68 Pflegebedürftige

In den 516 Pflegeheimen des Landes befanden sich zum Stichtag der Erhebung Ende 2015 rund 35 000 Pflegebedürftige in vollstationärer Versorgung, das sind je Einrichtung 68 vollstationär betreute Menschen. Von den Heimen waren 202 in privater,

**T 1 Ambulante Pflegedienste und Pflegeheime 2001–2015 nach Trägerschaft und Personal**

| Merkmal | 2001 | 2003 | 2005 | 2007 | 2009 | 2011 | 2013 | 2015 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ambulante Pflegedienste | | | | | | | | |
| Insgesamt | 380 | 376 | 372 | 390 | 416 | 446 | 451 | 488 |
| private Träger | 185 | 189 | 188 | 213 | 239 | 265 | 274 | 311 |
| freigemeinnützige Träger | 191 | 184 | 180 | 174 | 173 | 178 | 174 | 175 |
| öffentliche Träger | 4 | 3 | 4 | 3 | 4 | 3 | 3 | 2 |
| Personal | 7 920 | 7 883 | 8 369 | 9 467 | 10 713 | 11 667 | 12 600 | 14 276 |
| Vollzeitbeschäftigte | 2 512 | 2 339 | 2 138 | 2 343 | 2 702 | 3 125 | 3 376 | 3 987 |
| Teilzeitbeschäftigte | 5 122 | 5 286 | 5 944 | 6 828 | 7 655 | 8 117 | 8 511 | 9 483 |
| Sonstige[1] | 286 | 258 | 287 | 296 | 356 | 425 | 713 | 806 |
| Pflegeheime | | | | | | | | |
| Insgesamt | 395 | 410 | 421 | 435 | 454 | 472 | 492 | 516 |
| private Träger | 146 | 150 | 152 | 164 | 173 | 185 | 193 | 202 |
| freigemeinnützige Träger | 246 | 252 | 263 | 264 | 271 | 277 | 290 | 304 |
| öffentliche Träger | 3 | 8 | 6 | 7 | 10 | 10 | 9 | 10 |
| Personal | 23 067 | 24 693 | 25 805 | 26 523 | 28 719 | 30 900 | 31 509 | 33 544 |
| Vollzeitbeschäftigte | 9 505 | 9 607 | 8 953 | 8 578 | 9 047 | 9 652 | 9 215 | 9 825 |
| Teilzeitbeschäftigte | 10 982 | 12 629 | 14 156 | 15 172 | 16 846 | 18 368 | 18 906 | 20 293 |
| Sonstige[1] | 2 580 | 2 457 | 2 696 | 2 773 | 2 826 | 2 880 | 3 388 | 3 426 |

1 Praktikanten/-innen, (Um-)Schüler/-innen und Auszubildende, Helfer/-innen im freiwilligen sozialen Jahr bzw. im Bundesfreiwilligendienst und Zivildienstleistende.

304 in freigemeinnütziger und zehn in öffentlicher Trägerschaft.

Beschäftigtenzahl steigt um 6,5 Prozent

In den Heimen gab es insgesamt gut 33 500 Beschäftigte, 60 Prozent davon waren Teilzeitbeschäftigte und 86 Prozent Frauen. Im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung des Jahres 2013 ist die Zahl der Beschäftigten um 6,5 Prozent gestiegen. In der Erhebung des Jahres 2001 wurden in 395 rheinland-pfälzischen Pflegeheimen rund 23 100 Beschäftigte gemeldet.

## Regionale Betrachtung

Pflegestrukturplanung auf Kreisebene

Die bedarfsgerechte Versorgung hilfebedürftiger Menschen erfordert eine regionalisierte Betrachtung der Nachfrage nach Pflegeleistungen sowie des pflegerischen Angebots.

Regionale Angaben zu den Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern werden seit der ersten Erhebung nach deren Wohnsitz erfasst. Anders ist es bei den ambulant und stationär Versorgten; hier erfolgt die regionale Zuordnung nach dem Sitz des Pflegedienstes bzw. Heimes. Mit der Pflegestatistik 2013 wurden für den ambulanten Bereich erstmals wohnortbezogene Angaben mit Auskunftspflicht erhoben, die eine Analyse von regionalen Verflechtungen ermöglichen. Für vergleichbare Angaben zur stationären Versorgung (Wohnort vor Bezug eines Pflegeheimes), besteht erst bei der nächsten Erhebung Ende 2017 Auskunftspflicht.

Ambulante Pflege: Wohnortangaben mit Auskunftspflicht

Die Darstellung der Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise erfolgt hier zunächst nach den üblichen Kriterien der regionalen Zuordnung, um eine Vergleichbarkeit zu früheren Veröffentlichungen zu ermöglichen. Im Anschluss daran werden regionale Verflechtungen von Angebot und Nachfrage ambulanter Leistungen dargestellt.

## T 2 Pflegebedürftige, ambulante Pflegedienste und Pflegeheime 2015 nach Verwaltungsbezirken

| Kreisfreie Stadt Landkreis | Pflegebedürftige | | | | | Ambulante Pflegedienste | | Pflegeheime | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | insgesamt | ab 70 Jahren je 1 000 Einwohner/-innen ab 70 Jahren | in ambulanter Pflege[1] | in vollstationärer Pflege[1] | Pflegegeld-empfänger/-innen[2] | insgesamt | Beschäftigte | insgesamt | Beschäftigte |
| Frankenthal (Pfalz), St. | 1 467 | 144 | 230 | 487 | 750 | 9 | 192 | 6 | 390 |
| Kaiserslautern, St. | 2 559 | 135 | 416 | 958 | 1 185 | 12 | 254 | 11 | 891 |
| Koblenz, St. | 4 186 | 183 | 1 046 | 1 471 | 1 669 | 20 | 1 076 | 16 | 1 370 |
| Landau i. d .Pfalz, St. | 1 617 | 201 | 632 | 389 | 596 | 7 | 348 | 5 | 341 |
| Ludwigshafen a. Rh., St. | 4 331 | 134 | 750 | 1 258 | 2 323 | 22 | 593 | 15 | 997 |
| Mainz, St. | 4 746 | 133 | 912 | 1 525 | 2 309 | 24 | 838 | 19 | 1 359 |
| Neustadt a. d. Weinstr., St. | 1 724 | 149 | 493 | 411 | 820 | 10 | 241 | 6 | 371 |
| Pirmasens, St. | 2 114 | 216 | 656 | 580 | 878 | 8 | 460 | 6 | 533 |
| Speyer, St. | 1 798 | 176 | 296 | 783 | 719 | 11 | 273 | 8 | 771 |
| Trier, St. | 2 515 | 141 | 478 | 899 | 1 138 | 13 | 364 | 11 | 917 |
| Worms, St. | 2 338 | 150 | 389 | 821 | 1 128 | 10 | 217 | 14 | 791 |
| Zweibrücken, St. | 1 331 | 180 | 344 | 316 | 671 | 3 | 110 | 4 | 306 |
| Ahrweiler | 5 343 | 191 | 1 044 | 1 337 | 2 962 | 24 | 500 | 19 | 1 334 |
| Altenkirchen (Ww.) | 5 038 | 192 | 1 015 | 1 222 | 2 801 | 17 | 424 | 20 | 1 150 |
| Alzey-Worms | 3 436 | 160 | 901 | 733 | 1 802 | 12 | 314 | 13 | 641 |
| Bad Dürkheim | 3 907 | 139 | 710 | 1 212 | 1 985 | 11 | 304 | 15 | 961 |
| Bad Kreuznach | 5 438 | 169 | 1 368 | 1 291 | 2 779 | 17 | 598 | 19 | 1 166 |
| Bernkastel-Wittlich | 3 696 | 170 | 961 | 977 | 1 758 | 19 | 435 | 21 | 1 172 |
| Birkenfeld | 3 025 | 170 | 578 | 884 | 1 563 | 9 | 228 | 16 | 843 |
| Cochem-Zell | 3 120 | 239 | 882 | 767 | 1 471 | 10 | 403 | 14 | 774 |
| Donnersbergkreis | 2 510 | 184 | 501 | 766 | 1 243 | 7 | 184 | 12 | 793 |
| Eifelkreis Bitburg-Prüm | 3 441 | 199 | 953 | 736 | 1 752 | 9 | 397 | 16 | 790 |
| Germersheim | 3 479 | 157 | 590 | 813 | 2 076 | 8 | 288 | 13 | 776 |
| Kaiserslautern | 3 436 | 170 | 991 | 639 | 1 806 | 10 | 388 | 13 | 659 |
| Kusel | 2 578 | 178 | 590 | 559 | 1 429 | 5 | 245 | 8 | 523 |
| Mainz-Bingen | 5 012 | 137 | 922 | 1 392 | 2 698 | 23 | 403 | 18 | 1 269 |
| Mayen-Koblenz | 7 985 | 190 | 1 595 | 1 749 | 4 641 | 26 | 693 | 28 | 1 967 |
| Neuwied | 7 172 | 191 | 1 294 | 1 898 | 3 980 | 25 | 583 | 27 | 1 886 |
| Rhein-Hunsrück-Kreis | 4 089 | 204 | 1 077 | 963 | 2 049 | 9 | 328 | 16 | 1 006 |
| Rhein-Lahn-Kreis | 3 942 | 159 | 761 | 1 021 | 2 160 | 10 | 256 | 14 | 980 |
| Rhein-Pfalz-Kreis | 4 532 | 148 | 1 193 | 1 071 | 2 268 | 17 | 422 | 14 | 877 |
| Südliche Weinstraße | 3 197 | 148 | 648 | 648 | 1 901 | 8 | 279 | 12 | 563 |
| Südwestpfalz | 3 582 | 168 | 689 | 675 | 2 218 | 9 | 234 | 9 | 570 |
| Trier-Saarburg | 4 194 | 162 | 878 | 1 292 | 2 024 | 13 | 289 | 17 | 1 339 |
| Vulkaneifel | 2 638 | 204 | 618 | 615 | 1 405 | 10 | 227 | 13 | 595 |
| Westerwaldkreis | 6 767 | 179 | 1 386 | 1 809 | 3 572 | 31 | 888 | 28 | 1 873 |
| Rheinland-Pfalz | 132 283 | 168 | 28 787 | 34 967 | 68 529 | 488 | 14 276 | 516 | 33 544 |

1 Regionale Zuordnung nach dem Sitz des Pflegedienstes bzw. Heimes. – 2 Ohne Empfänger/-innen, die schon bei der ambulanten oder vollstationären Pflege berücksichtigt worden sind. Regionale Zuordnung nach dem Wohnort.

Bei Betrachtung der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen für die kreisfreien Städte und Landkreise zeigen sich sehr unterschiedliche Fallzahlen, die in erster Linie vom Bevölkerungsumfang abhängen. Die Bandbreite erstreckt sich von 1 331 Pflegebedürftige in der Stadt Zweibrücken bis 7 985 Pflegebedürftige im Landkreis Mayen-Koblenz.

Regionalvergleich erfordert Bezug auf Bevölkerung

Für sinnvolle regionale Vergleiche muss ein Bezug zum Bevölkerungsumfang hergestellt werden. Da sich die Pflegebedürftigkeit weitgehend auf höhere Altersjahre konzentriert, werden nun nur die Personen im Alter ab 70 Jahren betrachtet. Die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter von 70 Jahren und älter bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner gleichen Alters zeigt bei den kreisfreien Städten eine Bandbreite von 133 in der Landeshauptstadt Mainz bis 216 in Pirmasens. In den Landkreisen reichen die Werte von 137 im Kreis Mainz-Bingen bis 239 in Cochem-Zell.

## Regionale Verflechtungen in der ambulanten Pflege

Ambulant Versorgte nach deren Wohnort

Die bedarfsgerechte Versorgung mit ambulanten und stationären Leistungen erfordert in erster Linie eine Orientierung an der Nachfrageseite, d. h. am Wohnort der hilfebedürftigen Personen. Für den ambulanten Bereich können die Pflegebedürftigen inzwischen auch nach ihrem Wohnort ausgewertet werden.

Diese Möglichkeit, die ambulant versorgten Pflegebedürftigen einerseits nach dem Sitz des betreuenden Pflegedienstes und andererseits nach deren Wohnort zuzuordnen, ermöglicht die Auswertung regionaler Verflechtungen von Angebot und Nachfrage.

Im Jahr 2015 betreuten die rheinland-pfälzischen Pflegedienste knapp 28 800 hilfebedürftige Menschen; 260 bzw. 0,9 Prozent von ihnen hatten ihren Wohnsitz außerhalb von Rheinland-Pfalz. Werden die ambulant Versorgten an ihrem Wohnort betrachtet, zählt Rheinland-Pfalz gut 28 900 hilfebedürftige Menschen und damit 160 bzw. 0,6 Prozent mehr Pflegebedürftige gegenüber der regionalen Zuordnung nach dem Sitz des Pflegedienstes. Von den pflegebedürftigen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern wurden 420 Personen bzw. 1,5 Prozent von einem Pflegedienst eines anderen Bundeslandes versorgt. Unterm Strich werden also mehr pflegebedürftige Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer von einem Pflegedienst außerhalb des Landes betreut als rheinland-pfälzische Pflegedienste Menschen aus benachbarten Bundesländern versorgen.

Betrachtung nach Wohnort: Mehr Pflegebedürftige in Rheinland-Pfalz

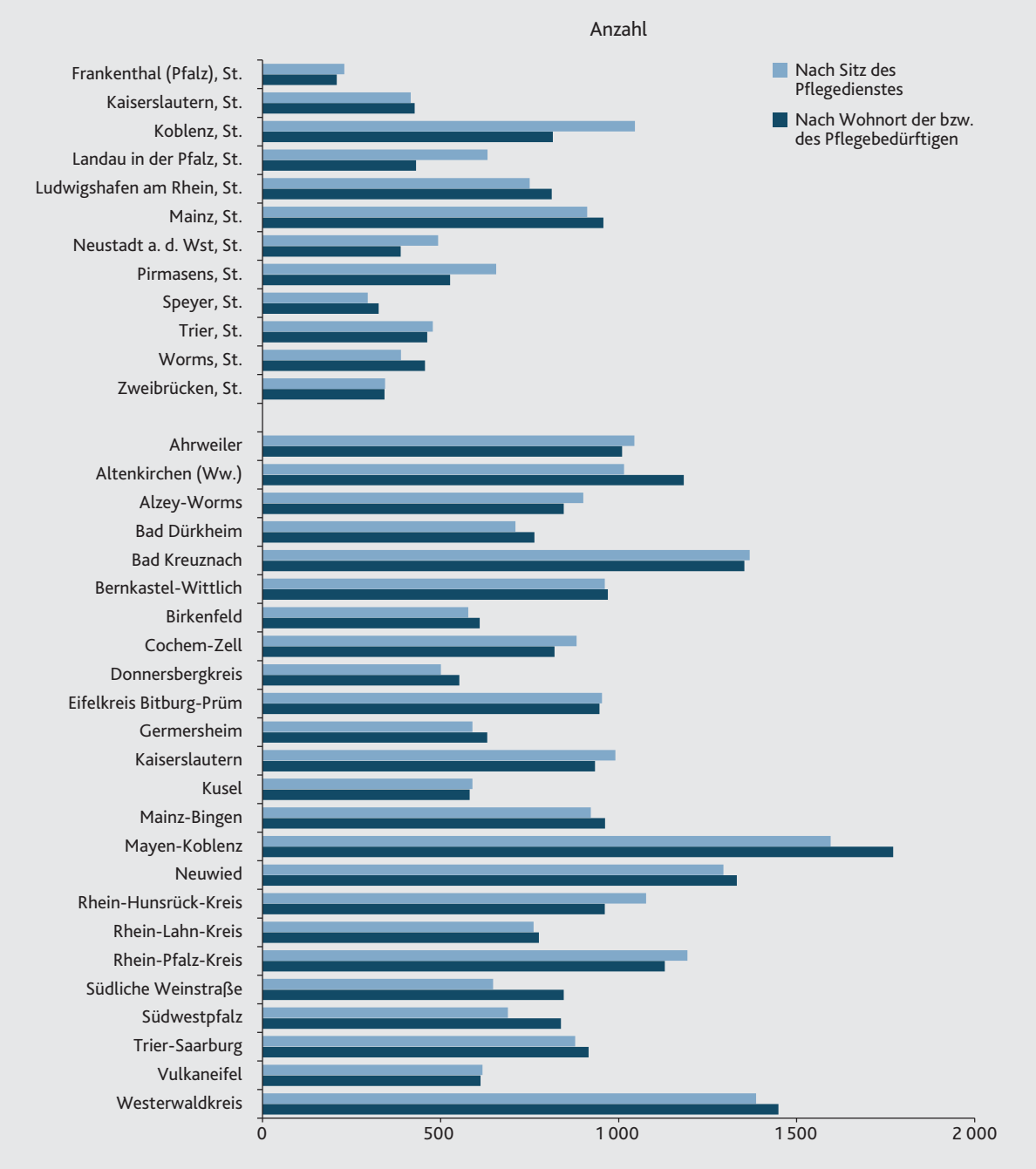
Große Unterschiede in Koblenz und Landau

Unter den kreisfreien Städten sind für Koblenz und Landau in der Pfalz die größten Differenzen zu verzeichnen. In beiden Städten haben die ansässigen Pflegedienste vergleichsweise große überregionale Einzugsgebiete. Jeweils ein Drittel der betreuten Personen (Koblenz: 32 Prozent, Landau: 34 Prozent) lebt nicht in Koblenz bzw. Landau; 2,7 bzw. 3,6 Prozent haben ihren Wohnsitz sogar außerhalb von Rheinland-Pfalz.

Verflechtungen zwischen Koblenz und dem Kreis Mayen-Koblenz

Werden nun die angrenzenden Landkreise von Koblenz bzw. Landau betrachtet, werden die regionalen Verflechtungen sichtbar. Im Westerwaldkreis, im Rhein-Lahn-Kreis und insbesondere im Kreis Mayen-Koblenz leben jeweils mehr Menschen, die ambulante Leistungen nachfragen, als von den jeweils dort ansässigen Pflegediensten betreut werden. Vor allem im Landkreis Mayen-Koblenz spielen die Pflegedienste aus Koblenz eine große Rolle, 56 Prozent der ambulant versorgten Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises, die keinen dort ansässigen Dienst in

**G 8** Ambulant versorgte Pflegebedürftige 2015 nach Verwaltungsbezirken und regionaler Zuordnung




Anspruch nehmen, werden von Pflegediensten aus Koblenz betreut. Die hilfebedürftigen Einwohnerinnen und Einwohner des Westerwaldkreises werden jedoch in erster Linie auch von den ambulanten Diensten aus den benachbarten Landkreisen Neuwied und Altenkirchen mit versorgt (weniger als vier Prozent fragen Leistungen der ambulanten Dienste aus Koblenz nach).

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch für Landau in der Pfalz und die Südliche Weinstraße.

## T 3 Ambulant versorgte Pflegebedürftige 2015 nach Verwaltungsbezirken und regionaler Zuordnung

| Kreisfreie Stadt Landkreis | Pflegebedürftige nach dem Sitz des Pflegedienstes | | | | Pflegebedürftige nach deren Wohnort | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | insgesamt | davon betreute Personen mit Wohnort | | | insgesamt | davon betreut durch Pflegedienst mit Sitz | | |
| | | im gleichen Kreis | in einem anderen Kreis | außerhalb von Rheinland-Pfalz | | im gleichen Kreis | in einem anderen Kreis | außerhalb von Rheinland-Pfalz |
| | Anzahl | Anteile in % | | | Anzahl | Anteile in % | | |
| Frankenthal (Pfalz), St. | 230 | 82,2 | 14,3 | 3,5 | 209 | 90,4 | 9,1 | 0,5 |
| Kaiserslautern, St. | 416 | 92,3 | 7,7 | - | 427 | 89,9 | 10,1 | - |
| Koblenz, St. | 1 046 | 68,5 | 28,9 | 2,7 | 815 | 87,9 | 12,0 | 0,1 |
| Landau i. d .Pfalz, St. | 632 | 66,5 | 29,9 | 3,6 | 431 | 97,4 | 2,6 | - |
| Ludwigshafen a. Rh., St. | 750 | 89,9 | 7,7 | 2,4 | 812 | 83,0 | 12,8 | 4,2 |
| Mainz, St. | 912 | 91,7 | 7,2 | 1,1 | 957 | 87,4 | 8,2 | 4,5 |
| Neustadt a. d. Weinstr., St. | 493 | 76,1 | 23,9 | - | 388 | 96,6 | 3,4 | - |
| Pirmasens, St. | 656 | 80,2 | 18,3 | 1,5 | 527 | 99,8 | 0,2 | - |
| Speyer, St. | 296 | 89,2 | 9,8 | 1,0 | 326 | 81,0 | 16,3 | 2,8 |
| Trier, St. | 478 | 93,3 | 6,7 | - | 463 | 96,3 | 3,2 | 0,4 |
| Worms, St. | 389 | 96,7 | 3,3 | - | 456 | 82,5 | 15,1 | 2,4 |
| Zweibrücken, St. | 344 | 97,4 | 2,6 | - | 343 | 97,7 | 1,7 | 0,6 |
| Ahrweiler | 1 044 | 92,4 | 3,4 | 4,1 | 1 010 | 95,5 | 2,2 | 2,3 |
| Altenkirchen (Ww.) | 1 015 | 91,2 | 7,5 | 1,3 | 1 183 | 78,3 | 7,4 | 14,3 |
| Alzey-Worms | 901 | 85,6 | 14,3 | 0,1 | 846 | 91,1 | 8,9 | - |
| Bad Dürkheim | 710 | 91,3 | 8,7 | - | 764 | 84,8 | 14,8 | 0,4 |
| Bad Kreuznach | 1 368 | 93,6 | 6,3 | 0,1 | 1 353 | 94,6 | 5,0 | 0,4 |
| Bernkastel-Wittlich | 961 | 93,3 | 6,3 | 0,3 | 970 | 92,5 | 7,5 | - |
| Birkenfeld | 578 | 98,4 | 1,6 | - | 610 | 93,3 | 5,9 | 0,8 |
| Cochem-Zell | 882 | 89,9 | 9,9 | 0,2 | 820 | 96,7 | 3,3 | - |
| Donnersbergkreis | 501 | 92,2 | 7,4 | 0,4 | 553 | 83,5 | 16,3 | 0,2 |
| Eifelkreis Bitburg-Prüm | 953 | 97,2 | 2,8 | - | 946 | 97,9 | 1,9 | 0,2 |
| Germersheim | 590 | 94,7 | 4,7 | 0,5 | 631 | 88,6 | 10,9 | 0,5 |
| Kaiserslautern | 991 | 88,2 | 11,3 | 0,5 | 934 | 93,6 | 6,3 | 0,1 |
| Kusel | 590 | 89,8 | 10,2 | - | 582 | 91,1 | 6,7 | 2,2 |
| Mainz-Bingen | 922 | 85,1 | 14,6 | 0,2 | 962 | 81,6 | 16,5 | 1,9 |
| Mayen-Koblenz | 1 595 | 86,9 | 13,1 | - | 1 771 | 78,3 | 21,7 | - |
| Neuwied | 1 294 | 88,5 | 9,7 | 1,9 | 1 332 | 86,0 | 13,1 | 1,0 |
| Rhein-Hunsrück-Kreis | 1 077 | 85,4 | 14,5 | 0,1 | 961 | 95,7 | 4,3 | - |
| Rhein-Lahn-Kreis | 761 | 92,6 | 4,2 | 3,2 | 776 | 90,9 | 5,8 | 3,4 |
| Rhein-Pfalz-Kreis | 1 193 | 87,7 | 12,2 | 0,1 | 1 130 | 92,6 | 6,9 | 0,5 |
| Südliche Weinstraße | 648 | 92,7 | 7,3 | - | 846 | 71,0 | 29,0 | - |
| Südwestpfalz | 689 | 96,4 | 3,5 | 0,1 | 838 | 79,2 | 20,6 | 0,1 |
| Trier-Saarburg | 878 | 95,2 | 3,8 | 1,0 | 916 | 91,3 | 8,7 | - |
| Vulkaneifel | 618 | 93,4 | 5,5 | 1,1 | 612 | 94,3 | 5,4 | 0,3 |
| Westerwaldkreis | 1 386 | 91,7 | 7,2 | 1,1 | 1 449 | 87,7 | 10,5 | 1,8 |
| Rheinland-Pfalz | 28 787 | X | X | 0,9 | 28 949 | X | X | 1,5 |

Verflechtungen zwischen Landau und der Südlichen Weinstraße

Im Landkreis leben knapp 850 Menschen, die auf die Unterstützung von ambulanten Pflegediensten angewiesen sind. Von diesen Personen nehmen 71 Prozent die Leistungen der ansässigen Dienste in Anspruch. Die übrigen 29 Prozent werden von Pflegediensten außerhalb des Landkreises betreut; die überwiegende Mehrheit dieser Dienste hat ihren Sitz in Landau (69 Prozent).

Verflechtungen mit anderen Ländern in Altenkirchen am stärksten

Die mit Abstand stärksten Verflechtungen über die Landesgrenze hinaus verzeichnet der Landkreis Altenkirchen. Von den rund 1 200 ambulant betreuten Pflegebedürftigen mit Wohnsitz in Altenkirchen werden 14 Prozent von Pflegediensten außerhalb von Rheinland-Pfalz versorgt. Auf der anderen Seite betreuen die Pflegedienste im Landkreis Altenkirchen insgesamt gut 1 000 hilfebedürftige Menschen, von denen nur 1,3 Prozent ihren Wohnsitz außerhalb des Landes haben.

Alle kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz zeigen mehr oder weniger starke regionale Verflechtungen auf. Solche Verflechtungen können sich sowohl aus dem Angebot an Pflegediensten als auch aus der Nachfrage nach ambulanten Leistungen, also der Wahl eines Pflegedienstes aus Sicht der pflegebedürftigen Person oder ihrer Angehörigen, ergeben. Informationen zu überregionalen Einzugsgebieten stellen wertvolle Hinweise für regionale Pflegestrukturplanungen dar.

Dr. Julia Stoffel ist Referentin im Referat „Auswertungen, Analysen“.

# Hochschulen 2015/16

## Teil 2: Ungleichheiten und Disparitäten im wissenschaftlichen Werdegang und Entwicklungen im Lehrernachwuchs

Von Dr. Marco Schröder

Zur Bewältigung der hohen Studierendenzahlen der vergangenen Jahre mussten die Hochschulen ihre personellen Kapazitäten vor dem Hintergrund knapper Ressourcen gezielt planen und ausbauen. Gleichzeitig galt und gilt es, als öffentliche Institution den gesellschaftlichen Anforderungen und Werten in Bezug auf Nachwuchsförderung, Gleichstellung und Status gerecht zu werden. Die Entwicklung der Studierenden- und Absolventenzahlen wurde bereits in der März-Ausgabe des Statistischen Monatsheftes dargestellt. Dieser Teil befasst sich mit den Themen Hochschulpersonal, wissenschaftliche Karriere, Frauen an Hochschulen und dem Lehrernachwuchs.

### Mehr Beschäftigte an Hochschulen

Im Jahr 2015 arbeiteten 27 100 Menschen an einer Hochschule. Das waren 36 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor. Mit 15 100 Beschäftigten war die Mehrzahl des Hochschulpersonals in der Wissenschaft tätig. Die übrigen 12 000 arbeiteten in der Hochschulverwaltung, der Technik oder übten sonstige Tätigkeiten aus.

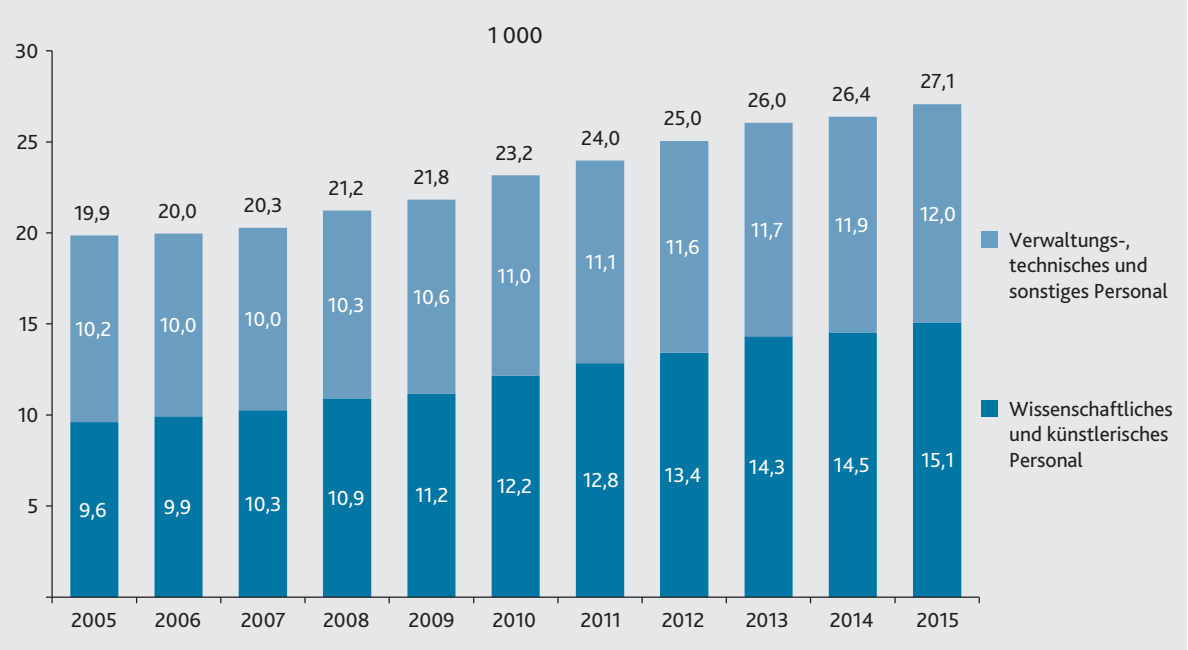
Beschäftigtenzahl in der Wissenschaft steigt stärker als in der Hochschulverwaltung

Im Zehnjahresvergleich ist auffällig, dass die Zahl des Verwaltungs- und technischen Personals nicht in gleichem Maße gestiegen ist wie die des wissenschaftlichen Personals. Während die Zahl der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den rheinland-pfälzischen Hochschulen um 57 Prozent stieg, hat die Beschäftigtenzahl im Verwaltungswesen der Hochschulen nur um 17 Prozent zugenommen. Es kann angenommen werden, dass mit einer wachsenden Zahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein erhöhter Verwaltungsaufwand einhergeht. In der tatsächlichen Entwicklung der Beschäftigtenzahl in der Hochschulverwaltung spiegelt sich dieser Zusammenhang jedoch nicht wieder.

Mehr Verwaltungsaufwand an Hochschulen

Zu fragen ist, wie Verwaltungs- und Unterstützungsaufgaben trotz einer deutlichen Erhöhung des zu verwaltenden Personals geleistet werden konnten. Naheliegend wäre die These, dass bürokratische Strukturen abgebaut und vereinfacht wurden, sodass sich der Verwaltungsaufwand verringerte. Dies erscheint bei häufig mischfinanzierten Stellen, wechselnden Arbeitsvertragskonstellationen, einer zunehmenden und durch Heterogenität geprägten Stu-

**G 1** Hochschulpersonal 2005–2015 nach Personalart




dierendenschaft und einer wachsenden Differenzierung an Studien-, Transfer- und Weiterbildungsangeboten aber eher unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist, dass einerseits die Verwaltungstätigkeit durch eine höhere Arbeitsdichte gekennzeichnet ist und andererseits Beschäftigte in der Wissenschaft häufiger Verwaltungsaufgaben übernehmen.

## Unsicherheiten in der wissenschaftlichen Karriere

Wissenschaftlicher Werdegang als langjährige Qualifikationsphase

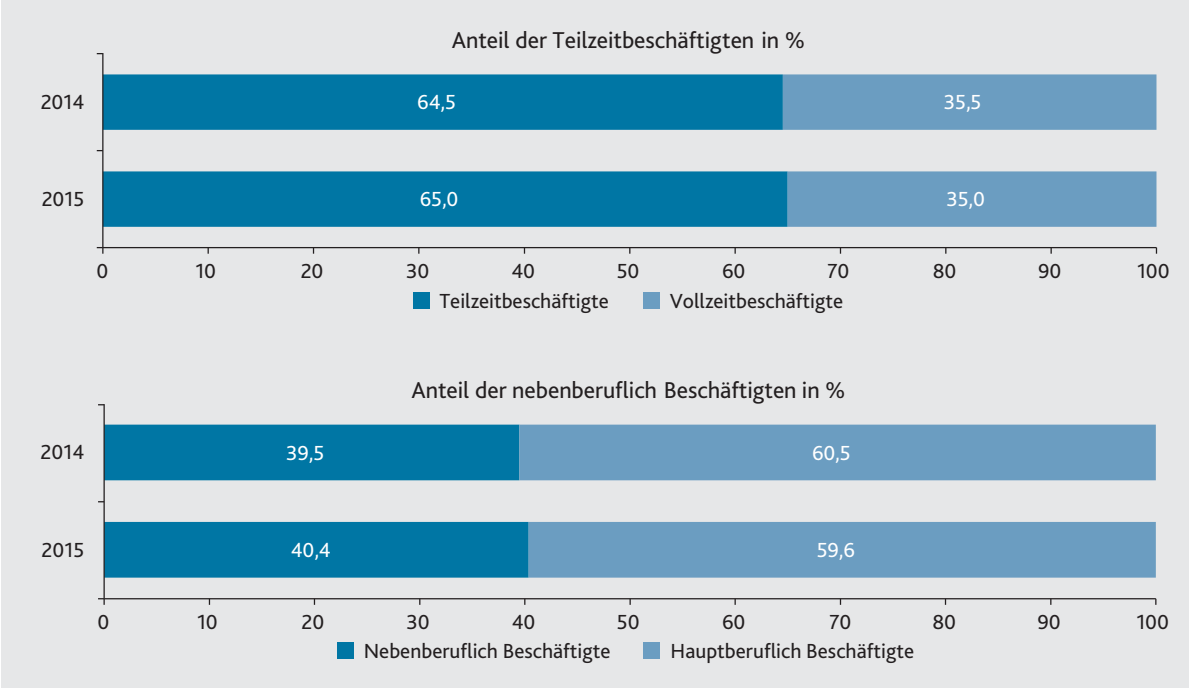
Die wissenschaftliche Karriere ist durch eine langjährige Qualifikation geprägt. Dabei ist das Ziel der Berufung auf eine Professur in der Regel auf drei Wegen möglich. Nach Studium und Promotion erfordert die Universitätsprofessur eine erfolgreiche Habilitation oder die Qualifikation über eine (befristete) Juniorprofessur. Eine Berufung auf eine Professur an einer Fachhochschule bzw. Hochschule für angewandte Wissenschaften setzt nach der Promotion eine mehrjährige Berufserfahrung außerhalb der Hochschule voraus. Die Qualifikationsphase bis zu einer Professur ist dabei häufig durch unsichere Arbeitsverhältnisse hinsichtlich der Planbarkeit, der Arbeitsplatzsicherheit und des Einkommens geprägt.[1] Erst mit der Berufung auf eine Professur endet ein langjähriger Qualifikationsweg in der Wissenschaft.

Zwei Drittel der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Teilzeit beschäftigt

Rund 40 Prozent des Wissenschaftspersonals war 2015 nebenberuflich tätig, dazu zählen im Wesentlichen wissenschaftliche Hilfskräfte und Lehrbeauftragte. Zudem waren beinahe zwei Drittel in Teilzeit beschäftigt. Den Vorteilen der Vereinbarkeit mit der wissenschaftlichen Qualifikation und der Integration berufspraktischer Erfahrungen durch nebenberuflich tätige Lehrbeauftragte stehen die Nachteile einer oftmals nicht adäquaten Entlohnung, einer

1 Vgl. Jaksztat, S./ Schindler, N./ Briedis, K.: Wissenschaftliche Karrieren. Beschäftigungsbedingungen, berufliche Orientierung und Kompetenzen des wissenschaftlichen Nachwuchses. HIS: Forum Hochschule, 14/2010, S. 16.

**G 2** Teilzeitbeschäftigte und nebenberuflich Beschäftigte in der Wissenschaft an Hochschulen 2014 und 2015



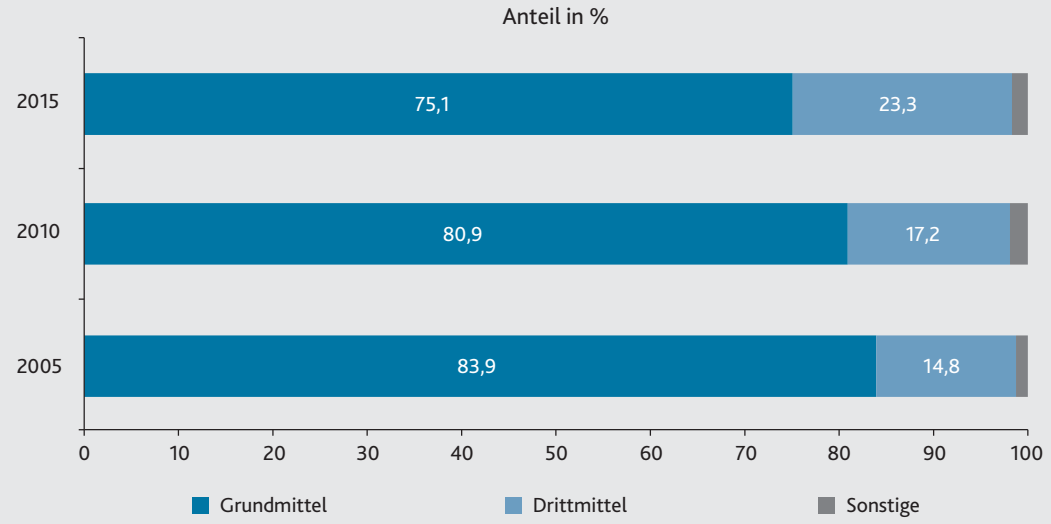

geringen ökonomischen Sicherheit und einer nicht abzuschätzenden Mehrleistung, die auf vielen Teilzeitstellen erbracht wird, entgegen. Insbesondere die nebenberuflich Beschäftigten werden häufig nicht qualifikations- oder aufwandsadäquat vergütet.[2] Die Zahl des nebenberuflichen Wissenschaftspersonals stieg zwischen 2005 und 2015 um 102 Prozent, die der wissenschaftlichen Hilfskräfte sogar um 543 Prozent.

Anteil der drittmittelfinanzierten Stellen steigt

Die wissenschaftliche Tätigkeit hat spätestens seit dem Gesetz zur Reform der Professorenbesoldung von 2002 verstärkt den Fokus auf die drittmittelfinanzierte Projektförderung gerichtet. Durch die neue Besoldungsordnung wurden Professorinnen und Professoren angehalten, mehr Drittmittelprojekte zu initiieren, um eigene Leistungszuschüsse zu erhalten. Insbesondere die Beschäftigtenzahlen in der Wissenschaft profitierten von dieser Neuregelung. Damit einher ging aber auch, dass ein immer höherer Anteil an Beschäftigten durch Drittmittel und ein immer geringerer Anteil durch Grundmittel der Hochschulen finanziert wurden. Während 2005 insgesamt 84 Prozent der Beschäftigten durch Grundmittel finanziert wurden, waren es 2015 nur noch 75 Prozent. Die Veränderung der Stellenfinanzierung hatte sehr wahrscheinlich Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse. Beschäftigungsverhältnisse, die durch projektbezogene Drittmittel finanziert werden, sind in der Regel befristet. Dies ist bei Stellen im Mittelbau, die durch Grundmittel finanziert sind, häufig auch der Fall. Diese Stellen sind jedoch nicht zwangsläufig an mehr oder weniger lange Projektphasen gebunden, sondern stärker an der Qualifikationsphase der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausgerichtet.

2 Vgl. u. a. Deutscher Hochschulverband: Zur Situation der Lehrbeauftragten. Mainz 2015, S. 2.

**G 3** Wissenschaftliches Personal an Hochschulen 2005, 2010 und 2015 nach Finanzierungsart[1]




1 „Ohne Angaben" wurde herausgerechnet; unter „Sonstige" fallen auch Stellen, die aus Studiengebühren finanziert wurden.

Berufung auf eine Professur mit durchschnittlich 41 Jahren

Die Ergebnisse der amtlichen Statistik zeigen, dass mehr Stellen projektabhängig drittmittelfinanziert wurden, die Minderheit der in der Wissenschaft Tätigen in Vollzeit beschäftigt waren und die Zahl der nebenberuflich Beschäftigten deutlich stieg. Zwar lassen sich daraus nur begrenzt Schlüsse ziehen, doch diese Ergebnisse deuten auf viele durch Befristung, Unplanbarkeit und/oder geringe Entlohnung gekennzeichnete Arbeitsverhältnisse hin.[3] Die Erstberufung auf eine unbefristete Professur, mit der die formale Qualifikationsphase abschließt, lag in den letzten Jahren durchschnittlich bei 41 Jahren.[4]

## Rheinland-Pfalz bei der Professorenbesoldung im oberen Mittelfeld

Im Jahr 2002 trat das Gesetz zur Reform der Professorenbesoldung in Kraft. Damit wurde für verbeamtete Professorinnen und Professoren die C-Besoldung von der stärker leistungsorientierten W-Besoldung abgelöst.[5] Ein Ziel der neu eingeführten Besoldungsgruppen W2 und W3 war es, Leistungen in Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung sowie die Übernahme von Verwaltungsfunktionen (z. B. Studiendekanat, Rektoratspositionen) anzuerkennen und durch Sonderbezüge zu fördern.[6] Die Grundgehälter der W-Besoldungsgruppen lagen entsprechend niedriger als die der C-Besoldung und deutlich niedriger als adäquate Stellen in der freien Wirtschaft. Dadurch wurde ein freiwilliger Umstieg von bereits in C3 oder C4 eingruppierten Professorinnen und Professoren nur selten wahrgenommen. Nach 2002 auf eine Professur berufene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konnten diese Entscheidung nicht mehr treffen. Sie konnten lediglich in der Berufungs- oder

Stärkere Leistungsorientierung

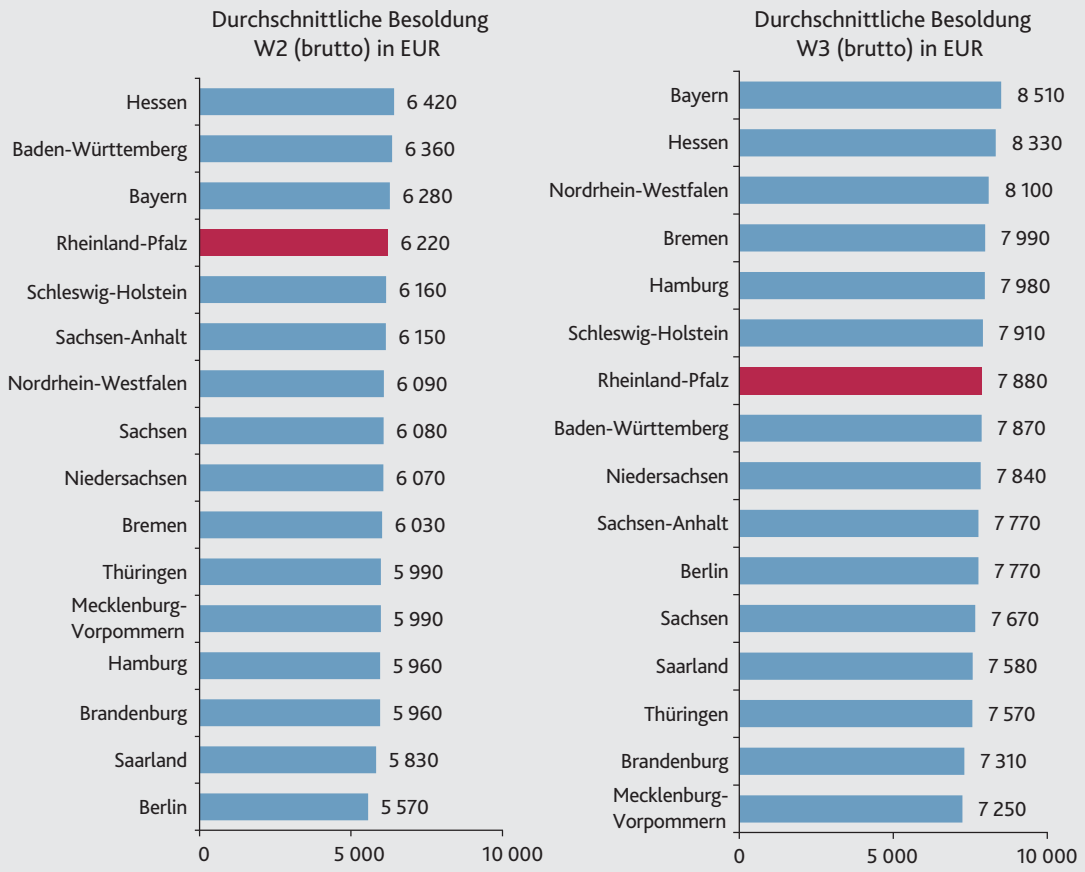
3 Vgl. Dörre, K./ Neis, M.: Geduldige Prekarier? Unsicherheit als Wegbegleiter wissenschaftlicher Karrieren. In: Forschung & Lehre, 11/2008.

4 Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu Karrierezielen und -wegen an Universitäten. Dresden 2004, S. 32.

5 Vgl. Klenke, D.: Die Einführung der W-Besoldung. Ihre Entstehung aus zeitgeschichtlicher Perspektive. In: Deutscher Hochschulverband (Hrsg.): Forschung & Lehre. 3/12, Bonn 2012, S. 190.

6 Vgl. Gesetz zur Reform der Professorenbesoldung § 33 Abs. 1.

**G 4** Durchschnittsbesoldung[1] von verbeamteten Professoren/-innen 2015 nach Bundesländern[2] und Besoldungsgruppe




1 Einschließlich Erfahrungsstufen, Grundleistungsbezug, unterschiedliche Leistungsbezüge, Forschungs- und Lehrzulagen, Familienzuschlag und zum Teil auch „anteiliger Sonderzuwendungen". – 2 In Hessen einschließlich fünf Prozent eines Monatsbezugs als monatliche Auszahlung der Sonderzuwendungen.
Quelle: Statistisches Bundesamt / Deutscher Hochschulverband

Bleibeverhandlung Leistungsbezüge im Rahmen der W-Besoldung aushandeln.

Länderunterschiede bei der tatsächlichen Professorenbesoldung

Die vielfältigen Möglichkeiten, Einfluss auf die Professorenbesoldung zu nehmen, und die nach Bundesländern unterschiedlichen Grundgehälter führten zu Spekulationen über die tatsächlichen Durchschnittsgehälter von Professorinnen und Professoren und über zunehmende Ungleichheiten zwischen den Ländern. Im Auftrag des Deutschen Hochschulverbandes (DHV) hat das Statistische Bundesamt auf Basis der Daten der Statistischen Landesämter die Durchschnittsgehälter der Professorinnen und Professoren unter Einbezug der Grundleistungsbezüge, Erfahrungsstufen, Forschungs- und Lehrzulagen, diverser Leistungsbezüge, des Familienzuschlags und teilweise auch anteiliger Sonderzuwendungen für die Bundesländer berechnet.[7] Nicht einbezogen wurden dabei fächerspezifische Unterschiede oder besondere Standortfaktoren einzelner Hochschulen.

In W2 eingruppierte Beamtinnen und Beamte, das sind häufig Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen oder Hochschulen für angewandte Wissenschaften, verdienten 2015 in Rheinland-Pfalz monatlich durchschnittlich

7 Vgl. Detmer, H.: Die reale Professorenbesoldung. Erhebliche Unterschiede in den Ländern. In: Deutscher Hochschulverband (Hrsg.): Forschung & Lehre. 2/17, Bonn 2017, S. 124.

Rheinland-Pfälzische Professorinnen und Professoren verdienen durchschnittlich 6 200 (W2) bzw. 7 900 Euro (W3) monatlich

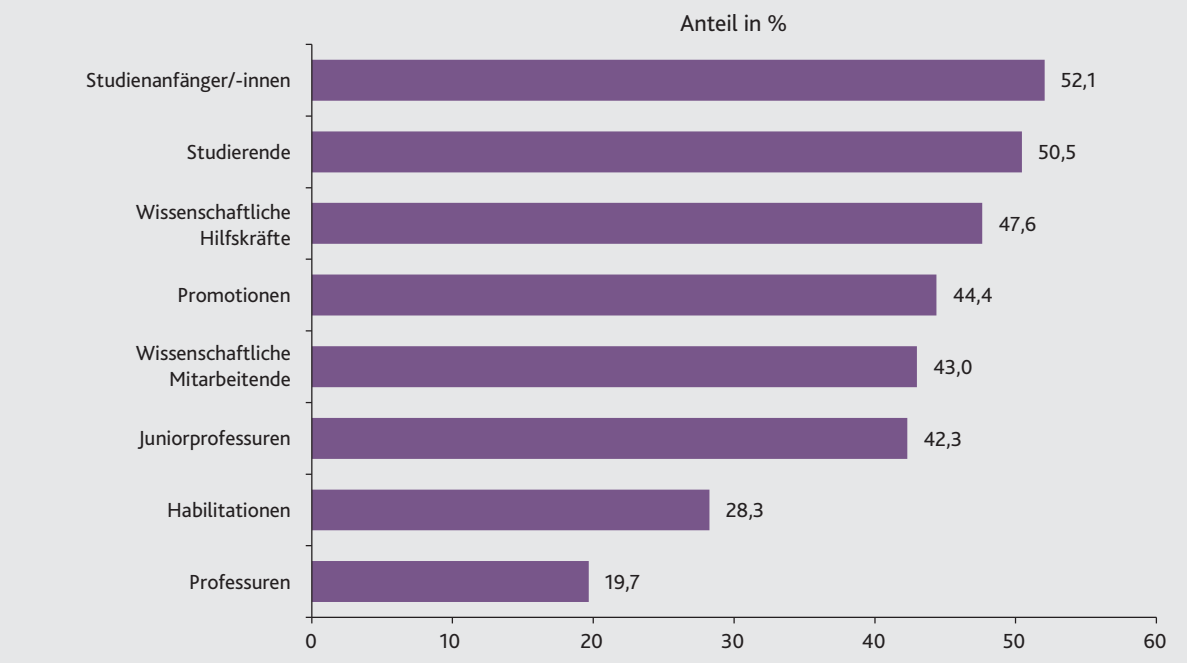
6 220 Euro (brutto). Damit lag Rheinland-Pfalz hinter Hessen (6 420), Baden-Württemberg (6 360) und Bayern (6 280) auf Platz vier – deutlich vor den Letztplatzierten Hamburg (5 960), Saarland (5 830) und Berlin (5 570). Die monatliche Durchschnittsbesoldung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit einer W3-Professur lag in Rheinland-Pfalz bei 7 880 Euro brutto. In sechs Bundesländern konnten Professorinnen und Professoren mehr verdienen. Dabei zeigte sich ein Ost-West-Gefälle. Während sich Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen in der Spitzengruppe positionierten, nahmen im Wesentlichen die neuen Bundesländer die letzten Ränge ein. Insgesamt lag Rheinland-Pfalz bei der durchschnittlichen W-Besoldung von Professorinnen und Professoren im oberen Mittelfeld.

## Nur jede fünfte Professur von einer Frau besetzt

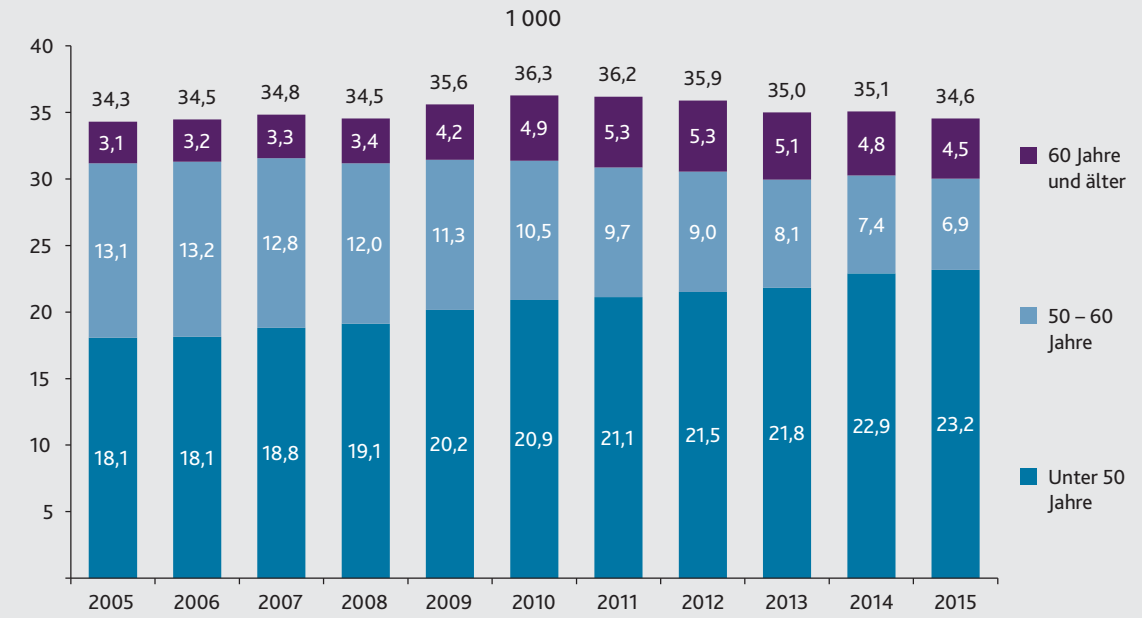
Im tertiären Bildungssektor zeigen sich geschlechterspezifische Disparitäten besonders deutlich. Während Frauen im Jahr 2015 unter den Studienanfängerinnen und -anfängern (52 Prozent) sowie den Studierenden (50 Prozent) in der Mehrzahl waren, nahm der Frauenanteil in den nachfolgenden Gruppen mit zunehmendem gesellschaftlichem und beruflichem Status kontinuierlich ab. Unter den wissenschaftlichen Hilfskräften, das ist häufig die berufliche Einstiegsposition in den wissenschaftlichen Werdegang, lag der Frauenanteil bei 48 Prozent, bei den Promotionen nur noch bei 44 Prozent, unter den wissenschaftlichen Mitarbeitenden, einschließlich der Assistentinnen und Assistenten und der Lehrkräfte für besondere Aufgaben, bei 43 Prozent, den Juniorprofessuren bei 42 Prozent und den Habilitationen bei lediglich 28 Prozent. Noch geringer war der Frauenteil an allen Professorinnen und Professoren: Nur eine von fünf Professuren wurde von einer Frau besetzt. Kurz gesagt, im tertiären Bildungswesen wird deutlich: Je höher die Statusgruppe, desto geringer der Frauenanteil.

Je höher die wissenschaftliche Position, desto geringer der Frauenanteil in der Wissenschaft

**G 5 Frauen an Hochschulen 2015**



**G 6** Lehrkräfte[1] an Allgemeinbildenden Schulen 2005–2015 nach Altersgruppen




1 Nur hauptamtliche Lehrkräfte, ohne pädagogische Fachkräfte.

Initiativen zur Förderung des Frauenanteils in der Wissenschaft

In den vergangenen Jahren wurden unterschiedliche Initiativen und Konzepte entwickelt und umgesetzt, um den Frauenanteil in den höheren Statusgruppen zu steigern. Beispielsweise wurde 2008 das Professorinnenprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit dem Ziel initiiert, Hochschulen mit einem modernen Gleichstellungskonzept zu fördern und diesen bis zu drei Professuren, die mit einer Frau besetzt werden, für fünf Jahre zu finanzieren.[8] Dem Projekt wurden dafür von Bund und Ländern insgesamt 300 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Seit 2012 befindet sich das Professorinnenprogramm bereits in der zweiten Projektphase, an der sich insgesamt acht Hochschulen und Universitäten aus Rheinland-Pfalz mit ihren Gleichstellungskonzepten beteiligen.[9]

Der Erhöhung des Frauenanteils sind allerdings in jenen Disziplinen Grenzen gesetzt, die nur selten von Frauen studiert werden. Hierzu zählen beispielsweise ingenieurwissenschaftliche Fächer.

## Lehramtsanwärterinnen und -anwärter in den MINT-Fächern gesucht

4 500 Lehrkräfte an Allgemeinbildenden Schulen sind 60 Jahre und älter

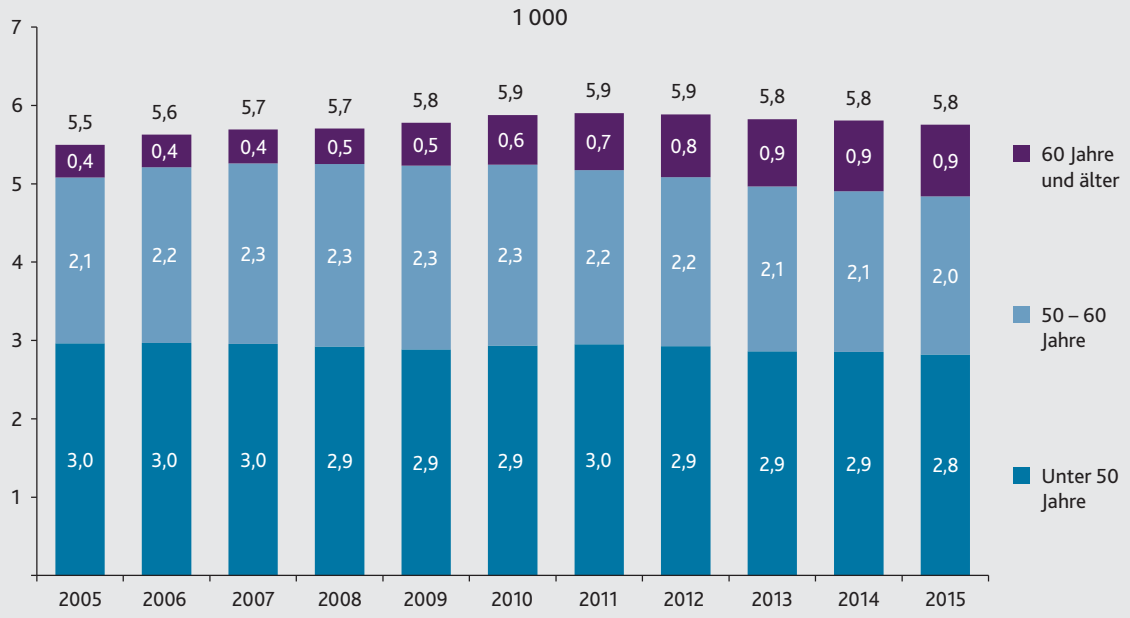
Von besonderer Bedeutung im Bildungswesen ist neben einem qualifizierten Hochschulpersonal die Sicherstellung des Lehrernachwuchses für Allgemein- und Berufsbildende Schulen. Im Jahr 2015 waren 4 500 Lehrerinnen und Lehrer an Allgemeinbildenden Schulen 60 Jahre oder älter und gehen damit voraussichtlich bis 2020 in Ruhestand. Während 2005 noch 47 Prozent der Lehrkräfte 50 Jahre und älter waren, befand sich 2015 nur noch ein Drittel in dieser Altersgruppe.

Deutlich prekärer war 2015 die Situation an den Berufsbildenden Schulen. Hier waren mit 2 900 Lehrerinnen und Lehrern mehr als

8 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Frauen in Bildung und Forschung. Das Professorinnenprogramm. Berlin 2016.

9 Vgl. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz: Erfolg beim Professorinnenprogramm II. Mainz, Pressemeldung vom 4.7.2014.

**G 7** Lehrkräfte[1] an Berufsbildenden Schulen 2005–2015 nach Altersgruppen




1 Nur hauptamtliche Lehrkräfte, ohne pädagogische Fachkräfte.

Jede zweite Lehrkraft an Berufsbildenden Schulen ist 50 Jahre und älter

die Hälfte aller Lehrkräfte 50 Jahre und älter. Bis 2020 erreichen voraussichtlich 900 Personen bzw. 16 Prozent des berufsbildenden Lehrkörpers das 65. Lebensjahr. Zudem ist davon auszugehen, dass in einem Beruf, der durch hohe soziale und emotionale Belastungen geprägt ist, eine nicht zu unterschätzende Zahl an Lehrpersonen früher in den Ruhestand geht, den Arbeitsplatz bzw. Beruf wechselt oder aufgrund von Berufsunfähigkeit den Lehrberuf aufgibt. Unter diesen Voraussetzungen ist ein Blick auf den Lehrernachwuchs notwendig.

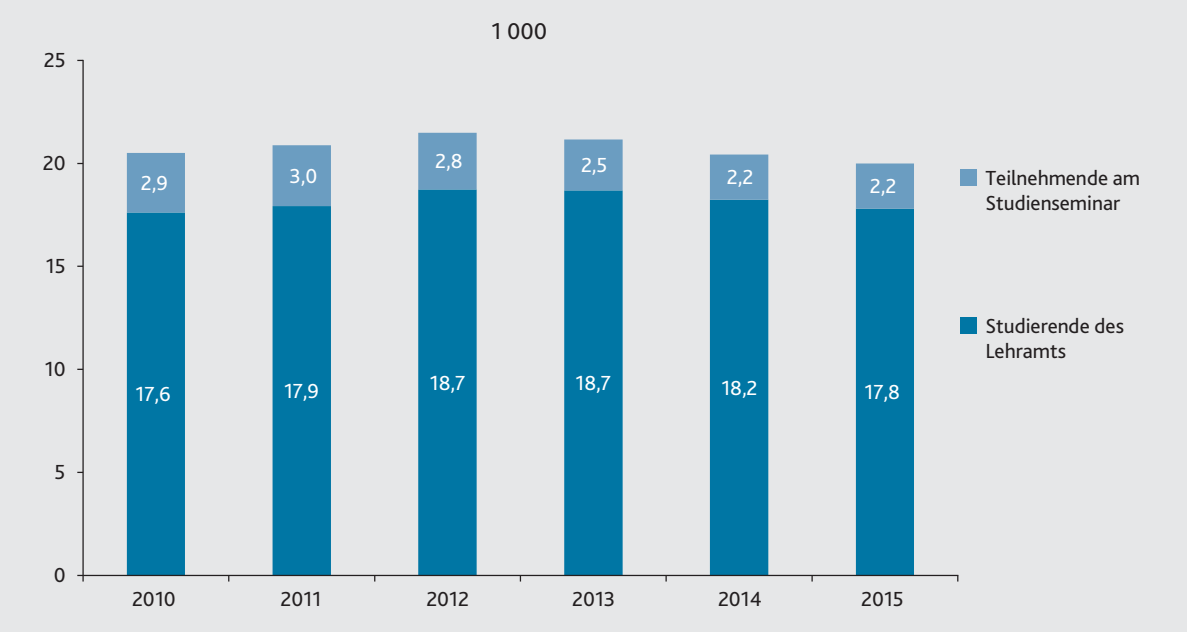
Die Struktur der Lehrerbildung ist in drei Bildungsphasen gegliedert: Das Studium, der Vorbereitungsdienst und die Berufsausübung.[10] Das Studium wird in ausgewählten Fachwissenschaften, Fachdidaktiken und Bildungswissenschaften absolviert. Im Jahr 2015 studierten 17 800 junge Erwachsene auf ein Lehramt. Das waren zwei Prozent weniger als im Jahr zuvor und ein Prozent mehr als 2010. Wie viele Studierende auf Lehramt tatsächlich den Lehrberuf ergreifen, kann anhand der Studierendenstatistik nicht vorhergesagt werden. Bessere Auskunft gibt hierzu die zweite Phase der Lehrerqualifikation. Der an das Studium anschließende Vorbereitungsdienst erfolgt sowohl in Ausbildungsschulen als auch an staatlichen Studienseminaren. Er verknüpft das pädagogische, fachdidaktische und fachliche Wissen mit der Berufs- und Unterrichtspraxis. Der Vorbereitungsdienst wird mit der Zweiten Staatsprüfung abgeschlossen, welche die Befähigung für das jeweilige Lehramt prüft.

Zahl der Teilnehmenden am Studienseminar geht zurück

Im Oktober 2015 nahmen 2 200 Anwärterinnen und Anwärter auf ein Lehramt an einem Studienseminar teil. Gegenüber 2010 ging die Zahl der Teilnehmenden um knapp ein Viertel zurück. Aufgrund der Veränderungen der Lehramtsausbildung ist diese Zahl

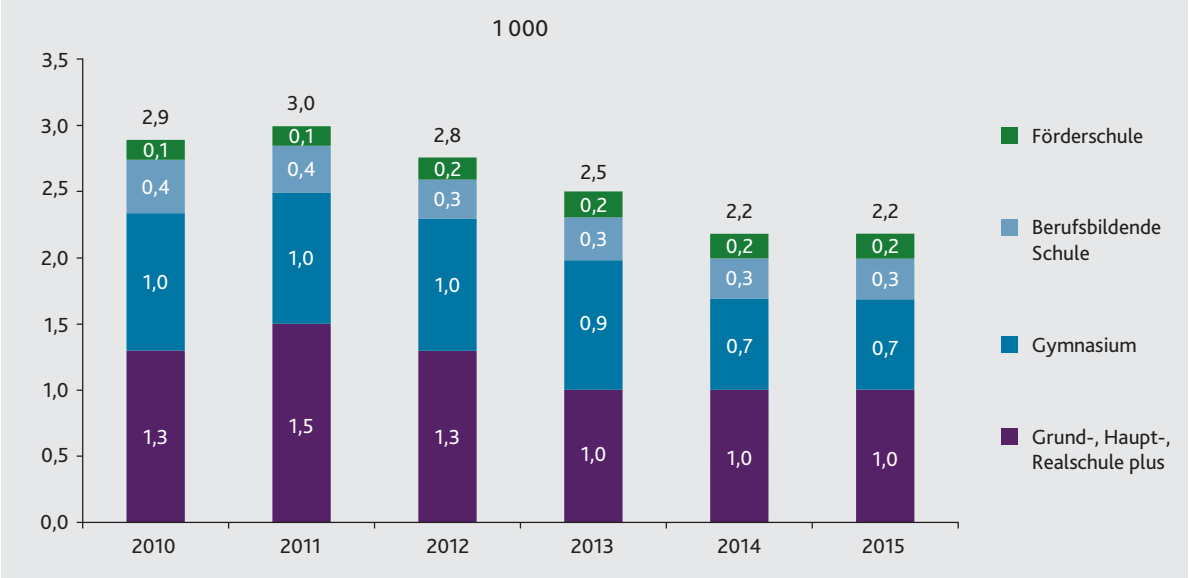
10 Vgl. Aschenbrücker, K./Schröder, M./Zernikel, A.: Berufliche Übergänge bei Lehrerinnen und Lehrern. In: Schurt, V./Waburg, W./Mehringer, V./Strasser, J. (Hrsg.): Heterogenität in Bildung und Sozialisation. Opladen u. a. 2016, S. 55.

**G 8** Studierende auf Lehramt und Teilnehmende am Studienseminar 2010–2015

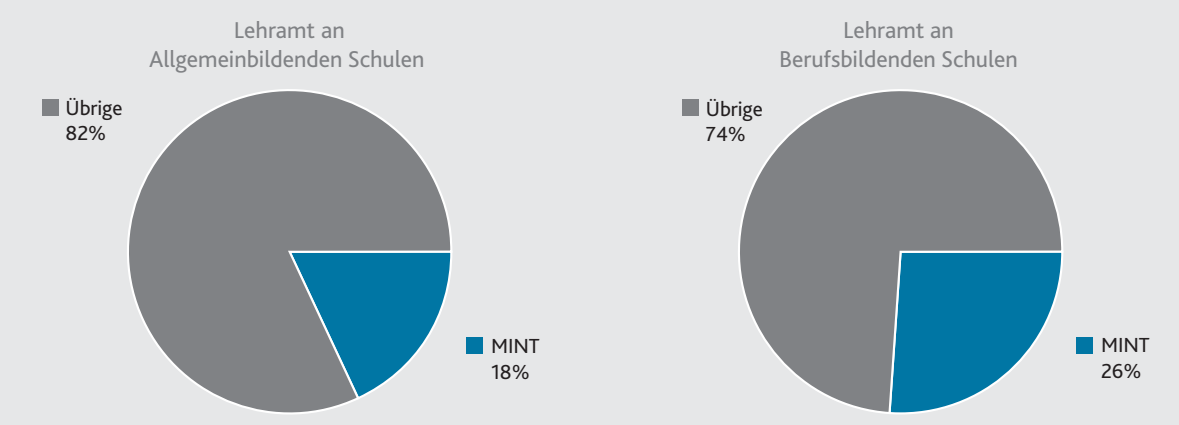



allerdings vorsichtig zu interpretieren. Beispielsweise konnte das Grundschullehramt oder das Lehramt auf „Realschule plus" erst seit 2012 in den Studienseminaren belegt werden. Parallel laufen die Bildungsgänge Lehramt auf „Grund- und Hauptschule" und auf „Realschule" aus. Es ist davon auszugehen, dass diese Veränderungsprozesse möglicherweise Auswirkungen auf die Zahlen der Studienseminarteilnehmenden hatten. Dennoch ist auffällig, dass seit 2011 die summierte Teilnehmendenzahl für das Lehramt

**G 9** Teilnehmende am Studienseminar 2010–2015 nach Lehramt



**G 10 Teilnehmende am Studienseminar 2015 nach Lehrbefähigung in einem MINT-Fach[1] und nach ausgewählten Schularten**




1 MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Realschulen plus um ein Drittel zurückging. Außer für die Zahl der Studienseminarteilnehmenden für das Lehramt an Förderschulen konnte auch bei allen anderen Schularten ein Rückgang der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter beobachtet werden.

MINT-Nachwuchs wird unter den angehenden Lehrkräften gesucht

Nicht nur die Zahl der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, sondern auch ihre Fachrichtung ist von großer Bedeutung für die Sicherstellung des Lehrernachwuchses. Wie in der Wirtschaft werden auch im Lehramt in hohem Maße Lehrerinnen und Lehrer in den sogenannten MINT-Fächern gesucht. Unter dem Begriff „MINT" werden im Allgemeinen die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik verstanden. Im Jahr 2015 hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur an Allgemeinbildenden Schulen für die Lehramtsfächer Mathematik, Physik, Chemie und Informatik sowie an Berufsbildenden Schulen für die Fächer Metalltechnik, Elektrotechnik, Mathematik, Informatik und Informationstechnik einen Bedarf festgestellt.[11]

11 Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur: Lehrerin oder Lehrer werden. Mainz 2015.

18 Prozent der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter an Allgemeinbildenden Schulen streben eine Lehrbefähigung in einem MINT-Fach an

Im Oktober 2015 belegte im Studienseminar für Berufsbildende Schulen jede bzw. jeder Vierte ein MINT-Fach, obwohl der Berufsbildungssektor neben den kaufmännischen Aus- und Fortbildungen insbesondere technisch-handwerkliche Bildungsgänge anbietet und der Lehrkräftebedarf in diesem Sektor entsprechend hoch ist. Noch geringer war der Anteil der Teilnehmenden mit einem MINT-Fach für das Lehramt an Allgemeinbildenden Schulen. Hier belegten nur 18 Prozent ein naturwissenschaftliches, mathematisches oder informationstechnisches Lehrfach. Obwohl das Bildungsministerium in der jüngeren Vergangenheit nur geringen Bedarf für gesellschaftswissenschaftliche Fächer (u. a. Geschichte, Sozialkunde, Geografie) und das Grundschullehramt meldete, wurden diese Fächer von 28 Prozent der Studienseminarteilnehmenden belegt.

Dr. Marco Schröder leitet das Referat „Schulen, Hochschulen und Berufsbildung".

# Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2015

## Im Schnitt deutlich häufiger ohne Schulabschluss

Von Dr. Merle Hattenhauer

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2015 haben rund 21 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Das sind rund 839 800 Menschen. Sie wanderten entweder selbst nach Deutschland zu oder sind Nachkommen von Zugewanderten. Menschen mit Migrationshintergrund sind im Schnitt deutlich jünger als Menschen ohne Migrationshintergrund. Sie besitzen häufig eine geringere schulische bzw. berufliche Qualifikation als die übrige Bevölkerung; auch ihre Beteiligung am Erwerbsleben ist unterdurchschnittlich. Mit 27 Prozent war die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2015 mehr als doppelt so hoch wie in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

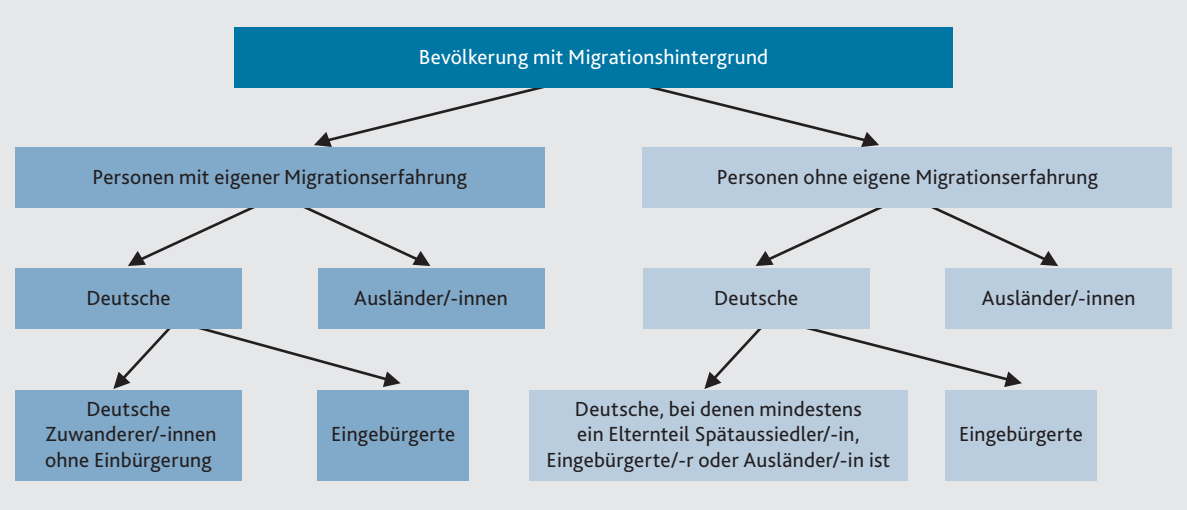
### Mikrozensus als Datengrundlage

Bis vor wenigen Jahren erfolgten Untersuchungen zum Thema „Migrationshintergrund" in weiten Teilen nur nach dem „Ausländerkonzept". Der Migrationshintergrund konnte lediglich über das Merkmal „Staatsangehörigkeit" nachgewiesen werden. Eine darauf aufbauende Analyse lieferte aber nur unvollständige Ergebnisse. So wurden auch eingebürgerte Personen in der Statistik nur noch als „Deutsche" erfasst, obwohl sie nach herrschender Meinung einen Migrationshintergrund haben oder sogar über eigene Migrationserfahrung verfügen. Eine Erweiterung des Fragenkatalogs im Mikrozensusgesetz gibt nunmehr Aufschluss über die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund. Zudem sind weitere Auswertungen möglich.

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund umfasst also sowohl Personen mit eigener Migrationserfahrung, als auch Personen, die keine eigene Migrationserfahrung haben. Der detaillierte Migrationsstatus gibt an, zu welcher Gruppe eine Person gehört.

Migrationshintergrund schließt die Migrationserfahrung von Vorfahren begrifflich mit ein

**Ü 1** Detaillierter Migrationsstatus




## Jede bzw. jeder Fünfte hat Migrationshintergrund

Im Jahr 2015 lebten in den rheinland-pfälzischen Privathaushalten mehr als vier Millionen Menschen. Von diesen hatten 839 800 einen Migrationshintergrund; das waren 20,9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Jede bzw. jeder Fünfte in Rheinland-Pfalz ist also entweder selbst nach Deutschland eingewandert oder Nachfahre von Einwanderern.

Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund entspricht Bundesdurchschnitt

Der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz glich dem Bundesdurchschnitt (21 Prozent), lag aber deutlich unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer einschließlich Berlin (23,9 Prozent). Mit rund 30 Prozent bzw. knapp 29 Prozent wiesen Bremen und Hamburg die höchsten Anteile auf, in Schleswig-Holstein war der Anteil mit 13 Prozent unter den alten Bundesländern am niedrigsten.

Hinsichtlich des Bevölkerungsanteils der Menschen mit Migrationshintergrund zeigt sich in Deutschland ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle. So lag 2015 in den neuen Bundesländern der durchschnittliche Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung bei 5,3 Prozent und damit deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Grund hierfür dürfte zum einen sein, dass in der Zeit vor der „Wende" nur wenige Ausländerinnen und Ausländer in die DDR eingewandert sind. Zum anderen zogen auch nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten nur relativ wenige Ausländerinnen und Ausländer in die neuen Bundesländer. Das hatte vor allem ökonomische Gründe.

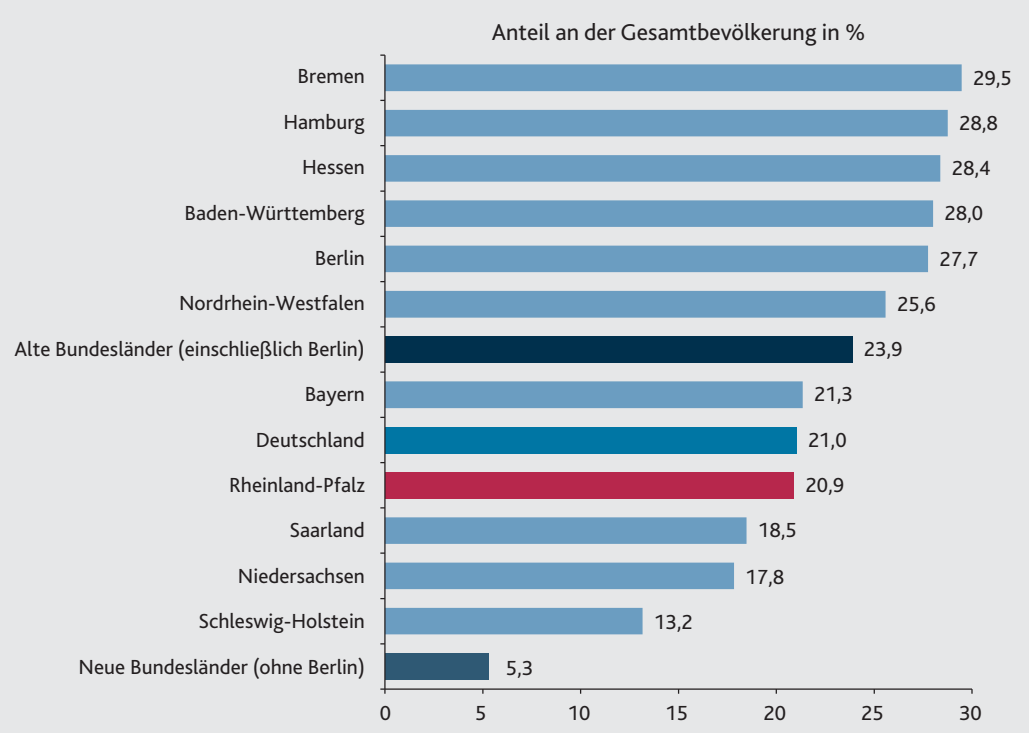
## Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund hat deutsche Staatsangehörigkeit

Die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund, die in Rheinland-Pfalz leben, setzte sich 2015 aus 497 600 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung) und 342 200 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (8,6 Prozent der Gesamtbevölkerung) zusammen.

Über eigene Migrationserfahrung verfügten rund 14 Prozent der rheinland-pfälzischen

**G 1** Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2015 nach Bundesländern




Bevölkerung, d. h., in Rheinland-Pfalz lebten 2015 rund 564 000 Menschen, die in der Vergangenheit selbst aus dem Ausland nach Deutschland einwanderten. In diesem Personenkreis überwiegen die Ausländerinnen und Ausländer (7,2 Prozent der Gesamtbevölkerung) leicht gegenüber den Deutschen (6,9 Prozent der Gesamtbevölkerung). In der Gruppe der nicht Zugewanderten, also der Personen mit Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung, haben die Deutschen mit 5,5 Prozent der Gesamtbevölkerung den größeren Anteil gegenüber Ausländerinnen und Ausländern mit 1,4 Prozent. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund dürfte es sich zum überwiegenden Teil um sogenannte Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie deren Nachkommen handeln, die vor allem aus Polen, Rumänien und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion kamen.

## Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat niedrigeres Durchschnittsalter

Die rheinland-pfälzische Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist erheblich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund waren 2015 im Durchschnitt 35 Jahre, diejenigen ohne Migrationshintergrund rund 48 Jahre alt.

Deutlich höherer Anteil an jüngeren Menschen

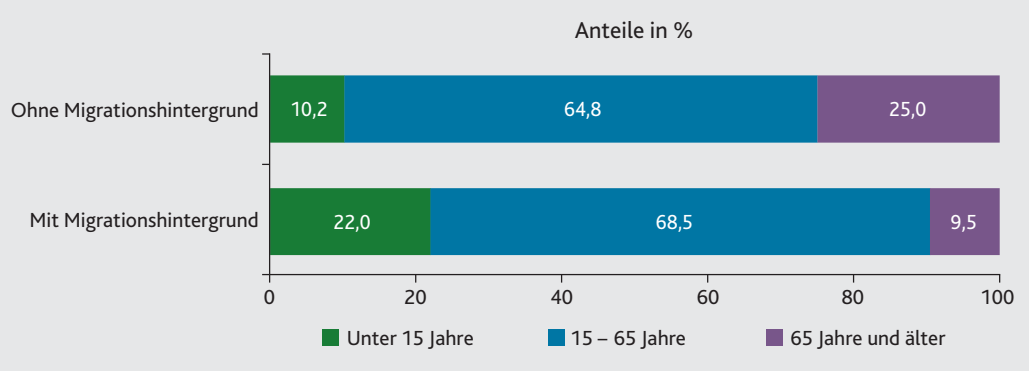
Im Ergebnis ist bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Anteil der Jüngeren deutlich höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Über 22 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund waren 2015 jünger als 15 Jahre, während der entsprechende Anteil in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur rund zehn Prozent betrug. Dagegen war bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Anteil der älteren Menschen ab

**T 1 Bevölkerung 2015 nach detailliertem Migrationsstatus**

| Bevölkerungsgruppe | Bevölkerung | |
|---|---|---|
| | 1 000 | Anteil in % |
| Menschen ohne Migrationshintergrund | 3 179 | 79,1 |
| Menschen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne[1] | 840 | 20,9 |
| Zugewanderte (Menschen mit eigener Migrationserfahrung) | 564 | 14,0 |
| Ausländer/-innen mit eigener Migrationserfahrung | 287 | 7,2 |
| Deutsche mit eigener Migrationserfahrung | 277 | 6,9 |
| Nicht Zugewanderte (Menschen ohne eigene Migrationserfahrung) | 276 | 6,9 |
| Ausländer/-innen ohne eigene Migrationserfahrung | 55 | 1,4 |
| Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung | 221 | 5,5 |
| Insgesamt | 4 019 | 100 |

1 In Abgrenzung hierzu umfasst die Bevölkerungsgruppe „Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne" zusätzlich Personen mit erhebungstechnisch nicht durchgehend bestimmbarem Migrationsstatus.

**G 2 Bevölkerung 2015 nach Migrationshintergrund und Altersgruppen**




65 Jahren mit 9,5 Prozent deutlich geringer als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (25 Prozent). Die Anteile der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren unterschieden sich hingegen kaum.

Vor allem bei Merkmalen wie Bildung und Erwerbstätigkeit, die im Folgenden dargestellt werden, ist das Alter eine wichtige Determinante. Dabei erschweren stark unterschiedliche Altersstrukturen Vergleiche zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Altersspezifische Anteilswerte bzw. Quoten konnten im Rahmen dieses Beitrags jedoch nicht berücksichtigt werden.

## Rund 13 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss

Anteil bei Menschen ohne Migrationshintergrund deutlich niedriger

Bei der Erhebung im Jahr 2015 gaben rund 13 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund an, keinen Schulabschluss zu besitzen.[1] In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund belief sich der Anteil der Personen ohne Schulabschluss dagegen auf lediglich

1 Betrachtet wird hier nur der Bevölkerungsteil, der einen Schulabschluss besitzen kann, d. h. die Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter ohne Personen, die sich noch in allgemeinbildender schulischer Ausbildung befinden. Gleiches gilt für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

## Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus" stellt als Ein-Prozent-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit, Bildung usw. In vierjährlichen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 18 000 Haushalte mit rund 40 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 390 000 Haushalte mit etwa 830 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch rund 180 Interviewerinnen und Interviewer. Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

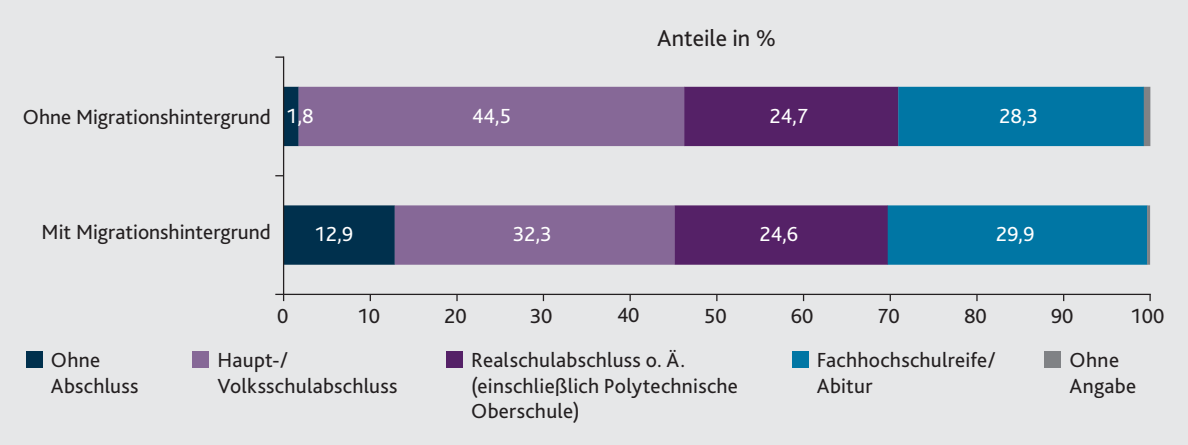
Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und der Lebensformen der Bevölkerung erfolgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen. Im vorliegenden Aufsatz werden daher ausschließlich Jahresdurchschnittswerte präsentiert.

Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2016 gültig. Für den Mikrozensus wird der registergestützte Zensus 2011 von hoher Bedeutung sein: Mit den Ergebnissen des Zensus wird für den Mikrozensus eine neue Stichprobenauswahl möglich sein.

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Dabei ist die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d. h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Um die Zahl der Ausfälle so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

**G 3** Bevölkerung 2015 nach Migrationshintergrund und höchstem schulischen Abschluss




1,8 Prozent. Über einen Haupt- oder Volksschulabschluss verfügten 32 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund und 45 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund.

Kaum Unterschiede bei mittlerer und höherer Schulbildung

Im Bereich der mittleren und höheren Schulbildung zeigten sich kaum Unterschiede: Die mittlere Reife erreichten 25 Prozent der Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Einen höheren Bildungsabschluss konnten 30 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund und 28 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund vorweisen.

## 39 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund haben keinen Berufsabschluss

Berufliche Bildung wichtig für Integrationserfolg

Ein wesentliches Kriterium für die Integration junger Menschen in das Berufsleben und den Arbeitsmarkt stellt neben der schulischen auch die berufliche Ausbildung dar. Die Überwindung der so genannten ersten Schwelle des Arbeitsmarktes, d. h. der Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung, ist von großer Bedeutung für die künftigen beruflichen Chancen.

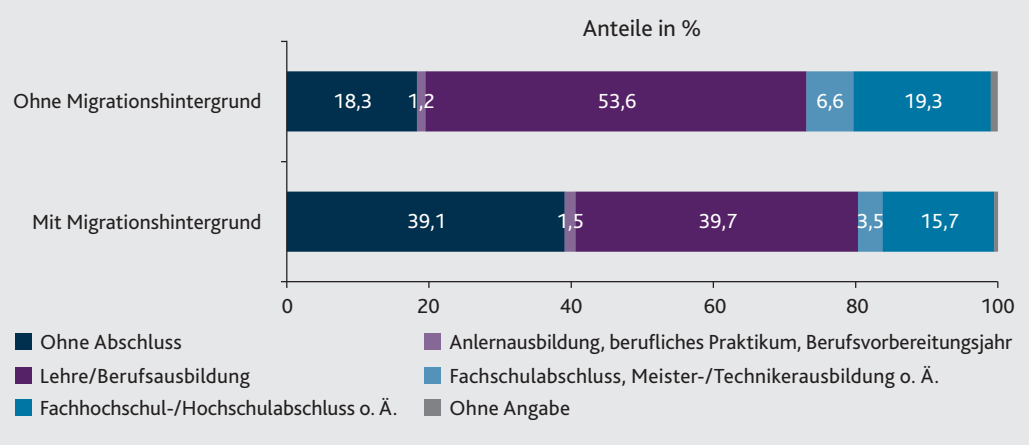
Nach den Ergebnissen des Mikrozensus können Menschen mit Migrationshintergrund weitaus seltener einen Berufsabschluss vorweisen als Menschen ohne Migrationshintergrund.[2]

Unterschiede bei höheren Abschlüssen geringer

Bei der Befragung 2015 gaben 39 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund an, keinen beruflichen Abschluss zu besitzen. Bei den Menschen ohne Migrationshintergrund betrug dieser Anteil 18 Prozent. Über eine Anlernausbildung, ein berufliches Praktikum oder ein Berufsvorbereitungsjahr berichteten 1,2 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund und 1,5 Prozent derjenigen mit Migrationshintergrund. Eine Lehre oder eine vergleichbare Berufsausbildung absolvierten 54 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund, bei den Menschen mit Migrationshintergrund waren es 40 Prozent. Auch der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die eine Meister- bzw. Technikerausbildung abschlossen oder einen Fachschulabschluss erworben haben (3,5 Prozent), ist deutlich niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund (6,6 Prozent). Bei den höheren Abschlüssen (Fachhochschul-/Hochschulabschluss bzw. Promotion) fallen die Unterschiede geringer

2 Betrachtet werden hier nur diejenigen, die einen Berufsabschluss besitzen können; d. h. die Bevölkerung ab 15 Jahren ohne Schüler, Studierende und Auszubildende.

**G 4** Bevölkerung 2015 nach Migrationshintergrund und höchstem beruflichen Abschluss




aus: rund 16 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und 19 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund besaßen einen solchen Abschluss. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die schulischen und beruflichen Abschlüsse von Menschen mit Migrationshintergrund teilweise bereits im Herkunftsland erworben wurden und damit auf dem deutschen Arbeitsmarkt tendenziell weniger gefragt sind.

## Menschen mit Migrationshintergrund seltener erwerbstätig

Von den gut vier Millionen Menschen, die im Jahr 2015 in Rheinland-Pfalz wohnten, waren 2,07 Millionen – also etwas mehr als die Hälfte – Erwerbspersonen. Davon waren nach den Ergebnissen des Mikrozensus rund zwei Millionen erwerbstätig und 76 000 erwerbslos.

Menschen mit Migrationshintergrund sind aufgrund der nach wie vor bestehenden Ungleichheit bei den erreichten Schul- und Ausbildungsabschlüssen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zum Teil deutlich benachteiligt. Eine höhere schulische Qualifikation sowie eine entsprechende berufliche Ausbildung verbessern die Chancen einer Anstellung. Geringqualifizierte stellen dagegen seit Längerem die Hauptproblemgruppe am Arbeitsmarkt in Deutschland dar. Vor dem Hintergrund des sinkenden Bedarfs an gering qualifizierten Arbeitskräften wird sich deren Situation tendenziell weiter verschlechtern. Weil sich unter den Geringqualifizierten überproportional viele Menschen mit Migrationshintergrund befinden, sind diese von der Entwicklung auch stärker betroffen.

Unterschiedliche Chancen am Arbeitsmarkt spiegeln sich in unterschiedlichen Erwerbslosenanteilen wider

Hinsichtlich der Beteiligung am Erwerbsleben gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund: Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren 2015 häufiger erwerbslos als Menschen ohne Migrationshintergrund (4,5 Prozent gegenüber 2,4 Prozent).

Auch der Anteil der Nichterwerbspersonen war bei den 15- bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund mit rund 30 Prozent deutlich höher als in der gleichen Altersgruppe ohne Migrationshintergrund (21 Prozent). Entsprechend lag die Erwerbstätigenquote der Menschen ohne Migrationshintergrund zwischen 15 und 65 Jahren in Rheinland-Pfalz im Jahr 2015 bei gut 76 Prozent und damit deutlich über der Erwerbstätigenquote der

**Erfassung des Erwerbsstatus nach dem Labour-Force-Konzept der ILO (International Labour Organization)**

Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO, das dem Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung zugrunde liegt, gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei Erwerbstätige und Erwerbslose zu den Erwerbspersonen zusammengefasst werden. Die Erwerbsquote misst den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe; die Erwerbstätigenquote misst entsprechend den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

**Erwerbstätige**
Erwerbstätige sind Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/-r bzw. als mithelfende/-r Familienangehörige/-r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben, weil sie z. B. Urlaub (auch Sonderurlaub) hatten oder sich in der Elternzeit befanden. Auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung" im Sinne der Sozialversicherungsregelungen gelten als erwerbstätig; ebenso Soldaten, Personen im freiwilligen Wehrdienst und im Bundesfreiwilligendienst (auch soziales Jahr).

**Erwerbslose**
Als erwerbslos gelten solche Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und z. Z. nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind sowie Schulentlassene, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos" ist unabhängig davon, ob jemand bei der Arbeitsverwaltung als Arbeitsloser oder als Arbeitsuchender gemeldet ist. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z. B. nicht berufstätige Ehepartner, gelten nicht als erwerbslos.

**Nichterwerbspersonen**
Nichterwerbspersonen sind Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

Menschen mit Migrationshintergrund gleichen Alters (66 Prozent).

## Erwerbstätige mit Migrationshintergrund häufiger als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig

Die soziale und wirtschaftliche Lage wird maßgeblich von der beruflichen Situation bestimmt, die wiederum in starkem Maße von der Qualifikation abhängig ist. Auch die Stellung im Beruf wird im Wesentlichen von der Qualifikation bestimmt. Dem Mikrozensus 2015 ist zu entnehmen, dass Menschen mit Migrationshintergrund tendenziell andere berufliche Positionen bekleiden als Personen ohne Migrationshintergrund.

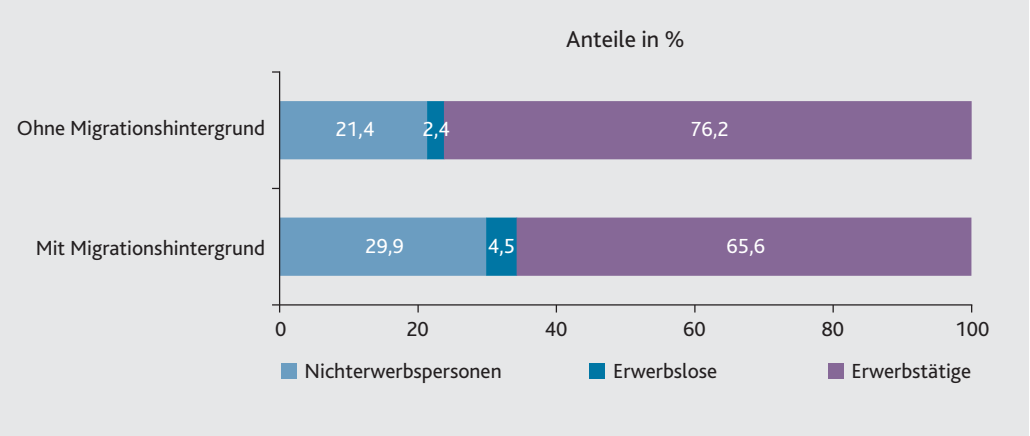
Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund oft als Angestellte tätig

Ein Großteil der rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren ohne Migrationshintergrund, nämlich gut 61 Prozent, arbeitete 2015 als Angestellte. Rund 18 Prozent waren als Arbeiterinnen und Arbeiter und 7,2 Prozent als Beamtinnen und Beamte tätig. Jede bzw. jeder Elfte dieser Bevölkerungsgruppe ging einer selbstständigen Tätigkeit nach, 0,4 Prozent waren mithelfende Familienangehörige. Erwerbstätige mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren gehörten dagegen deutlich häufiger zu den Arbeiterinnen oder Arbeitern (37 Prozent) als Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund. Der höhere Arbeiteranteil in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beruht hauptsächlich auf der geringeren Qualifikation, die ein Großteil der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund aufweist.

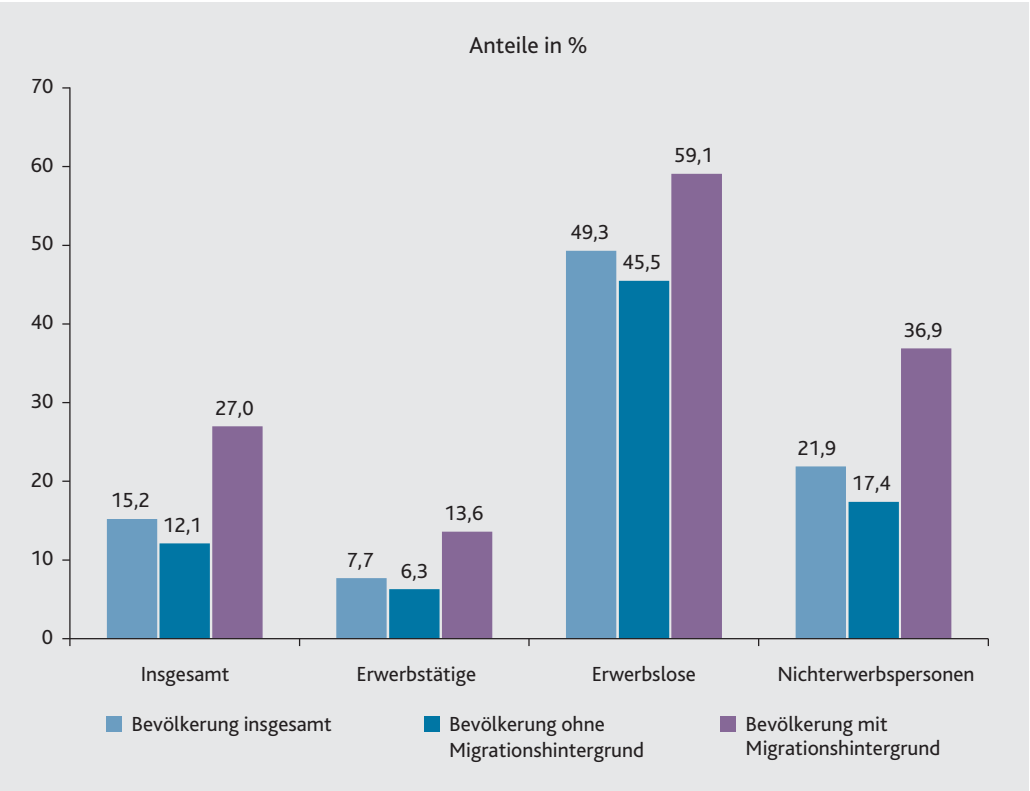
Vor allem Angestellte (48 Prozent) waren in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vergleichsweise seltener vertreten. Bei den Selbstständigen (acht Prozent) unterschieden sich die Anteilswerte hingegen kaum.

In geringerem Umfang waren Erwerbstätige mit Migrationshintergrund als Beamtinnen

**G 5** Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 2015 nach Migrationshintergrund und Beteiligung am Erwerbsleben




**G 6** Armutsgefährdungsquoten 2015 nach Migrationshintergrund und Erwerbsbeteiligung




und Beamte beschäftigt. Letzteres dürfte mit den gesetzlichen Zugangsbeschränkungen zu Beamtenpositionen zusammenhängen, für die in der Regel die deutsche oder zumindest eine EU-Staatsangehörigkeit gefordert ist.

## Armutsgefährdung

Das im Durchschnitt geringere berufliche Ausbildungsniveau der Menschen mit Migrationshintergrund führt nicht nur zu geringeren Arbeitsmarktchancen, es hat auch ein

geringeres Einkommen bzw. eine höhere Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zur Folge.

Mehr als jede bzw. jeder Vierte mit Migrationshintergrund gilt als armutsgefährdet

Im Ergebnis weisen Personen mit Migrationshintergrund ein höheres Armutsrisiko[3] auf. Mit einer Armutsgefährdungsquote von 27 Prozent lag der Wert mehr als doppelt so hoch wie bei den Personen ohne Migrationshintergrund (12,1 Prozent). Die Armutsgefährdungsquote der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung lag 2015 bei 15,2 Prozent.

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund waren deutlich häufiger als Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote von Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund lag 2015 bei rund 14 Prozent. Erwerbstätige ohne Migrationshintergrund wiesen demgegenüber eine Armutsgefährdungsquote von 6,3 Prozent auf. Von den Nichterwerbspersonen mit Migrationshintergrund galt sogar jeder Dritte als armutsgefährdet. Von den Nichterwerbspersonen ohne Migrationshintergrund traf dies hingegen nur auf jeden Sechsten zu. In besonderem Maße armutsgefährdet waren Erwerbslose, unabhängig davon, ob es sich um Erwerbslose mit oder ohne Migrationshintergrund handelt.

## Fazit

Migration und Integration sind für unsere Gesellschaft in hohem Maße bedeutsam. Im statistischen Vergleich wird deutlich, dass Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Qualifikation ungünstiger abschneiden und weniger Erfolg am Arbeitsmarkt haben. Dies wirkt sich offenbar auch auf die Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund aus. Sie sind deutlich stärker armutsgefährdet als die übrige Bevölkerung. Dies trifft auch dann zu, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Dr. Merle Hattenhauer ist Referentin im Referat „Auswertungen, Analysen“.

3 Gemäß EU-Konvention ist die Armutsgefährdungsquote definiert als Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der jeweiligen Bevölkerung beträgt.

# Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

| Bevölkerung | Einheit | 2014 | 2015 | | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Sept. | Okt. | Nov. | Aug. | Sept. | Okt. | Nov. |
| * Bevölkerung am Monatsende | 1 000 | 4 012 [1,2] | 4 053 [1,2] | 4 036 | 4 040 | 4 046 | ... | ... | ... | ... |
| darunter Ausländer[3] | 1 000 | 331 [1,2] | 383 [1,2] | 364 | 371 | 376 | ... | ... | ... | ... |
| **Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]** | | | | | | | | | | |
| * Eheschließungen[5] | Anzahl | 1 636 | 1 695 | 2 069 | 1 692 | 1 186 | ... | ... | ... | ... |
| * Lebendgeborene[6] | Anzahl | 2 786 | 2 912 | 3 269 | 3 008 | 2 918 | ... | ... | ... | ... |
| je 1 000 Einwohner und 1 Jahr | Anzahl | 8,4 | 8,7 | 9,9 | 8,8 | 8,8 | ... | ... | ... | ... |
| * Gestorbene (ohne Totgeborene)[7] | Anzahl | 3 693 | 3 898 | 3 549 | 3 444 | 3 716 | ... | ... | ... | ... |
| je 1 000 Einwohner und 1 Jahr | Anzahl | 11,1 | 11,6 | 10,7 | 10,0 | 11,2 | ... | ... | ... | ... |
| * darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7] | Anzahl | 8 | 10 | 12 | 21 | 6 | ... | ... | ... | ... |
| je 1 000 Lebendgeborene | Anzahl | 3,0 | 3,5 | 3,7 | 7,0 | 2,1 | ... | ... | ... | ... |
| * Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-) | Anzahl | - 907 | - 986 | - 280 | - 436 | - 798 | ... | ... | ... | ... |
| je 1 000 Einwohner und 1 Jahr | Anzahl | - 2,7 | - 2,9 | - 0,8 | - 1,3 | - 2,4 | ... | ... | ... | ... |
| **Wanderungen** | | | | | | | | | | |
| * Zuzüge über die Landesgrenze | Anzahl | 11 303 | 14 039 | 18 720 | 17 675 | 16 090 | ... | ... | ... | ... |
| * darunter aus dem Ausland | Anzahl | 5 428 | 8 106 | 11 298 | 10 015 | 10 204 | ... | ... | ... | ... |
| * Fortzüge über die Landesgrenze | Anzahl | 9 026 | 9 695 | 11 665 | 12 414 | 9 889 | ... | ... | ... | ... |
| * darunter in das Ausland | Anzahl | 3 141 | 3 637 | 4 077 | 3 917 | 3 981 | ... | ... | ... | ... |
| * Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-) | Anzahl | 2 277 | 4 344 | 7 055 | 5 261 | 6 201 | ... | ... | ... | ... |
| * Innerhalb des Landes Umgezogene[8] | Anzahl | 14 152 | 15 659 | 17 696 | 18 649 | 16 392 | ... | ... | ... | ... |

## Erwerbstätigkeit

| Beschäftigte[9,10,11] | Einheit | 2013 | 2014 | | 2015 | | | | 2016 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 30.06. | | 31.12. | 31.03. | 30.06. | 30.09. | 31.12. | 31.03. | 30.06. |
| * Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12] | 1 000 | 1 299 | 1 321 | 1 326 | 1 332 | 1 345 | 1 367 | 1 353 | 1 353 | 1 362 |
| * Frauen | 1 000 | 599 | 611 | 619 | 622 | 626 | 636 | 634 | 633 | 635 |

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

## noch: Erwerbstätigkeit

| Beschäftigte[1, 2, 3] | Einheit | 2013 | 2014 | | 2015 | | | | 2016 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 30.06. | | 31.12. | 31.03. | 30.06. | 30.09. | 31.12. | 31.03. | 30.06. |
| * Ausländer/-innen | 1 000 | 96 | 106 | 104 | 110 | 117 | 122 | 117 | 121 | 128 |
| * Teilzeitbeschäftigte | 1 000 | 341 | 353 | 359 | 365 | 373 | 377 | 378 | 379 | 385 |
| * darunter Frauen | 1 000 | 286 | 295 | 300 | 304 | 309 | 312 | 313 | 314 | 317 |
| davon nach Wirtschaftsbereichen[4] | | | | | | | | | | |
| * Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 1 000 | 13 | 13 | 10 | 12 | 13 | 14 | 11 | 12 | 13 |
| * produzierendes Gewerbe | 1 000 | 418 | 422 | 420 | 420 | 422 | 429 | 423 | 422 | 423 |
| * Handel, Verkehr und Gastgewerbe | 1 000 | 278 | 285 | 287 | 289 | 294 | 299 | 296 | 295 | 298 |
| * Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen | 1 000 | 204 | 206 | 207 | 209 | 213 | 216 | 213 | 213 | 215 |
| * Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen | 1 000 | 387 | 396 | 402 | 402 | 403 | 409 | 411 | 412 | 412 |

| Arbeitsmarkt[5] | Einheit | 2015 | 2016 | | | | | 2017 | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Jan. | Febr. | März | Dez. | Jan. | Febr. | März |
| * Arbeitslose | Anzahl | 112 882 | 111 436 | 121 103 | 120 261 | 117 300 | 108 362 | 118 496 | 117 804 | 112 775 |
| * Frauen | Anzahl | 52 144 | 50 458 | 53 877 | 53 315 | 52 350 | 48 409 | 51 655 | 51 175 | 49 825 |
| Männer | Anzahl | 60 737 | 60 978 | 67 226 | 66 946 | 64 950 | 59 952 | 66 840 | 66 628 | 62 949 |
| SGB III (Arbeitslosengeld I)[6] | Anzahl | 41 783 | 41 185 | 47 212 | 46 295 | 43 654 | 39 808 | 49 954 | 49 845 | 45 623 |
| SGB II (Arbeitslosengeld II)[7] | Anzahl | 71 098 | 70 250 | 73 891 | 73 966 | 73 646 | 68 554 | 68 542 | 67 959 | 67 152 |
| * Arbeitslosenquote[8] | % | 5,2 | 5,1 | 5,6 | 5,5 | 5,4 | 4,9 | 5,4 | 5,4 | 5,1 |
| * Frauen | % | 5,1 | 4,9 | 5,3 | 5,2 | 5,1 | 4,7 | 5,0 | 5,0 | 4,8 |
| * Männer | % | 5,3 | 5,3 | 5,8 | 5,8 | 5,6 | 5,2 | 5,8 | 5,7 | 5,4 |
| * Jüngere von 15–25 Jahren | % | 4,6 | 4,7 | 4,5 | 4,8 | 4,7 | 4,5 | 5,0 | 5,1 | 4,8 |
| Jüngere von 15–20 Jahren | % | 3,2 | 3,4 | 3,0 | 3,0 | 3,1 | 3,3 | 3,4 | 3,4 | 3,1 |
| Ältere von 50–65 Jahren | % | 5,3 | 5,1 | 5,7 | 5,7 | 5,5 | 4,8 | 5,2 | 5,2 | 5,0 |
| Ältere von 55–65 Jahren | % | 5,8 | 5,6 | 6,2 | 6,2 | 6,1 | 5,3 | 5,7 | 5,7 | 5,5 |
| * Ausländer/-innen | % | 12,4 | 13,4 | 14,3 | 14,2 | 14,0 | 14,4 | 15,8 | 15,8 | 15,2 |
| Deutsche | % | 4,6 | 4,3 | 4,8 | 4,8 | 4,6 | 4,0 | 4,4 | 4,4 | 4,2 |
| * Kurzarbeiter/-innen | Anzahl | 2 505 | ... | 4 098 | 4 660 | 4 421 | ... | ... | ... | ... |
| * Gemeldete Arbeitsstellen[9] | Anzahl | 27 760 | 32 997 | 29 218 | 30 783 | 32 075 | 32 849 | 33 012 | 34 934 | 35 920 |

## Soziales

| Leistungsbezug nach SGB II[10] | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | | 2017 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Nov. | Dez. | Jan. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. |
| * Personen in Bedarfsgemeinschaften | Anzahl | 228 053 | 231 358 | 228 447 | 229 729 | 231 540 | 237 764 | 239 904 | 242 710 | ... |
| * darunter Frauen | Anzahl | 116 813 | 117 667 | 115 987 | 116 288 | 116 848 | 118 120 | 118 703 | 119 827 | ... |
| davon | | | | | | | | | | |
| * erwerbsfähige Leistungs-berechtigte | Anzahl | 155 157 | 157 260 | 154 329 | 155 290 | 156 830 | 161 969 | 163 454 | 165 254 | ... |
| * nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte | Anzahl | 59 027 | 60 383 | 60 165 | 60 459 | 60 411 | 63 324 | 64 027 | 65 065 | ... |
| * darunter unter 15 Jahren | Anzahl | 56 583 | 58 286 | 58 095 | 58 403 | 58 374 | 61 315 | 62 032 | 63 051 | ... |

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 10 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

## Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

| Baugenehmigungen für Wohngebäude | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | | 2017 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Nov. | Dez. | Jan. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. |
| * Wohngebäude (Neubau) insgesamt | Anzahl | 519 | 547 | 440 | 594 | 686 | 551 | 460 | 526 | 455 |
| * mit 1 oder 2 Wohnungen | Anzahl | 473 | 493 | 381 | 536 | 614 | 476 | 397 | 455 | 403 |
| davon | | | | | | | | | | |
| öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck | Anzahl | 3 | 4 | 4 | 6 | 6 | 3 | 1 | 1 | 2 |
| Unternehmen | Anzahl | 74 | 64 | 54 | 95 | 111 | 108 | 53 | 92 | 78 |
| private Haushalte | Anzahl | 442 | 479 | 382 | 493 | 569 | 440 | 406 | 433 | 375 |
| Wohnungen in Wohngebäuden | Anzahl | 934 | 1 025 | 1 076 | 1 080 | 1 465 | 1 413 | 1 155 | 1 001 | 860 |
| * Umbauter Raum | 1 000 $m^3$ | 594 | 652 | 611 | 683 | 929 | 739 | 679 | 621 | 532 |
| * Wohnfläche | 1 000 $m^2$ | 112 | 121 | 111 | 129 | 170 | 142 | 126 | 1 170 | 98 |
| Wohnräume | Anzahl | 4 424 | 4 881 | 4 628 | 5 150 | 7 361 | 5 655 | 4 942 | 4 709 | 3 862 |
| * Veranschlagte Kosten der Bauwerke | Mill. EUR | 172 | 195 | 186 | 205 | 273 | 221 | 207 | 190 | 164 |

| Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| * Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt | Anzahl | 123 | 125 | 130 | 105 | 90 | 134 | 144 | 145 | 120 |
| davon | | | | | | | | | | |
| öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck | Anzahl | 11 | 10 | 14 | 5 | 10 | 13 | 13 | 23 | 19 |
| Unternehmen | Anzahl | 86 | 94 | 82 | 78 | 57 | 84 | 86 | 89 | 69 |
| private Haushalte | Anzahl | 26 | 21 | 34 | 22 | 23 | 37 | 45 | 33 | 32 |
| Wohnungen in Nichtwohngebäuden | Anzahl | 15 | 10 | 8 | 11 | 4 | 8 | 9 | 27 | 5 |
| * Umbauter Raum | 1 000 $m^3$ | 797 | 941 | 1 083 | 2 201 | 589 | 568 | 644 | 961 | 538 |
| * Nutzfläche | 1 000 $m^2$ | 105 | 111 | 112 | 213 | 81 | 98 | 95 | 134 | 87 |
| * Veranschlagte Kosten der Bauwerke | Mill. EUR | 90 | 81 | 70 | 64 | 94 | 98 | 101 | 132 | 74 |

| Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude) | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| * Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden) | Anzahl | 1 128 | 1 221 | 1 377 | 1 472 | 1 708 | 1 645 | 1 355 | 1 205 | 1 064 |
| * Wohnräume (einschließlich Küchen) | Anzahl | 5 321 | 5 674 | 5 672 | 6 409 | 8 140 | 6 599 | 5 649 | 5 465 | 4 590 |

## Landwirtschaft

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | | 2017 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Nov. | Dez. | Jan. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. |
| * Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1] | t | 11 228 | 11 523 | 12 042 | 11 402 | 11 639 | 12 324 | 12 470 | 11 978 | 10 943 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| * Rinder insgesamt | t | 1 944 | 1 983 | 2 481 | 2 114 | 1 961 | 2 153 | 2 530 | 2 062 | 1 861 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| * Kälber | t | 7 | 7 | 9 | 18 | 7 | 8 | 9 | 15 | 3 |
| * Jungrinder | t | 7 | 10 | 14 | 8 | 5 | 11 | 20 | 16 | 13 |
| * Schweine | t | 9 234 | 9 491 | 9 498 | 9 226 | 9 642 | 10 116 | 9 888 | 9 856 | 9 046 |
| * Eiererzeugung[2] | 1 000 | 15 097 | 15 747 | 15 862 | 17 702 | 17 565 | 15 292 | 13 623 | 16 152 | 17 346 |

## Produzierendes Gewerbe

### Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

| | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| * Betriebe | Anzahl | 982 | 1 009 | 1 008 | 1 007 | 989 | 1 004 | 1 002 | 1 002 | 988 |
| * Beschäftigte[4] | Anzahl | 251 312 | 255 724 | 254 400 | 253 333 | 252 081 | 253 807 | 253 781 | 253 160 | 251 789 |
| * Geleistete Arbeitsstunden | 1 000 h | 32 012 | 32 274 | 33 976 | 29 441 | 31 885 | 31 129 | 33 717 | 29 562 | 33 111 |
| * Entgelte | Mill. EUR | 1 029 | 1 065 | 1 382 | 1 011 | 996 | 1 001 | 1 410 | 1 064 | 993 |
| * Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | Mill. EUR | 7 107 | 7 221 | 7 258 | 7 010 | 6 356 | 7 023 | 7 386 | 6 946 | 7 090 |
| davon | | | | | | | | | | |
| Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5] | Mill. EUR | 4 006 | 3 900 | 3 825 | 3 299 | 3 627 | 3 738 | 3 925 | 3 379 | 4 099 |
| Investitionsgüterproduzenten | Mill. EUR | 1 846 | 2 028 | 2 087 | 2 350 | 1 524 | 2 020 | 2 170 | 2 212 | 1 719 |
| Gebrauchsgüterproduzenten | Mill. EUR | 83 | 87 | 100 | 87 | 80 | 109 | 109 | 102 | 80 |
| Verbrauchsgüterproduzenten | Mill. EUR | 1 172 | 1 206 | 1 247 | 1 273 | 1 124 | 1 156 | 1 182 | 1 253 | 1 192 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| Herstellung von chemischen Erzeugnissen | Mill. EUR | 2 386 | 2 269 | 2 158 | 1 951 | 2 111 | 2 054 | 2 144 | 1 906 | 2 411 |
| Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen | Mill. EUR | 931 | 1 037 | 1 102 | 1 222 | 719 | 1 135 | 1 158 | 1 144 | 722 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| * Auslandsumsatz | Mill. EUR | 3 918 | 4 047 | 3 984 | 3 889 | 3 598 | 3 834 | 4 036 | 3 760 | 4 008 |
| Exportquote[6] | % | 55,1 | 56,0 | 54,9 | 55,5 | 56,6 | 54,6 | 54,6 | 54,1 | 56,5 |
| Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex) | 2010=100 | 101,6 | 107,8 | 109,0 | 106,2 | 113,4 | 105,2 | 114,0 | 113,1 | 120,7 |
| davon | | | | | | | | | | |
| Vorleistungsgüterproduzenten | 2010=100 | 98,2 | 96,9 | 97,1 | 83,9 | 102,6 | 95,6 | 98,8 | 92,0 | 110,0 |
| Investitionsgüterproduzenten | 2010=100 | 111,9 | 119,6 | 119,7 | 127,6 | 116,6 | 115,5 | 133,8 | 137,7 | 126,9 |

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

## noch: Produzierendes Gewerbe

| Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1] | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | | 2017 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Nov. | Dez. | Jan. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. |
| Gebrauchsgüterproduzenten | 2010=100 | 58,6 | 56,2 | 52,4 | 41,9 | 118,7 | 62,3 | 63,1 | 66,4 | 143,7 |
| Verbrauchsgüterproduzenten | 2010=100 | 85,3 | 126,4 | 138,3 | 149,3 | 157,0 | 121,6 | 123,6 | 134,6 | 149,8 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| Herstellung von chemischen Erzeugnissen | 2010=100 | 98,2 | 96,1 | 94,7 | 79,4 | 100,4 | 93,5 | 92,1 | 88,4 | 109,7 |
| Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen | 2010=100 | 114,0 | 121,6 | 113,5 | 130,1 | 106,3 | 110,7 | 133,5 | 141,0 | 108,7 |
| **Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]** | | | | | | | | | | |
| * Betriebe[3] | Anzahl | 174 | 180 | 179 | 178 | 182 | 177 | 176 | 174 | 173 |
| * Beschäftigte[3,4] | Anzahl | 9 764 | 9 509 | 9 490 | 9 467 | 9 418 | 9 458 | 9 423 | 9 397 | 9 399 |
| * Geleistete Arbeitsstunden[3] | 1 000 h | 1 190 | 1 166 | 1 235 | 1 049 | 1 167 | 1 091 | 1 223 | 1 065 | 1 203 |
| * Entgelte[3] | Mill. EUR | 42 | 42 | 57 | 39 | 38 | 49 | 57 | 39 | 39 |
| Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5] | | | | | | | | | | |
| * Bruttostromerzeugung | Mill. kWh | 321 | 271 | 318 | 362 | 420 | 367 | 434 | 260 | 489 |
| Nettostromerzeugung | Mill. kWh | 307 | 257 | 304 | 347 | 405 | 353 | 420 | 246 | 469 |
| **Baugewerbe** | | | | | | | | | | |
| **Bauhauptgewerbe[6]** | | | | | | | | | | |
| * Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) | Anzahl | 18 875 | 18 579 | 19 064 | 18 875 | 18 559 | 19 388 | 19 316 | 19 171 | 19 301 |
| * Geleistete Arbeitsstunden | 1 000 h | 1 969 | 1 906 | 2 127 | 1 592 | 1 195 | 2 065 | 2 156 | 1 616 | 1 028 |
| davon | | | | | | | | | | |
| * Wohnungsbau | 1 000 h | 319 | 310 | 336 | 271 | 232 | 331 | 350 | 273 | 214 |
| * gewerblicher Bau[7] | 1 000 h | 642 | 649 | 710 | 550 | 466 | 657 | 688 | 549 | 397 |
| * öffentlicher und Straßenbau | 1 000 h | 1 008 | 974 | 1 082 | 771 | 497 | 1 078 | 1 117 | 794 | 417 |
| darunter Straßenbau | 1 000 h | 544 | 500 | 573 | 405 | 218 | 607 | 612 | 422 | 199 |
| * Entgelte | Mill. EUR | 58 | 59 | 74 | 66 | 50 | 62 | 78 | 62 | 51 |

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

## noch: Baugewerbe

### Bauhauptgewerbe[1]

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | | 2017 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Nov. | Dez. | Jan. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. |
| * Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | Mill. EUR | 254 | 247 | 321 | 322 | 125 | 289 | 325 | 340 | 128 |
| davon | | | | | | | | | | |
| * Wohnungsbau | Mill. EUR | 40 | 39 | 45 | 50 | 23 | 41 | 57 | 57 | 28 |
| * gewerblicher Bau[2] | Mill. EUR | 87 | 88 | 124 | 109 | 47 | 100 | 105 | 111 | 48 |
| * öffentlicher und Straßenbau | Mill. EUR | 127 | 119 | 151 | 162 | 56 | 148 | 163 | 172 | 52 |
| darunter Straßenbau | Mill. EUR | 66 | 60 | 81 | 84 | 23 | 80 | 89 | 95 | 24 |

### Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. | 1. Q. | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. |
| Betriebe[4] | Anzahl | 412 | 425 | 426 | 425 | 424 | 423 | 423 | 420 | 419 |
| * Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4] | Anzahl | 15 644 | 16 006 | 15 920 | 16 182 | 16 013 | 15 902 | 15 920 | 16 231 | 16 152 |
| * Geleistete Arbeitsstunden | 1 000 h | 4 937 | 5 020 | 4 905 | 5 136 | 5 152 | 4 854 | 5 036 | 5 116 | 5 020 |
| * Entgelte | Mill. EUR | 120 | 126 | 125 | 126 | 134 | 120 | 127 | 127 | 138 |
| * Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) | Mill. EUR | 425 | 440 | 425 | 431 | 553 | 357 | 428 | 451 | 593 |

## Handel[5]

### Großhandel[P, 6]

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | | 2017 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Nov. | Dez. | Jan. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. |
| * Beschäftigte | 2010=100 | 106,6 | 108,6 | 109,1 | 108,3 | 108,4 | 108,7 | 108,7 | 108,1 | 106,4 |
| darunter Teilzeitbeschäftigte | 2010=100 | 118,4 | 122,2 | 122,1 | 121,6 | 120,8 | 117,8 | 117,6 | 117,6 | 115,9 |
| * Umsatz nominal[7] | 2010=100 | 93,2 | 93,6 | 95,8 | 93,7 | 80,4 | 109,5 | 93,1 | 90,4 | 80,7 |
| * Umsatz real[7] | 2010=100 | 87,0 | 87,7 | 90,5 | 88,7 | 76,0 | 102,2 | 86,6 | 83,6 | 74,4 |

### Einzelhandel[P, 8]

| | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| * Beschäftigte | 2010=100 | 104,7 | 106,4 | 108,5 | 109,2 | 107,4 | 107,9 | 108,8 | 109,5 | 108,1 |
| darunter Teilzeitbeschäftigte | 2010=100 | 105,7 | 108,0 | 110,4 | 111,3 | 109,1 | 109,6 | 110,7 | 111,9 | 109,8 |
| * Umsatz nominal[7] | 2010=100 | 102,3 | 104,2 | 105,7 | 120,5 | 95,0 | 110,2 | 109,3 | 123,9 | 98,4 |
| * Umsatz real[7] | 2010=100 | 97,3 | 99,1 | 100,2 | 115,4 | 91,3 | 103,6 | 102,7 | 116,8 | 92,6 |

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

## noch: Handel[1]

### Kfz-Handel[P, 2]

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | | 2017 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Nov. | Dez. | Jan. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. |
| * Beschäftigte | 2010=100 | 104,3 | 105,5 | 107,6 | 107,3 | 106,3 | 109,3 | 110,0 | 109,4 | 108,7 |
| darunter Teilzeitbeschäftigte | 2010=100 | 118,2 | 121,1 | 123,2 | 123,0 | 122,2 | 124,7 | 126,1 | 125,5 | 125,4 |
| * Umsatz nominal[3] | 2010=100 | 98,1 | 106,1 | 114,1 | 98,0 | 89,7 | 119,1 | 120,4 | 105,3 | 94,1 |
| * Umsatz real[3] | 2010=100 | 95,4 | 102,3 | 109,9 | 94,5 | 86,3 | 113,5 | 114,5 | 100,2 | 89,6 |

### Gastgewerbe[P]

| | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| * Beschäftigte | 2010=100 | 102,0 | 103,4 | 101,8 | 100,9 | 92,6 | 106,2 | 103,0 | 102,4 | 96,3 |
| darunter Teilzeitbeschäftigte | 2010=100 | 103,7 | 106,4 | 103,7 | 103,1 | 95,7 | 110,8 | 108,1 | 107,7 | 101,3 |
| * Umsatz nominal[3] | 2010=100 | 80,7 | 80,9 | 72,5 | 81,0 | 58,4 | 95,1 | 73,9 | 81,4 | 61,7 |
| * Umsatz real[3] | 2010=100 | 74,5 | 73,0 | 65,1 | 72,6 | 52,2 | 83,6 | 64,9 | 71,6 | 54,1 |

### Tourismus[4]

| | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| * Gästeankünfte | 1 000 | 684 | 708 | 541 | 450 | 344 | 905 | 537 | 464 | 365 |
| * darunter von Auslandsgästen | 1 000 | 154 | 157 | 93 | 92 | 53 | 163 | 89 | 86 | 62 |
| * Gästeübernachtungen | 1 000 | 1 762 | 1 813 | 1 246 | 1 138 | 908 | 2 300 | 1 213 | 1 122 | 914 |
| * darunter von Auslandsgästen | 1 000 | 439 | 447 | 234 | 249 | 135 | 437 | 223 | 219 | 157 |

## Verkehr

### Straßenverkehrsunfälle

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Okt. | Nov. | Dez. | Sept. | Okt. | Nov. | Dez. |
| * Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5] | Anzahl | 1 770 | 1 772 | 1 811 | 1 958 | 1 738 | 1 960 | 2 024 | 1 867 | 1 750 |
| * darunter Unfälle mit Personenschaden | Anzahl | 1 232 | 1 135 | 1 229 | 1 288 | 1 162 | 1 515 | 1 364 | 1 235 | 1 100 |
| * Getötete Personen | Anzahl | 15 | 16 | 17 | 18 | 8 | 18 | 16 | 14 | 17 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| Pkw-Insassen | Anzahl | 7 | 8 | 7 | 6 | 5 | 7 | 10 | 10 | 11 |
| Benutzer motorisierter Zweiräder | Anzahl | 4 | 4 | 7 | 5 | - | 4 | 1 | 3 | - |
| Radfahrer | Anzahl | 4 | 3 | 1 | - | 2 | 3 | 1 | - | 3 |
| Fußgänger | Anzahl | 2 | 1 | 1 | 4 | - | 3 | 3 | 1 | 2 |
| * Verletzte Personen | Anzahl | 1 593 | 1 460 | 1 616 | 1 646 | 1 574 | 1 883 | 1 826 | 1 603 | 1 499 |

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwer- wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

## noch: Verkehr

### Straßenverkehrsunfälle

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | Okt. | Nov. | Dez. | Sept. | Okt. | Nov. | Dez. |
| schwer verletzte Personen | Anzahl | 305 | 274 | 311 | 283 | 226 | 353 | 312 | 289 | 235 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| Pkw-Insassen | Anzahl | 134 | 126 | 157 | 158 | 126 | 116 | 167 | 166 | 168 |
| Benutzer motorisierter Zweiräder | Anzahl | 77 | 70 | 66 | 33 | 19 | 117 | 64 | 40 | 14 |
| Radfahrer | Anzahl | 48 | 41 | 44 | 39 | 27 | 78 | 48 | 19 | 11 |
| Fußgänger | Anzahl | 29 | 25 | 34 | 49 | 43 | 23 | 19 | 47 | 29 |

### Kraftfahrzeuge[1]

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | | 2017 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | Nov. | Dez. | Jan. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. |
| * Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge | Anzahl | 11 953 | 12 896 | 12 382 | 10 869 | 10 364 | 12 162 | 12 487 | 12 450 | 10 861 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| Krafträder | Anzahl | 613 | 680 | 188 | 238 | 224 | 453 | 297 | 811 | 103 |
| * Personenkraftwagen[2] | Anzahl | 10 050 | 10 853 | 10 744 | 9 241 | 8 978 | 10 508 | 10 692 | 10 242 | 9 433 |
| * Lastkraftwagen | Anzahl | 878 | 924 | 1 027 | 943 | 833 | 887 | 1 101 | 986 | 939 |
| Zugmaschinen | Anzahl | 328 | 345 | 300 | 325 | 278 | 275 | 300 | 273 | 277 |

### Personenbeförderung

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. | 1. Q. | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. |
| Beförderte Personen im Linienverkehr | 1 000 | 54 611 | 53 397 | 56 127 | 45 499 | 55 378 | 61 451 | 61 933 | 50 880 | 65 441 |
| Personenkilometer[3] | Mill. | 510 | 494 | 528 | 427 | 509 | 630 | 646 | 543 | 665 |

### Binnenschifffahrt

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | Okt. | Nov. | Dez. | Sept. | Okt. | Nov. | Dez. |
| * Güterempfang | 1 000 t | 1 065 | 1 007 | 913 | 805 | 975 | 926 | 784 | 867 | 775 |
| * Güterversand | 1 000 t | 813 | 777 | 709 | 719 | 738 | 759 | 638 | 781 | 606 |

## Außenhandel[4]

### Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

| | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| * Insgesamt | Mill. EUR | 4 010 | 4 277 | 4 207 | 4 114 | 3 998 | 4 751 | 4 222 | 4 407 | 3 970 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| * Güter der Ernährungswirtschaft | Mill. EUR | 291 | 311 | 316 | 316 | 266 | 332 | 307 | 330 | 288 |
| * Güter der gewerblichen Wirtschaft | Mill. EUR | 3 677 | 3 910 | 3 825 | 3 728 | 3 677 | 4 319 | 3 813 | 3 961 | 3 562 |

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwa-gen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

## noch: Außenhandel[1]

### Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Okt. | Nov. | Dez. | Sept. | Okt. | Nov. | Dez. |
| * Rohstoffe | Mill. EUR | 24 | 22 | 22 | 20 | 20 | 24 | 23 | 19 | 18 |
| * Halbwaren | Mill. EUR | 159 | 151 | 135 | 135 | 121 | 150 | 137 | 138 | 119 |
| * Fertigwaren | Mill. EUR | 3 494 | 3 738 | 3 668 | 3 574 | 3 537 | 4 146 | 3 654 | 3 804 | 3 425 |
| * Vorerzeugnisse | Mill. EUR | 931 | 947 | 955 | 778 | 774 | 991 | 927 | 956 | 817 |
| * Enderzeugnisse | Mill. EUR | 2 563 | 2 790 | 2 714 | 2 796 | 2 763 | 3 155 | 2 726 | 2 848 | 2 608 |
| davon nach | | | | | | | | | | |
| * Europa | Mill. EUR | 2 731 | 2 932 | 2 943 | 2 895 | 2 700 | 3 362 | 2 996 | 3 074 | 2 611 |
| * darunter in EU-Länder | Mill. EUR | 2 399 | 2 610 | 2 629 | 2 591 | 2 464 | 3 028 | 2 692 | 2 736 | 2 341 |
| Belgien | Mill. EUR | 198 | 199 | 202 | 181 | 184 | 211 | 207 | 203 | 168 |
| Luxemburg | Mill. EUR | 54 | 54 | 53 | 50 | 48 | 54 | 55 | 56 | 49 |
| Dänemark | Mill. EUR | 37 | 39 | 36 | 37 | 38 | 50 | 47 | 47 | 36 |
| Finnland | Mill. EUR | 30 | 33 | 30 | 26 | 27 | 34 | 31 | 28 | 29 |
| Frankreich | Mill. EUR | 422 | 424 | 436 | 421 | 437 | 494 | 424 | 451 | 391 |
| Griechenland | Mill. EUR | 33 | 27 | 25 | 24 | 23 | 40 | 21 | 38 | 24 |
| Großbritannien | Mill. EUR | 279 | 287 | 284 | 308 | 287 | 323 | 296 | 304 | 252 |
| Irland | Mill. EUR | 14 | 20 | 23 | 19 | 21 | 22 | 19 | 20 | 19 |
| Italien | Mill. EUR | 224 | 247 | 220 | 292 | 209 | 268 | 258 | 258 | 211 |
| Niederlande | Mill. EUR | 222 | 303 | 282 | 268 | 255 | 414 | 283 | 284 | 263 |
| Österreich | Mill. EUR | 155 | 163 | 175 | 170 | 138 | 185 | 158 | 163 | 133 |
| Schweden | Mill. EUR | 70 | 74 | 75 | 73 | 71 | 88 | 82 | 81 | 68 |
| Spanien | Mill. EUR | 194 | 206 | 199 | 195 | 202 | 240 | 216 | 234 | 201 |
| Portugal | Mill. EUR | 32 | 31 | 30 | 33 | 26 | 44 | 39 | 47 | 36 |
| * Afrika | Mill. EUR | 105 | 127 | 115 | 127 | 141 | 150 | 103 | 150 | 124 |
| * Amerika | Mill. EUR | 553 | 584 | 582 | 471 | 563 | 589 | 515 | 545 | 588 |
| darunter nach USA | Mill. EUR | 386 | 414 | 415 | 325 | 430 | 401 | 340 | 367 | 415 |
| * Asien | Mill. EUR | 591 | 601 | 538 | 590 | 562 | 614 | 564 | 602 | 610 |
| darunter nach China | Mill. EUR | 162 | 148 | 120 | 142 | 122 | 144 | 126 | 129 | 143 |
| * Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten | Mill. EUR | 31 | 31 | 29 | 31 | 31 | 36 | 43 | 35 | 36 |

### Einfuhr (Generalhandel)[2]

| | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| * Insgesamt | Mill. EUR | 2 666 | 2 851 | 3 003 | 3 166 | 2 644 | 2 971 | 2 868 | 3 005 | 3 054 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| * Güter der Ernährungswirtschaft | Mill. EUR | 270 | 277 | 262 | 308 | 279 | 265 | 226 | 251 | 229 |
| * Güter der gewerblichen Wirtschaft | Mill. EUR | 2 281 | 2 436 | 2 458 | 2 702 | 2 240 | 2 510 | 2 442 | 2 525 | 2 587 |
| davon | | | | | | | | | | |
| * Rohstoffe | Mill. EUR | 41 | 39 | 35 | 39 | 34 | 31 | 36 | 41 | 32 |
| * Halbwaren | Mill. EUR | 293 | 255 | 225 | 204 | 209 | 206 | 233 | 228 | 209 |
| * Fertigwaren | Mill. EUR | 1 947 | 2 142 | 2 198 | 2 458 | 1 996 | 2 273 | 2 173 | 2 255 | 2 346 |

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

## noch: Außenhandel[1]

### Einfuhr (Generalhandel)[2]

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Okt. | Nov. | Dez. | Sept. | Okt. | Nov. | Dez. |
| davon | | | | | | | | | | |
| * Vorerzeugnisse | Mill. EUR | 550 | 558 | 560 | 532 | 416 | 534 | 483 | 510 | 455 |
| * Enderzeugnisse | Mill. EUR | 1 397 | 1 585 | 1 638 | 1 926 | 1 580 | 1 739 | 1 690 | 1 746 | 1 891 |
| * davon aus | | | | | | | | | | |
| * Europa | Mill. EUR | 1 983 | 2 087 | 2 175 | 2 099 | 1 981 | 2 228 | 2 140 | 2 304 | 2 361 |
| * darunter aus EU-Ländern | Mill. EUR | 1 726 | 1 867 | 1 974 | 1 928 | 1 800 | 2 009 | 1 937 | 2 091 | 2 169 |
| Belgien | Mill. EUR | 290 | 271 | 279 | 285 | 237 | 253 | 263 | 259 | 237 |
| Luxemburg | Mill. EUR | 45 | 47 | 50 | 49 | 41 | 52 | 49 | 57 | 53 |
| Dänemark | Mill. EUR | 19 | 22 | 25 | 20 | 32 | 23 | 20 | 18 | 21 |
| Finnland | Mill. EUR | 8 | 12 | 14 | 13 | 13 | 13 | 13 | 14 | 12 |
| Frankreich | Mill. EUR | 244 | 243 | 292 | 263 | 259 | 256 | 247 | 258 | 235 |
| Griechenland | Mill. EUR | 8 | 7 | 8 | 6 | 7 | 11 | 8 | 9 | 8 |
| Großbritannien | Mill. EUR | 111 | 105 | 113 | 113 | 93 | 97 | 94 | 110 | 92 |
| Irland | Mill. EUR | 25 | 99 | 68 | 90 | 179 | 109 | 115 | 131 | 201 |
| Italien | Mill. EUR | 163 | 166 | 183 | 169 | 137 | 179 | 175 | 186 | 174 |
| Niederlande | Mill. EUR | 260 | 296 | 291 | 259 | 249 | 322 | 313 | 325 | 286 |
| Österreich | Mill. EUR | 86 | 103 | 121 | 138 | 124 | 126 | 128 | 139 | 115 |
| Schweden | Mill. EUR | 43 | 48 | 47 | 44 | 43 | 60 | 39 | 64 | 49 |
| Spanien | Mill. EUR | 105 | 104 | 112 | 112 | 96 | 128 | 101 | 123 | 356 |
| Portugal | Mill. EUR | 15 | 16 | 17 | 15 | 15 | 18 | 17 | 20 | 19 |
| * Afrika | Mill. EUR | 51 | 41 | 30 | 32 | 33 | 46 | 46 | 55 | 53 |
| * Amerika | Mill. EUR | 243 | 313 | 393 | 638 | 262 | 283 | 249 | 237 | 265 |
| darunter aus USA | Mill. EUR | 173 | 239 | 319 | 550 | 200 | 207 | 198 | 177 | 218 |
| * Asien | Mill. EUR | 385 | 405 | 402 | 393 | 363 | 406 | 428 | 403 | 371 |
| darunter aus China | Mill. EUR | 164 | 182 | 175 | 199 | 165 | 178 | 178 | 169 | 184 |
| * Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten | Mill. EUR | 4 | 5 | 4 | 4 | 5 | 7 | 5 | 6 | 5 |

## Gewerbeanzeigen[3]

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | | 2017 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Nov. | Dez. | Jan. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. |
| * Gewerbeanmeldungen | Anzahl | 2 929 | 2 915 | 2 622 | 2 475 | 3 205 | 2 423 | 2 441 | 2 512 | 3 267 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| Betriebsgründungen | Anzahl | 466 | 475 | 424 | 458 | 505 | 390 | 376 | 438 | 523 |
| sonstige Neugründungen | Anzahl | 1 920 | 1 900 | 1 742 | 1 480 | 2 068 | 1 579 | 1 525 | 1 484 | 2 066 |
| * Gewerbeabmeldungen | Anzahl | 2 879 | 2 881 | 2 748 | 3 875 | 3 283 | 2 490 | 2 590 | 3 884 | 3 312 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| Betriebsaufgaben | Anzahl | 414 | 421 | 371 | 586 | 517 | 329 | 347 | 518 | 492 |
| sonstige Stilllegungen | Anzahl | 1 961 | 1 973 | 1 934 | 2 750 | 2 153 | 1 722 | 1 762 | 2 792 | 2 146 |

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

## Insolvenzen

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | | 2017 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Nov. | Dez. | Jan. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. |
| * Insgesamt | Anzahl | 524 | 477 | 508 | 453 | 402 | 437 | 467 | 476 | 426 |
| davon | | | | | | | | | | |
| * Unternehmen | Anzahl | 81 | 75 | 62 | 68 | 36 | 73 | 69 | 76 | 48 |
| * Verbraucher | Anzahl | 320 | 282 | 326 | 272 | 244 | 267 | 278 | 276 | 253 |
| * ehemals selbstständig Tätige | Anzahl | 105 | 103 | 101 | 100 | 91 | 83 | 106 | 110 | 105 |
| * sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe | Anzahl | 19 | 17 | 19 | 13 | 31 | 14 | 14 | 14 | 20 |
| * Voraussichtliche Forderungen | Mill. EUR | 96 | 88 | 63 | 102 | 43 | 61 | 65 | 120 | 63 |

## Handwerk[2]

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. | 1. Q. | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. |
| * Beschäftigte[3] | 2009=100[4] | 98,6 | 98,6 | 98,2 | 100,1 | 98,5 | 97,9 | 98,1 | 99,6 | 98,7 |
| * Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5] | 2009=100[6] | 101,4 | 103,8 | 103,1 | 107,5 | 118,9 | 89,8 | 109,8 | 109,9 | 117,0 |

## Preise

| | Einheit | 2015 | 2016 | | | | 2017 | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Jan. | Febr. | März | Dez. | Jan. | Febr. | März |
| * Verbraucherpreisindex (Gesamtindex) | 2010=100 | 107,0 | 107,6 | 106,3 | 106,7 | 107,5 | 109,0 | 108,4 | 109,0 | 108,9 |
| * Nettokaltmieten (Teilindex) | 2010=100 | 106,3 | 107,6 | 107,1 | 107,2 | 107,3 | 108,3 | 108,5 | 108,5 | 108,6 |

## Verdienste[7]

| | Einheit | 2015 | 2016 | 2015 | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. | 1. Q. | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. |
| * Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich | EUR | 3 907 | 3 996 | 3 576 | 3 576 | 3 612 | 3 604 | 3 640 | 3 669 | 3 704 |
| * Frauen | EUR | 3 372 | 3 469 | 3 122 | 3 131 | 3 154 | 3 190 | 3 198 | 3 222 | 3 247 |
| * Männer | EUR | 4 121 | 4 207 | 3 756 | 3 755 | 3 796 | 3 768 | 3 816 | 3 849 | 3 889 |
| * Leistungsgruppe 1[10] | EUR | 7 434 | 7 483 | 6 531 | 6 566 | 6 636 | 6 511 | 6 572 | 6 646 | 6 733 |
| * Leistungsgruppe 2[10] | EUR | 4 506 | 4 580 | 4 156 | 4 181 | 4 209 | 4 169 | 4 199 | 4 232 | 4 266 |
| * Leistungsgruppe 3[10] | EUR | 3 319 | 3 390 | 3 062 | 3 058 | 3 088 | 3 080 | 3 115 | 3 139 | 3 167 |
| * Leistungsgruppe 4[10] | EUR | 2 756 | 2 815 | 2 572 | 2 574 | 2 586 | 2 571 | 2 609 | 2 643 | 2 654 |
| * Leistungsgruppe 5[10] | EUR | 2 111 | 2 277 | 2 021 | 2 024 | 2 031 | 2 092 | 2 146 | 2 159 | 2 156 |

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

## noch: Verdienste[1]

| | Einheit | 2015 | 2016 | 2015 | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. | 1. Q. | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. |
| * Produzierendes Gewerbe | EUR | 4 282 | 4 300 | 3 816 | 3 806 | 3 863 | 3 763 | 3 820 | 3 854 | 3 894 |
| * Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden | EUR | 3 877 | 4 031 | 3 460 | 3 519 | 3 527 | (3 635) | (3 590) | 3 662 | 3 672 |
| * verarbeitendes Gewerbe | EUR | 4 472 | 4 485 | 3 948 | 3 919 | 3 984 | 3 902 | 3 958 | 3 966 | 4 021 |
| * Energieversorgung | EUR | 5 168 | 5 154 | 4 456 | 4 528 | 4 552 | 4 448 | 4 492 | 4 598 | 4 592 |
| * Wasserversorgung[2] | EUR | 3 372 | 3 467 | 3 145 | 3 130 | 3 204 | 3 200 | 3 223 | 3 261 | 3 262 |
| * Baugewerbe | EUR | 3 351 | 3 316 | 3 187 | 3 241 | 3 226 | 3 008 | 3 079 | 3 230 | 3 198 |
| * Dienstleistungsbereich | EUR | 3 671 | 3 798 | 3 423 | 3 431 | 3 456 | 3 500 | 3 523 | 3 549 | 3 582 |
| * Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz | EUR | 3 496 | 3 601 | 3 219 | 3 241 | 3 265 | 3 242 | 3 287 | 3 293 | 3 367 |
| * Verkehr und Lagerei | EUR | 2 905 | 3 024 | 2 726 | 2 731 | 2 743 | 2 802 | 2 826 | 2 845 | 2 849 |
| * Gastgewerbe | EUR | 2 219 | 2 277 | 2 085 | 2 104 | 2 161 | 2 158 | 2 155 | 2 147 | 2 161 |
| * Information und Kommunikation | EUR | 5 209 | 5 276 | 4 752 | 4 722 | 4 759 | 4 810 | 4 852 | 4 892 | 4 894 |
| * Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen | EUR | 5 184 | 5 252 | 4 321 | 4 346 | 4 391 | 4 372 | 4 353 | 4 469 | 4 465 |
| * Grundstücks- und Wohnungswesen | EUR | / | (3 963) | (3 409) | (3 470) | (3 605) | / | / | (3 622) | (3 601) |
| * Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen | EUR | 5 031 | 5 172 | 4 401 | 4 366 | 4 422 | 4 536 | 4 574 | 4 522 | 4 576 |
| * Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen | EUR | 2 274 | 2 482 | 2 183 | 2 200 | 2 228 | 2 334 | 2 367 | 2 368 | 2 364 |
| * öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung | EUR | 3 642 | 3 730 | 3 531 | 3 561 | 3 542 | 3 563 | 3 591 | 3 644 | 3 677 |
| * Erziehung und Unterricht | EUR | 4 249 | 4 304 | 4 136 | 4 202 | 4 163 | 4 160 | 4 209 | 4 239 | 4 222 |
| * Gesundheits- und Sozialwesen | EUR | 3 783 | 3 804 | 3 555 | 3 567 | 3 588 | 3 540 | 3 560 | 3 606 | 3 620 |
| * Kunst, Unterhaltung und Erholung | EUR | (3 587) | 3 846 | (3 330) | 3 257 | (3 392) | 3 531 | 3 543 | 3 577 | 3 615 |
| * Erbringung von sonstigen Dienstleistungen | EUR | 3 295 | 3 385 | 3 082 | 3 088 | 3 138 | 3 143 | 3 147 | 3 152 | 3 220 |

## Geld und Kredit[3]

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | 30.06. | 30.09. | 31.12. | 31.03. | 30.06. | 30.09. | 31.12. |
| **Kredite an Nichtbanken** | Mill. EUR | 124 868 | 122 284 | 120 613 | 122 178 | 124 927 | 124 910 | 125 677 | 124 745 | 125 831 |
| kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr) | Mill. EUR | 12 066 | 10 371 | 10 437 | 9 901 | 10 314 | 10 446 | 10 770 | 10 468 | 10 363 |

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

## noch: Geld und Kredit[1]

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | 30.06. | 30.09. | 31.12. | 31.03. | 30.06. | 30.09. | 31.12. |
| **Kredite an Nichtbanken** | | | | | | | | | | |
| mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre) | Mill. EUR | 13 109 | 11 456 | 11 170 | 11 134 | 11 942 | 12 152 | 12 104 | 11 693 | 11 548 |
| langfristige Kredite (über 5 Jahre) | Mill. EUR | 99 693 | 100 457 | 99 006 | 101 143 | 102 671 | 102 312 | 102 803 | 102 584 | 103 920 |
| Kredite an inländische Nichtbanken | Mill. EUR | 117 843 | 116 191 | 114 545 | 116 013 | 119 231 | 119 329 | 119 966 | 119 131 | 120 240 |
| Unternehmen und Privatpersonen | Mill. EUR | 106 825 | 105 382 | 103 815 | 105 394 | 108 340 | 108 491 | 109 077 | 108 336 | 109 595 |
| öffentliche Haushalte | Mill. EUR | 11 018 | 10 809 | 10 730 | 10 619 | 10 891 | 10 838 | 10 889 | 10 795 | 10 675 |
| Kredite an ausländische Nichtbanken | Mill. EUR | 7 025 | 6 093 | 6 068 | 6 165 | 5 696 | 5 581 | 5 711 | 5 614 | 5 591 |
| **Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken** | Mill. EUR | 114 331 | 115 850 | 114 532 | 117 274 | 117 893 | 116 446 | 117 935 | 115 669 | 119 059 |
| Sichteinlagen | Mill. EUR | 55 411 | 60 249 | 58 709 | 62 506 | 63 055 | 62 391 | 64 562 | 66 064 | 69 254 |
| Termineinlagen | Mill. EUR | 25 128 | 23 065 | 23 215 | 22 608 | 22 434 | 22 804 | 22 413 | 18 880 | 18 863 |
| Sparbriefe | Mill. EUR | 5 817 | 5 078 | 5 147 | 4 995 | 4 833 | 3 892 | 3 737 | 3 589 | 3 415 |
| Spareinlagen | Mill. EUR | 27 976 | 27 460 | 27 461 | 27 165 | 27 571 | 27 359 | 27 223 | 27 136 | 27 527 |
| Einlagen von inländischen Nichtbanken | Mill. EUR | 111 895 | 113 579 | 112 080 | 115 084 | 115 837 | 114 262 | 115 636 | 114 000 | 117 372 |
| Unternehmen und Privatpersonen | Mill. EUR | 108 955 | 110 920 | 109 442 | 112 439 | 112 962 | 111 883 | 113 059 | 111 446 | 114 321 |
| öffentliche Haushalte | Mill. EUR | 2 940 | 2 659 | 2 638 | 2 645 | 2 875 | 2 379 | 2 577 | 2 554 | 3 051 |
| Einlagen von ausländischen Nichtbanken | Mill. EUR | 2 436 | 2 271 | 2 452 | 2 190 | 2 056 | 2 184 | 2 299 | 1 669 | 1 687 |

## Steuern

| | Einheit | 2014 | 2015 | | 2016 | | | | 2017 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Dez. | Jan. | Febr. | Nov. | Dez. | Jan. | Febr. |
| **Aufkommen nach Steuerarten** | | | | | | | | | | |
| **Gemeinschaftsteuern** | Mill. EUR | 3 652 | 3 941 | 4 883 | 3 470 | 4 303 | 3 995 | 5 411 | 3 683 | 4 495 |
| Steuern vom Einkommen | Mill. EUR | 1 158 | 1 167 | 1 832 | 887 | 1 360 | 1 146 | 2 240 | 816 | 1 170 |
| Lohnsteuer | Mill. EUR | 795 | 835 | 1 015 | 662 | 1 133 | 1 087 | 1 052 | 734 | 1 121 |
| Lohnsteuer-Zerlegung | Mill. EUR | 156 | 165 | - | - | 529 | 461 | - | - | 478 |
| veranlagte Einkommensteuer | Mill. EUR | 166 | 164 | 427 | 46 | 50 | - 11 | 687 | 30 | 49 |
| Kapitalertragsteuer | Mill. EUR | 102 | 90 | 129 | 52 | 21 | 36 | 108 | 72 | 51 |

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

## noch: Steuern

| | Einheit | 2014 | 2015 | | 2016 | | | | 2017 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Dez. | Jan. | Febr. | Nov. | Dez. | Jan. | Febr. |
| **Gemeinschaftsteuern** | | | | | | | | | | |
| Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge | Mill. EUR | 29 | 28 | 8 | 36 | 51 | 38 | 5 | 30 | 54 |
| Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge | Mill. EUR | 15 | 17 | - | - | 47 | 31 | - | - | 46 |
| Körperschaftsteuer | Mill. EUR | 66 | 48 | 254 | 91 | 106 | - 4 | 388 | - 50 | - 104 |
| Körperschaftsteuer-Zerlegung | Mill. EUR | 6 | - 12 | - | - | 18 | - 21 | - | - | - 90 |
| Steuern vom Umsatz | Mill. EUR | 2 494 | 2 774 | 3 050 | 2 584 | 2 943 | 2 849 | 3 170 | 2 867 | 3 325 |
| Umsatzsteuer | Mill. EUR | 499 | 536 | 615 | 549 | 658 | 403 | 595 | 608 | 749 |
| Einfuhrumsatzsteuer | Mill. EUR | 1 995 | 2 238 | 2 436 | 2 035 | 2 285 | 2 446 | 2 575 | 2 259 | 2 576 |
| **Zölle** | Mill. EUR | 203 | 225 | 211 | 196 | 246 | 213 | 208 | 200 | 243 |
| **Bundessteuern** | Mill. EUR | 87 | 77 | 162 | 54 | 45 | 64 | 189 | 59 | 46 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) | Mill. EUR | 28 | 28 | 66 | 11 | 7 | 30 | 67 | 19 | 8 |
| Solidaritätszuschlag | Mill. EUR | 49 | 49 | 96 | 43 | 38 | 34 | 121 | 40 | 37 |
| **Landessteuern** | Mill. EUR | 75 | 77 | 83 | 66 | 68 | 75 | 87 | 74 | 73 |
| Erbschaftsteuer | Mill. EUR | 26 | 24 | 30 | 14 | 19 | 19 | 21 | 14 | 16 |
| Grunderwerbsteuer | Mill. EUR | 32 | 36 | 35 | 32 | 32 | 41 | 44 | 42 | 41 |
| Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer | Mill. EUR | 13 | 13 | 14 | 16 | 13 | 12 | 17 | 14 | 13 |
| Feuerschutzsteuer | Mill. EUR | 2 | 2 | 2 | 1 | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 |
| Biersteuer | Mill. EUR | 3 | 2 | 2 | 3 | 2 | 2 | 2 | 3 | 2 |

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. | 1. Q. | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. |
| **Gemeindesteuern** | Mill. EUR | 597 | 648 | 688 | 660 | 672 | 637 | 737 | 666 | 760 |
| Grundsteuer A | Mill. EUR | 5 | 5 | 5 | 6 | 4 | 5 | 5 | 6 | 4 |
| Grundsteuer B | Mill. EUR | 130 | 135 | 139 | 154 | 124 | 131 | 140 | 151 | 127 |
| Gewerbesteuer (brutto) | Mill. EUR | 445 | 488 | 523 | 479 | 523 | 481 | 567 | 485 | 609 |
| sonstige Gemeindesteuern[1] | Mill. EUR | 18 | 20 | 21 | 21 | 21 | 21 | 26 | 24 | 20 |

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

## noch: Steuern

### Steuerverteilung

| | Einheit | 2014 | 2015 | | | 2016 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. | 1. Q. | 2. Q. | 3. Q. | 4. Q. |
| **Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände** | Mill. EUR | 925 | 1 022 | 1 072 | 1 008 | 1 336 | 659 | 1 114 | 1 041 | 1 391 |
| Gewerbesteuer (netto)[1] | Mill. EUR | 369 | 400 | 446 | 385 | 358 | 466 | 481 | 384 | 442 |
| Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer | Mill. EUR | 363 | 414 | 416 | 394 | 736 | 33 | 415 | 379 | 700 |
| Anteil an der Umsatzsteuer | Mill. EUR | 41 | 48 | 45 | 48 | 94 | 4 | 48 | 48 | 98 |

| | Einheit | 2014 | 2015 | | 2016 | | | | 2017 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Durchschnitt | | Dez. | Jan. | Febr. | Nov. | Dez. | Jan. | Febr. |
| **Steuereinnahmen des Landes** | Mill. EUR | 880 | 914 | 1 230 | 830 | 1 032 | 823 | 2 225 | 914 | 1 068 |
| Landessteuern | Mill. EUR | 75 | 77 | 83 | 66 | 68 | 75 | 87 | 74 | 73 |
| Anteil an den Steuern vom Einkommen | Mill. EUR | 442 | 442 | 687 | 387 | 529 | 434 | 863 | 346 | 431 |
| Lohnsteuer | Mill. EUR | 277 | 293 | 314 | 282 | 424 | 407 | 326 | 312 | 418 |
| veranlagte Einkommensteuer | Mill. EUR | 71 | 70 | 181 | 20 | 21 | - 5 | 292 | 13 | 21 |
| Kapitalertragsteuer | Mill. EUR | 48 | 43 | 61 | 24 | 8 | 18 | 48 | 33 | 21 |
| Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge | Mill. EUR | 13 | 13 | 3 | 16 | 23 | 17 | 2 | 13 | 24 |
| Körperschaftsteuer | Mill. EUR | 33 | 24 | 127 | 45 | 53 | - 2 | 194 | - 25 | - 52 |
| Anteil an den Steuern vom Umsatz | Mill. EUR | 342 | 372 | 396 | 385 | 419 | 307 | 1 213 | 483 | 552 |
| Umsatzsteuer | Mill. EUR | 252 | 271 | 285 | 288 | 345 | 211 | 876 | 378 | 465 |
| Einfuhrumsatzsteuer | Mill. EUR | 90 | 101 | 111 | 97 | 74 | 95 | 336 | 105 | 87 |
| Anteil an der Gewerbesteuerumlage | Mill. EUR | 5 | 6 | 17 | - 2 | 4 | 2 | 17 | 3 | 3 |
| Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE) | Mill. EUR | 2 | 2 | 6 | - 1 | 2 | 1 | 6 | 1 | 1 |
| Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA) | Mill. EUR | 11 | 12 | 34 | - 4 | 9 | 4 | 33 | 6 | 7 |
| Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform | Mill. EUR | 2 | 3 | 7 | - 1 | 2 | 1 | 7 | 1 | 1 |
| **Steuereinnahmen des Bundes** | Mill. EUR | 1 881 | 2 010 | 2 546 | 1 709 | 2 080 | 1 977 | 2 767 | 1 728 | 2 060 |
| Bundessteuern | Mill. EUR | 87 | 77 | 162 | 54 | 45 | 64 | 189 | 59 | 46 |
| Anteil an den Steuern vom Einkommen | Mill. EUR | 505 | 506 | 807 | 387 | 587 | 489 | 995 | 348 | 493 |
| Anteil an den Steuern vom Umsatz | Mill. EUR | 1 285 | 1 421 | 1 560 | 1 270 | 1 443 | 1 422 | 1 567 | 1 317 | 1 518 |
| Anteil an der Gewerbesteuerumlage | Mill. EUR | 5 | 6 | 17 | - 2 | 4 | 2 | 17 | 3 | 3 |

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

## Neuerscheinungen im März 2017

# Statistische Berichte

### Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2016 – Lehrerausbildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Stand: 1. Oktober 2016)
Kennziffer: B3023 201622

### Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bestockte Rebflächen 2016
Kennziffer: C1073 201600

### Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen 2016
Kennziffer: D1013 201600

Insolvenzen 2016
Kennziffer: D3013 201600

### Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Januar 2017 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201701

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Januar 2017
Kennziffer: E1033 201701

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2016 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1043 201600

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Januar 2017
Kennziffer: E1113 201701

Bauhauptgewerbe 2016 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2013 201600

Bauhauptgewerbe im Dezember 2016 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201612

Ausbaugewerbe 2016 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (vierteljährliche Erhebung)
Kennziffer: E3013 201600

Ausbaugewerbe im 4. Vierteljahr 2016 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)
Kennziffer: E3023 201644

Beschäftigung in der Energie- und Wasserversorgung 2016
Kennziffer: E4013 201600

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Dezember 2016
Kennziffer: E4023 201612

Regionale Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien 2015
Kennziffer: E4133 201500

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk 2016
Kennziffer: E5013 201600

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 4. Vierteljahr 2016
Kennziffer: E5023 201644

### Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Dezember 2016
Kennziffer: F2033 201612

### Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Dezember 2016
Kennziffer: G1023 201612

Aus- und Einfuhr 2016 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: G3033 201600

Gäste und Übernachtungen im Tourismus 2016
Kennziffer: G4013 201600

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Januar 2017
Kennziffer: G4023 201701

### Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Dezember 2016
Kennziffer: H1023 201612

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 4. Vierteljahr 2016
Kennziffer: H1073 201644

Binnenschifffahrt im Dezember 2016
Kennziffer: H2023 201612

### Dienstleistungen, Geld und Kredit

Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im 4. Quartal 2016
Kennziffer: J1033 201644

### Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 4. Vierteljahr 2016 – Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 201644

### Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Februar 2017
Kennziffer: M1013 201702

### Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Dezember 2016
Z1013 201612

## Sonstige Veröffentlichungen

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2016 (Statistische Analysen N° 41)
Kennziffer: Z2048 201600

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2016 – Tabellenanhang –
Kennziffer: Z2048 201600

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe März 2017
Kennziffer: Z2201 201703

Faltblatt: Frauen in Rheinland-Pfalz 2017

### Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2016 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1 – Berechnungsstand: November 2016/Februar 2017
Kennziffer: P1215 201600

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2016 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 – Berechnungsstand: November 2016/Februar 2017
Kennziffer: P1225 201600

Faltblatt: Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder – Anliegen, Zielsetzung und Ergebnisse, Ausgabe 2016
Kennziffer: P2025 201600

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

# Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Iris Stadler

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2017

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.